

Polon.

83

ol

Polon. 23rd ol.

Pilinsky.

<36635749210013

<36635749210013

Bayer. Staatsbibliothek

RECEIVED BY THE

LIBRARY

OF THE

UNIVERSITY OF

^c DAS

POLNISCHE INTERREGNUM

VON 1572—1573

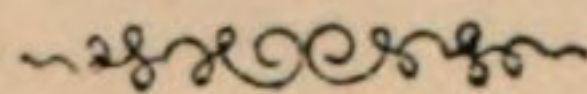
UND DIE

KÖNIGSWAHL HEINRICHS VON VALOIS.

INAUGURALDISSERTATION

VON

THADDÄUS VON PILINSKI.



HEIDELBERG

1861.

34 - Bg.

DAS

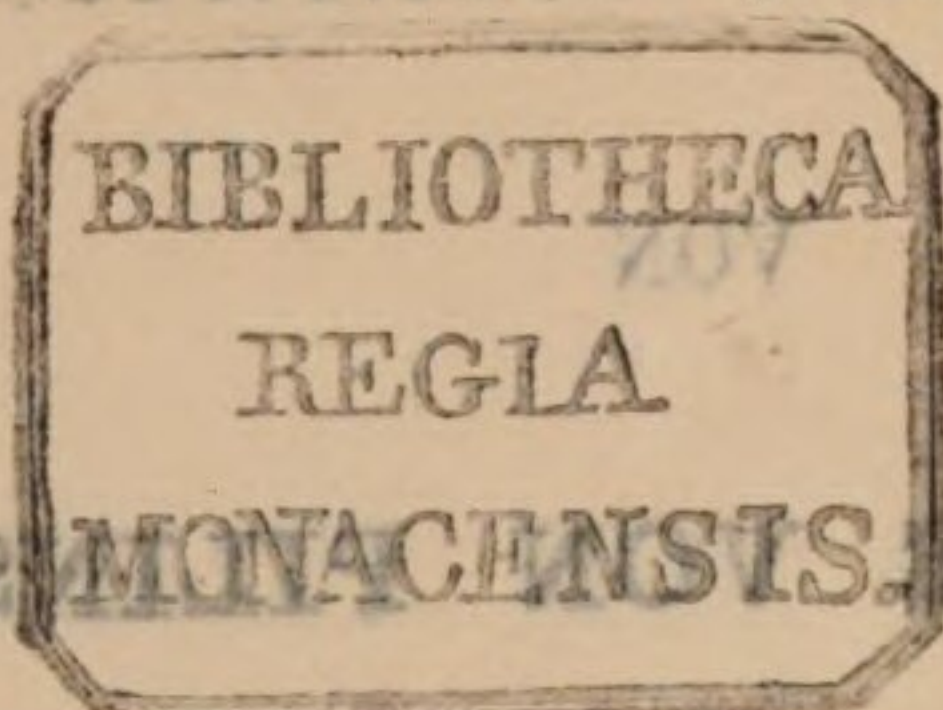
POLNISCHE INTERREGNUM

VON 1572—1573

UND DIE

KÖNIGSWAHL HEINRICHS VON LITAUEN

INLAUGURATIONSDISSERTATION



THADDAUS

HEIDELBERG

1861

DAS POLNISCHE INTERREGNUM

VON 1572 — 1573

UND DIE

KÖNIGSWAHL HEINRICHS VON VALOIS.

DAS POLITISCHE INTERREGNUM

VON 1871—1873

VON DR.

KÖNIGSWALD HEINRICH VON VALLÉE

I.

Selten wohl hat die Nachricht vom Hinscheiden eines fürstlichen Hauptes grösseren Eindruck gemacht, selten eine allgemeinere und bangere Theilnahme hervorgerufen, als die vom Tode König Siegmund August's von Polen, der am 7. Juli 1572 auf dem Schlosse Knyszyn an der Grenze Litthauens nach längerem Dahinsiechen das Leben beschloss. Mit ihm erlosch ein Königsstamm, der beinahe zwei Jahrhunderte lang die beiden Schwesterreiche, Polen und Litthauen, mit Mässigung und Klugheit, mit Glück und Ruhm beherrscht, den Umfang des Reichs erweitert, die Freiheiten der Nation mit schonender Hand gepflegt und vermehrt, und sich die Anhänglichkeit seiner Völker in einem seltenen Grade erworben und gesichert hatte. Inmitten der oft stürmischen Wechselfälle von zwei Jahrhunderten war doch Eins stetig geblieben: die Succession in einem durch die Bande der Gewohnheit und Pietät mit dem Volk innig verknüpften, in der Tradition festgewurzelten Königshause. Mit dessen Erlöschen schien eine grosse Bürgschaft der Ruhe und Sicherheit dem Reich verloren zu gehen. Der Tod des letzten Jagiellonen löste ein Verhältniss, wie es sich nur selten zwischen Dynastie und Nation bildet und, einmal zerrissen, nicht leicht zu ersetzen ist.

Das Reich sah sich auf einmal aus dem gewohnten Geleise hinausgedrängt und die ganze lang hergebrachte Art seines Daseins in Frage gestellt. Wie die Dinge standen, war das Königthum schon seit geraumer Zeit wenig mehr gewesen, als hoch über dem Strudel der Leidenschaften und Kämpfe des Tags ein unwandelbarer, aber machtloser Polarstern. Doch lag in seinem gewohnten, steten Lichte ein beruhigen-

der, wohlthätiger Zauber, wirksamer, als man geahnt hatte: jetzt, da er fehlte, fühlte man sich einer ungewissen gefährvollen Zukunft schwankend und im Dunkeln entgegensteuern. Das Gefühl ernster unruhiger Sorge, das Bewusstsein an einem bedenklichen entscheidenden Wendepunkt der öffentlichen Dinge zu stehen, waren tief und allgemein. Ein erschütternder Riss ging durch das Leben der Nation. Das Ungewöhnliche und Verhängnissvolle der Lage übte auf die Volksphantasie eine mächtige Wirkung aus: dunkle beunruhigende Gerüchte, abenteuerliche Prophezeiungen, wie sie gern im Gefolge grosser Ereignisse auftauchen, thaten das Ihrige, um die Gemüther noch mehr zu ängstigen und zu verwirren. Dazu kam die Pest, welche in diesem Sommer verheerend im ganzen Lande wüthete, und gleichsam als sollte kein unheilvolles Wahrzeichen fehlen, erglänzte der obligate Verkündiger grosser Umwälzungen, ein Komet, am nördlichen Himmel ¹⁾.

Das Ende Siegmund August's war ein trauriges. Es geht ein unheimlich phantastischer Zug durch die Umstände die uns aus der letzten Lebenszeit des Königs berichtet werden. In seinen Familienverhältnissen unglücklich, ohne Nachkommen, das Aussterben seines Hauses als Mensch und als Monarch doppelt schmerzlich empfindend, voll der ernstesten Besorgnisse für die Zukunft seiner Reiche, in seinen bestgemeinten und längst gehegten Plänen gekreuzt, hatte sich dieser geistreiche und feingebildete, wohlwollende und einsichtige Fürst in den letzten Jahren einer fatalistischen Apathie ergeben, den Launen und Grillen einer verdüsterten Phantasie, den Trieben einer regen Sinnlichkeit freien Lauf gelassen. Astrologische Speculationen, abergläubische Praktiken und Zauberspuk aller Art, gingen Hand in Hand mit dem Unwesen einer Maitressenwirthschaft. Beides, Aberglauben wie Sinnenlust, wurde von habsüchtigen Intriganten, Sterndeutern, Gauklern und liederlichen Weibern auf's ge-

1) Martin Bielski, kronika polska. Ausgabe von 1856 p. 1220. 1226. — Heidenstein Rerum Polon. ab excessu Sigism. Aug. lib. XII. Francof. ad M. 1672. p. 1. 2. 3. 5.

wissenloseste ausgebeutet, während der officiële Hofstaat, ehrenwerthe Persönlichkeiten grossen Theils geistlichen Standes, sich gänzlich zurückgesetzt und bei Seite geschoben sah²⁾.

Vorgänge dieser Art, dazu noch vom Gerücht vervielfältigt, mussten in einer Nation die einen guten Theil der alten strengen Sitte bewahrt hatte, und in den früheren Königen aus dem Stamme Jagiello's erlauchte Muster häuslicher Zucht und Unbescholtenheit zu verehren gewöhnt war, lebhaften Anstoss erregen. Dazu kamen Missbräuche und Uebergriffe, wie sie von solchen Hofzuständen unzertrennlich sind. Bei dem geringen Maass von directem Antheil an der Regierung, welches der Centralgewalt zustand, bei dem gänzlichen Nichtvorhandensein dessen, was man ein Cabinetsregiment nennt, war von einer positiv schädlichen tiefgreifenden Einwirkung auf die Staatsgeschäfte von Seiten dieser obscuren Hofcabale wohl wenig Rede. Aber man sprach von Verschleuderung königlichen Geldes und Domänen an Unwürdige, von schimpflicher Protection in der Verleihung der höchsten Würden. So kam es, dass in der Stimmung des Tages, wie aus den zahlreichen Gelegenheitsschriften zu ersehen ist, welche der Tod des Königs und die bevorstehende Wahl hervorgerufen, neben dem vorherrschenden Gefühl der Trauer um den dahin gegangenen Herrn, der Anerkennung vieler edlen Eigenschaften, preiswürdigen Absichten und reellen Verdienste um das Gemeinwohl, auch manche Züge satirischen Spotts und bitteren Tadels mit unterlaufen.

Diese Schattenseiten konnten jedoch den Glanz der eben abgeschlossenen Regierung nicht verdunkeln. Siegmund August war kein kriegerischer König gewesen, wie etwa sein Ahnherr Jagiello; aber in seinem Namen war gegen den

2) Vgl. Gratiani Vita Ioan. Franc. Commendoni Cardinalis Patav. 1685. p. 352 ff. Das meiste Detail über das Treiben am Hofe und die letzten Tage Siegmund August's enthält: Sventoslai Orzelski Interregni Poloniae libri VIII, wohl die Hauptquelle für diesen Abschnitt, bis jetzt leider nur in einer durchaus unbrauchbaren, entstellten Uebersetzung herausgegeben. Für diese Arbeit wurde eine Handschrift der Ossolinski'schen Bibliothek zu Lemberg benutzt.

Moskowiten im Ganzen mit Erfolg gekämpft, und dem Vordringen der nordischen Barbarei ein Damm gelegt worden. Lieflands ³⁾ grösster Theil war mit dem Reiche vereinigt — Kurland in ein Lehnverhältniss getreten; die Vexationen und Uebergriffe, die der Dänenkönig in den baltischen Gewässern ausübte, wurden standhaft, wenn auch nicht immer genügend, abgewehrt. Auf die Begründung einer Landmacht verwendete der König einen festen namhaften Theil seiner Einkünfte. Im Ganzen jedoch befolgte er die friedliche Politik seines Vaters. Mit dem Hause Oesterreich stand er in gutem Einvernehmen, dem wiederholte Familienverbindungen zur Basis dienen sollten. Ein friedliches Verhältniss zur osmanischen Macht, deren Andrang das polnische Reich wie kein anderes europäisches offen stand, auf dessen Aufrechterhaltung König Siegmund I. mit unbeirrter Klugheit so viel Sorgfalt verwendet, erschien auch dem Nachfolger als ein wesentliches Interesse. So wurde auf dieser der Gefahr am meisten ausgesetzten Seite Ruhe erzielt: die Einsprache der Pforte hemmte die bis dahin periodisch wiederkehrenden, verheerenden Einfälle der Tartarenhorden, und die östlichen, früher grossentheils verödeten Striche des Reichs konnten zu ungewohnter Blüthe gelangen ⁴⁾.

Ein noch höherer Ruhm dieser Zeit, von dem wir einen guten Theil dem persönlichen Einflusse des Königs zuschreiben dürfen, erwuchs aus der Stellung, die Polen zu den religiösen Kämpfen des Tages einnahm. Es braucht hier nicht ausgeführt zu werden, dass während im Westen Europas die katholische Reaction der Mitte des XVI. Jahrhunderts in

3) Nachdem Siegmund August Liefland erworben, gedachten die Hansestädte sich unter den Schutz des poln. Königs zu stellen. I. D. Solikowii Oratio in funere Sigismundi Augusti Crac. 1574 qua (Livonia) victa, permotae omnes civitates Anseatici foederis, regi ex illa expeditione reverso, sui protectionem, et ius defensionis et auspicii, per legatos suos permittebant. Quid obstitit? aut quis tantam accessionem Polonico nomini sponte oblatam, e manibus eripuit? Quid? consilia. Aut enim nulla fuerunt, aut mala. Cum enim negotium ad regni comitia dilatum esset, quod celeritate indigebat, in irritum et ventos abiit.

4) Vgl. Heidenstein, Einleitung, und Czacki's Abhandlung über die Regierung Siegmund Augusts, bei M. Wiszniewski, Denkmäler der poln. Geschichte und Literatur 3. Band.

hellen Flammen loderte, Polen die Freistätte aller verfolgten Secten blieb. Wie viel auch von diesem Verdienst auf Rechnung des damals noch ungetrübten Sinns der Nation kommen mag, Siegmund Augusts Politik stand mit dieser humanen versöhnlichen Auffassung der religiösen Gegensätze im Einklang, ja sie gab derselben wohl Ton und Richtung an. Hier befolgte Siegmund August ganz, nur mit mehr Entschiedenheit, den Weg den ihm sein Vater vorgezeichnet, der Fürst, welcher gleichmässig König „der Schafe und der Böcke“ sein und heissen wollte ⁵⁾. Mögen Einige das Verdienst dieser ruhigen besonnenen Haltung zwischen den streitenden Parteien, zwischen dem Drängen, mit der Stärke des weltlichen Arms jede Neuerung niederzuschlagen, und den entgegengesetzten Anforderungen, als ein Heinrich VIII. des Ostens aufzutreten, bloss dem religiösen Indifferentismus und der Unentschlossenheit des Königs zuschreiben, jedenfalls glich diese Schwäche einer hohen Staatsklugheit täuschend ähnlich. Oeffentliche Aeusserungen des Königs lassen uns darüber nicht im Zweifel, dass er den Weg religiöser Duldung mit Bewusstsein und Ueberlegung als den allein richtigen betreten hat ⁶⁾; und trotz einzelner Schwankungen und Inconsequenzen ist er sich hierin durchgängig treu geblieben ⁷⁾. Ausser dem schönen Beispiel einer verständigen Politik in kirchlichen Dingen hatte Siegmund August ein andres denkwürdiges, unschätzbares Vermächtniss der Nation hinterlassen. Es war die 1569 auf dem Reichstag von Lublin vollzogene Union Litthauens mit der Krone Polen. Wie viel auch langes Zusammenleben unter einer Dynastie, gleiche

5) Antwort Siegmund's I. an Iohann Eck. Vgl. Valerian Krasinski Gesch. der Reformation in Polen (deutsche Uebers. Leipz. 1841) S. 54.

6) Vgl. die Rede Siegmund Augusts auf dem Reichstag von Lublin 1569 bei A. Matecki Wybór mów staropolskich (Auswahl poln. Reden) p. 44.

7) Ueber die religiöse Politik Siegmund Augusts im Allgemeinen: Krasinski a. a. O. vom entschieden protestantischen, M. Rycheicki, Piotr Skarga, (i. d. Einleitung) vom ultraorthodoxen Standpunkte. Vgl. auch die sehr einseitige Schilderung Gratiani's in der vita Comendoni. 2. Buch.

Interessen und gleiche Gefahren, der Verschmelzung der beiden Nationen in Eine vorgearbeitet hatten, die definitive Einigung war erst Siegmund Augusts letzten Jahren vorbehalten. Und sie war grössten Theils sein Werk. Dieser als schwach und wankelmüthig so gern geschilderte Mann verfolgte doch diesen Plan mit dem Eifer und der Zähigkeit, die man nur einer Lebensaufgabe widmen kann. Er sah in naher Zukunft, mit seinem wahrscheinlich kinderlosen Tode, das mächtigste Bindemittel zwischen beiden Reichen verschwinden und damit die drohende Gefahr für sein Stamm-land, über unfehlbar erwachenden particularistischen Bestrebungen, die sichere Beute des in der Nähe lauernden Erbfeindes zu werden. Eben so sicher würde Polen mit der Lostrennung Litthauens die unter den Jagiellonen erworbene Stellung im Nordosten Europas eingebüsst haben. Es galt also, so lang noch Zeit war, der factisch schon weit vorgeschrittenen Verschmelzung eine feste staatsrechtliche Grundlage zu geben. Beide Theile, die doch dabei in gleichem Maasse, in so hohem Grade interessirt, setzten indessen dem Abschluss des Werks erhebliche Schwierigkeiten in den Weg. Jahrelang liess es sich der König nicht verdriessen, die Verhandlungen darüber immer von Neuem aufzunehmen. Bei der bereits einreissenden Verwirrung und dem oft stürmischen Charakter der Reichstage, war es überhaupt schwer geworden, eine über das unmittelbare Tagesbedürfniss hinausgehende Maassregel durchzusetzen. Drei Jahre vor seinem Tod sah endlich Siegmund August seine Bemühungen mit Erfolg gekrönt. Es war eine glänzende Gegenleistung des jagiellonischen Hauses für die Wohlthat des Christenthums und der Krone, die sein barbarischer Ahnherr der polnischen Nation verdankte. Diese weiten Landstriche des fernen Nordostens waren erst von nun an für die abendländische Kirche und Cultur dauernd gewonnen. Das damals geschlungene Band hat sich in den Stürmen und Drangsalen der folgenden Jahrhunderte bewährt und die Zerstückelung des Reichs der Jagiellonen überdauert.

Dieses Resultat musste jedoch mit einem Opfer von Seiten des Königs erkaufte werden, das keineswegs aus dem

Grunde zu unterschätzen ist, weil Siegmund August wenig Aussicht auf Leibeserben hatte. In den sechziger Jahren des XVI. Jahrhunderts stand er noch im besten Mannesalter und sein kinderloser Abgang war nichts mehr als eine Möglichkeit. Ich meine hier das Aufgeben des Erbrechts, kraft dessen die Jagiellonen Litthauen beherrscht hatten. Von nun an sollten beide Völker gemeinschaftlich das Recht der freien Königswahl ausüben ⁸⁾.

Werfen wir bei dieser Gelegenheit einen Blick auf die früheren Verhältnisse der Thronfolge in Polen. Wenn die Bearbeiter des alten polnischen Staatsrechts behaupten ⁹⁾, es habe unter der Piastendynastie ein Erbrecht gegolten, so müssen wir uns dabei ohne Zweifel einen Zustand denken, wie er allen mittelalterlichen Staaten eigen war, die eine scharfe Scheidung und Begrenzung von Rechten nicht kannten; also die Erbfolge innerhalb einer Familie, so weit der hohe Clerus und Adel nichts einzuwenden hatten. Dieses Verhältniss erlitt jedoch mit dem Aussterben der königlichen Linie des Piastengeschlechts eine erhebliche Modification.

Wir sehen den letzten Piastenkönig Kasimir den Grossen, die nach dem Grundsatz der Erbfolge allerdings zunächst berufene männliche Seitenlinie umgehend, die Succession an seinen Neffen Ludwig von Ungarn übertragen. Die polnischen Grossen lassen sich diese Anordnung gefallen, doch muss ihnen der designirte Thronfolger eine sehr ansehnliche Erweiterung ihrer Freiheiten zusichern. Die neue Dynastie geht schon in ihren Anfängen dem Erlöschen entgegen, und König Ludwig ist gedrungen, um die Krone seiner Tochter Maria und deren Gemahl, dem Luxemburger Siegmund hinterlassen zu können, auf's Neue mit dem Adel zu unterhandeln. Nun wird aber gleich nach des Königs Tode, im merkwürdigen Interregnum von 1382, von dem abgeschlossenen Vertrag abgewichen: der unpopuläre Siegmund wird bei Seite geschoben.

8) Bielski kronika p. 1150. 1154. 1157. 1169. Czacki a. a. O. p. 33.

9) Gottfr. Lengnich. Ius publicum regni Pol. Gedani 1742. I. 56.

Doch wagt man es nicht, die Pacten ganz und gar über den Haufen zu werfen; die Erblichkeit feiert einen halben Sieg, indem die jüngere Schwester Maria's als Königin anerkannt wird, für die man alsdann aus den Wäldern des heidnischen Litthauens den kriegerischen Gemahl holt. Nach Hedvigi's frühzeitigem Tode, zumal aus der Ehe keine Nachkommenschaft da ist, entbehrt Iagiello's Stellung jeder aus dem Erbrecht abgeleiteten Stütze; er herrscht nur durch die Zustimmung der Nation, d. h. damals vorzugsweise der Grossen. Später lässt er sich von den Ständen versprechen, dass dieselben einen von den beiden Söhnen einer neuen Ehe als seinen rechtmässigen Nachfolger anerkennen werden. Wir sehen also ein früh genug anerkanntes und ausgeübtes Wahlrecht. Es traten aber mehrere Umstände zusammen, die diesem bedenklichen Rechte auf lange Zeit seine Gefahr nahmen, indem sie es in der Ausübung beschränkten. Vor Allem das Gefühl der Anhänglichkeit an das immer wohlwollende, oft über Gebühr nachgiebige und freigebige Königshaus; dann das Bewusstsein der Nothwendigkeit, mit dem litthauischen Reiche zusammen zu halten. Man wollte der Wahlfreiheit zu Liebe die neu gewonnene Machtstellung nicht plötzlich einbüssen. Im Interregnum, nach Wladislaus III. Katastrophe bei Varna, ist es der zunächst zum Thron berufene Bruder des Gefallenen, der, ein Litthauer durch und durch, und begnügt mit seiner grossfürstlichen Stellung, mit den polnischen Ständen spröde thut, und sich erst nach einem Zögern und Schwanken, das die Geduld der Anbietenden auf eine harte Probe setzte, die Krone förmlich aufdringen lässt. Und so fällt auch bei den folgenden Thronwechseln Wahlrecht mit Erbrecht zusammen. Der Act der Wahl ist im Grunde wenig mehr als ein Act der Anerkennung und Zustimmung von Seiten der Grossen, dem der Haufe des niederen Adels nachträglich acclamirt. Dieser factischen Erblichkeit gemäss, führen die Jagiellonen den Titel *haeres* gleichmässig in allen Theilen ihres weitläufigen Reichs. Es kann wohl auffallen, dass unter so günstigen Umständen sich kein König verlockt fühlt, durch Ueberredung, List oder Gewalt das factische in ein Rechtsverhältniss umzu-

ändern. Ich wage nicht zu entscheiden, ob man der Behauptung unbedingt Recht geben kann, welche den Jagiellonen die klare richtige Einsicht in die absolute Unmöglichkeit eines solchen Unternehmens zuschreibt ¹⁰⁾. Dies beruht meines Erachtens auf einer vorgefassten Ansicht über die Entwicklung der polnischen Geschichte. Wenn im Zeitalter eines Ludwig XI, Ferdinand des Katholischen und Heinrich VII. in Polen, das doch sonst abendländischen Einflüssen im vollsten Maasse zugänglich war, keine verwandte Erscheinung auf dem Throne auftauchte, so ist das wohl aus dem Charakter der jagiellonischen Dynastie zu erklären. Gutmüthigkeit bis zur Weichheit, ängstliche, ich möchte sagen bürgerliche Gewissenhaftigkeit in der Auffassung der gegen die Nation eingegangenen Verpflichtungen, das waren die Grundzüge dieses Familiencharakters. Den Jagiellonen genügte die feste erbliche Stellung in ihren Stammlanden — die polnische Krone galt den Meisten unter ihnen als ein blosser Zuwachs an Glanz und Würde. Auf keinen findet das Wort des Dichters seine Anwendung: *direxit brachia contra torrentem*. Wohl ging das Gerücht, Johann Albrechts kluger und gelehrter Freund und Rathgeber, der Italiener Buonacorsi ¹¹⁾, sei in den König gedrungen, die Verfassung eigenmächtig umzuformen, die Macht des Adels zu brechen, und in einem Landsmann Macchiavells sind diese viel genannten Rathschläge nichts Unwahrscheinliches; — ein auch nur leiser Versuch, dieselben auszuführen, lässt sich nirgends nachweisen.

Selbst als 1530, nach 24 Jahren einer glücklichen und verständigen Regierung, König Siegmund I. sein grosses persönliches Ansehen benutzte, um zu seinen Lebzeiten die Wahl und Krönung des zehnjährigen Siegmund August durchzusetzen, war dieser ungewohnte Vorgang kein Schritt auf dem Wege zur Erblichkeit. Denn das Wahlrecht der Nation wurde aus diesem Anlass feierlich und wiederholt bestätigt,

10) Lelewel, *Considérations sur l'état politique de l'ancienne Pologne* § 56.

11) Vgl. Bielski p. 905 und M. Wiszniewski *Historya literatury polskiéj* III 413 ff. 453 ff.

so zu sagen neu aufgefrischt¹²⁾ und das darüber ausgestellte königliche Diplom sollte, wie die Folge zeigen wird, in seiner Auslegung dazu dienen, den unbeschränkten Antheil aller Adeligen an der Wahlhandlung zu begründen.

Endlich sah man 1569 den König Siegmund August, weit entfernt, wenigstens einen Versuch zu wagen, die in einer Hälfte des Reichs zu Recht bestehende Erblichkeit auch auf die andere auszudehnen, umgekehrt dem Prinzip der freien Wahl in seinem Erblande Eingang verschaffen.

Mit dem Tode dieses Königs trat wirklich der Fall ein, wo die Nation, mochte sie es wünschenswerth finden oder nicht, von ihrem Recht einen viel entschiedeneren und ausgedehnteren Gebrauch machen sollte, als sie bis dahin gethan. Insofern war die Lage eine neue und eine bedenkliche. Zum Compromiss zwischen Wahl- und Erbrecht fehlten jetzt die Voraussetzungen: in der Entwicklung der polnischen Monarchie begann hier ein neuer Abschnitt.

Man stand auf dem Scheidewege zwischen traditionellen und neuen problematischen Zuständen, merkwürdiger Weise, gänzlich unvorbereitet da. Die erste zu lösende Frage war: auf welche Art soll denn das alte, in seiner Anwendung aber neue Wahlrecht ausgeübt werden? Nicht nur gab es keine geschriebene Wahlordnung, keine Bestimmung für den Fall eines Zwischenreichs; auch jedes Herkommen fehlte. Denn die Wahl und Krönung des letzten Königs zu Lebzeiten seines Vaters war ein exceptioneller Fall, und konnte als Präcedenz unmöglich dienen. Die Wahl Siegmunds I. (1506) lebte nur im Andenken einiger weniger Greise, von einem ihr vorausgegangenen Interregnum konnte kaum die Rede sein: der Thronwechsel hatte sich so leicht und ruhig gemacht, wie in der bestgeregelten Erbmonarchie. Jetzt aber konnte man nicht erwarten, den Thron so bald wieder besetzt zu sehen¹³⁾. Und ferner: seit 66 Jahren hatte das öffent-

12) Leges, Statuta, Constitutiones et Privilegia Regni Poloniae (gewöhnlich schlechthin Volumina legum) Vars. 1732. I. p. 514. 515.

13) Heidenstein p. 5.

liche Leben die tiefeingreifendsten Umgestaltungen erfahren: den von Grund aus veränderten Verhältnissen musste man bei der bevorstehenden Wahl nothwendig Rechnung tragen. Früher hatten wohl die *proceres*, die *praelati et barones*, die Sache unter einander abmachen können, die draussen versammelten *milites* gaben dazu ihre formlose Zustimmung, bloss damit es heissen konnte: der König sei *communi omnium regnicolarum consensu* erwählt worden. Nun aber, da schon die entscheidende Macht im Staate der Ritterschaft in die Hände gekommen war, musste man diesem Stande einen seiner Geltung entsprechenden Antheil an der Wahl einräumen. Die Grösse dieses Antheils, die Art der Ausübung und was sich Alles daran knüpfte, waren eben lauter ungelöste verwirrende Probleme, eine Schwierigkeit mehr in ohnehin genug schwierigen Zuständen.

Der verstorbene König hatte diese Verlegenheit und Gefahr dem Reich ersparen wollen. Er hatte jahrelang unablässig den Plan verfolgt, eine feste Ordnung für das bevorstehende Interregnum, einen *modus electionis* herzustellen. Das Project wurde zu wiederholten Malen den Ständen vorgelegt. Es bildete den Hauptgegenstand der Besprechungen auf dem Warschauer Reichstag von 1557; es kam sogar darüber ein schriftlicher Entwurf zu Stande; doch zerchlug sich schliesslich die ganze Berathung ¹⁴⁾. Der König selbst soll eine Wahlordnung ausgearbeitet haben, die er jedoch um keinen Argwohn zu erregen, nur Wenigen mittheilte ¹⁵⁾. Gleich im folgenden Jahre (Winter 1558—1559) forderte der König auf dem Reichstage zu Piotrków die Stände dringend auf, die nothwendigen Vorkehrungen für den Fall seines kinderlosen Ablebens zu treffen. Darüber wurde nun viel hin und her geredet. Das Recht und die Pflicht, den Tod des Königs officiell dem Reich anzuzeigen, wurde nach lan-

14) Bielski p. 1133.

15) Christoph. Warsevicii, *de optimo statu libertatis*. Cracoviae 1598 p. 57 . . . an et rex ipse quaedam nuper non perscripserat, quae ad interregni procellas declinandas imprimis pertinebant? quae procul dubio pluribus etiam communicasset, si quorundam temerarias voces et suspiciones ea de re feri non intellexisset.

gen Debatten dem ersten geistlichen Würdenträger, dem Erzbischof von Gnesen, zuerkannt. Die alte Wahlstätte der polnischen Könige, Piotrków, in dieser Eigenschaft bestätigt, der Schutz der Grenzen besprochen. Die Ritterschaft sollte sich an der Wahlhandlung durch Abgeordnete betheiligen. Da aber damals noch auf den Reichstagen die Zahl der Senatoren die der Landboten beinahe um das Doppelte überstieg, sollten zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen beiden Ständen, die der Wahlversammlung vorangehenden Landtage die übliche Anzahl der zu wählenden Abgeordneten diesmal verdoppeln. Bei der Wahl sollte — eine Abweichung vom allgemein geltenden Grundsatz — Stimmenmehrheit entscheiden. Doch drang dieser ziemlich ins Einzelne gehende Entwurf, auf dem sehr tumultuarischen Reichstage von 1558 — 1559 nicht durch¹⁶⁾. Wohl scheiterte er zumeist am Widerstande der Landbotenkammer.

Die Verhandlung desselben Gegenstandes auf dem Reichstag von Lublin 1569, zu dessen endlichen Erledigung der König mit ernststen Mahnworten die Stände antrieb, erregte nur heftige Stürme und blieb auch diesmal erfolglos¹⁷⁾. Und es konnte schwerlich anders kommen. Die leidenschaftliche Erregung der Debatte und die daraus entspringende Verwirrung liess die nächsten und dringendsten Fragen meist unerledigt¹⁸⁾. Dazu kam in diesem besonderen Falle jenes bekannte krankhafte Misstrauen, das in jeder vom König und

16) Verhandlungen des Reichstags von Piotrków vom J. 1558—1559. Manuscript der gräflich Tarnowskischen Bibliothek auf dem Schlosse Dzików in Galizien. Ich bemerke, das alles hier angeführte handschriftliche Material, ausser wo das Gegentheil bemerkt ist, derselben Bibliothek gehört.

17) Vgl. Czacki a. a. O. p. 34 und die citirte Rede Siegmund Augusts.

18) Man kann annehmen, dass die Feststellung einer Wahlordnung ausserhalb der Reichstage vielfach besprochen wurde. Ich finde eine kurze handschriftliche Abhandlung *de interregno et modo eligendi regis*, vielleicht die niedergeschriebene Summe einer senatorischen Rede, die in vielen wesentlichen Punkten mit dem oben erörterten Entwurf übereinstimmt. Nur soll die Wahl durch einen engeren Ausschuss des Senats und der Landbotenkammer vollzogen werden, wobei ein dem römischen Conclave nachgebildetes Verfahren vorgeschlagen wird.

seinen Rathgebern vorgeschlagenen Maassregel einen Eingriff in die so eifersüchtig bewahrten Freiheiten witterte. Auf ähnliche Weise musste auch ein mit dem obigen eng zusammenhängendes, öfters angeregtes Mittel, den Gefahren des Zwischenreichs noch directer vorzubeugen, der Plan Siegmund Augusts, sich noch bei Lebzeiten einen Nachfolger designiren zu lassen, theils an der Unbehilflichkeit der Reichstagsverhandlungen, theils an der argwöhnischen Stimmung der Stände scheitern ¹⁹⁾.

So war nun 1572 das Schicksal eines Reichs, das sich von der Oder bis zum Dniepr, von den Karpathen bis zur Ostsee erstreckte, im Grunde dem Zufall oder der raschen Entscheidung des Augenblicks überlassen; und, wenn man sich nicht noch bei Zeiten zusammennahm, jedem kühnen Handstreich auswärtigen oder einheimischen Ehrgeizes blossgestellt. Der Schatz war leer, die Anzahl der Miethtruppen unbedeutend, und diesen sogar der Sold rückständig. Gefahren aller Art drohten an den Grenzen. Das enge Bündniss Siegmund August's mit der Türkei hatte sich in der letzten Zeit gelockert, seit der König einem der Pforte missliebigen Prätendenten zur moldauischen Woiwodschaft Unterstützung gewährt. Ein neuer Einbruch der Tataren war sehr wahrscheinlich. Der mit Moskau abgeschlossene Waffenstillstand war ein theilweiser: er schützte Litthauen, während in Lief-land der Krieg fortgeführt wurde. Und Iwan II. schien nicht der Mann, um bei günstiger Gelegenheit solche vertragmässig vorgezeichnete Grenzlinien allzu scrupulös zu beobachten. Aber auch dem Hause Oesterreich, von dessen Bestrebungen, die Jagiellonen auch in Polen zu beerben, viel die Rede gewesen war, wurde nicht getraut. — Dabei gab das Verhältniss der verschiedenen Bestandtheile des Reichs Raum zu

19) I. D. Solikovii Oratio in funere S. A. Tantum vero etiam sua persona rei publ. satisfacere volebat, ut etiam se vivo, liberam de successore designando sententiam omnibus esse voluit; non alio certe consilio, quam ut eam salutem et pacem cuius ipse in nostra republ. dux fuit et auctor, quasi per manus successoris suo tuendam et conservandam traderet. Sed ut alia non pauca etiam hoc eius institutum non successit. . . . Vgl. auch Heidenstein p. 5 und Bielski p. 1220.

mancherlei begründeten Besorgnissen. Die Union mit Litthauen zählte erst wenige Jahre Bestand. Die Vorthelle, die der litthauische Adel durch seine Gleichstellung mit dem polnischen gewonnen, waren nicht im Stande, den alten Particularismus ganz zu besiegen. Namentlich dem hohen Adel, den Fürsten aus dem Blute Gedymins und Ruriks, die sich aus der alten privilegierten Stellung herausgedrängt, mit der demokratischen Masse der polnischen Ritterschaft unterschiedslos vermengt sahen, waren die neuen Zustände entschieden zuwider. Unzufriedenheit erregte auch die 1569 erfolgte Ablösung Podlachiens, Volhyniens und Kiews vom Verbande mit Litthauen, und deren unmittelbare Vereinigung mit der Krone. Privathandel einiger litthauischen und polnischen Grossen trugen ihrerseits dazu bei, einen Bruch nicht unwahrscheinlich zu machen. Westpreussen, obwohl ein integrierender Theil des Reichs, hing durch seine exceptionelle Sonderstellung, seine sehr ausgedehnte provincielle Autonomie, mit der Krone nur lose zusammen ²⁰⁾. Die Anwendung der s. g. Execution, kraft welcher alle im Widerspruch mit einem Statut König Alexanders ²¹⁾ veräusserten königlichen Domänen restituirt werden sollten, war dort auf heftigen Widerstand gestossen, der sich in den Städten sogar bis zur entschiedenen Auflehnung gesteigert hatte. Und nun gar Liefland, noch immer ein Zankapfel zwischen Polen, Schweden und Moskau, konnte kaum als zum Reiche gehörig angesehen werden ²²⁾. Kaum minder bedenklich als die provinciellen mussten die religiösen Gegensätze erscheinen. Zwar liess die vorherrschende Stimmung einen Ausbruch leidenschaftlichen Glaubenseifers und wilder Verfolgungssucht nicht befürchten. Die Gefahr lag vielmehr im Charakter und in der Rolle, welche die Reformation in Polen angenommen hatte.

Die polnische Reformation erwuchs nicht wie die deut-

20) Lelewel Consid. § 60. Lengnich Ius publ.

21) Vol. legum I 298. Vgl. über das Verhältniss Stan. Orzechowski Dialog okolo exekucyi, neu abgedr. Krakau 1858.

22) Heidenstein in der Einleitung.

sche aus der innersten Eigenthümlichkeit, der selbständigen geistigen Arbeit der Nation; noch fasste sie bei ihrer Verpflanzung die tiefen Wurzeln im Volksbewusstsein, wie es bei den verschiedenen westeuropäischen Nationen der Fall war, denen sich die von Genf ausgegangene Bewegung mittheilte. Reger Verkehr mit dem Auslande, besonders der vornehmen studirenden Jugend, das gastfreundliche Asyl, das Polen allen flüchtigen Sectirern darbot; die Lust an Fremdem und Neuem, die frische und kecke Beweglichkeit der von humanistischer Bildung durchdrungenen Geister, die sich mit leidenschaftlichem Interesse an den grossen Gedankenkämpfen des Jahrhunderts betheiligten: diese Umstände erklären die Aufnahme und rasche Verbreitung der Lehren Luthers und der böhmischen Brüder, Calvins und Sozini's. Aber diese ganze Bewegung, dem Volke durchaus fremd, trug einen aristokratisch-exclusiven Charakter an sich, und war in mehr als einer Hinsicht von Gefahren begleitet. Ich bin weit entfernt, dem werthlosen Gemeinplatz zu huldigen, der die religiöse Bewegung des XVI. Jahrhunderts mit dem politischen Umsturz identificirt; ihr verdankt Polen die Ausbildung seiner Sprache, die Blüthe seiner Literatur; leugnen lässt sich aber nicht, dass hier die Reformation mit einigen vorwiegenden Instincten der nationalen, namentlich adeligen Natur, in einer bedenklichen Weise zusammentraf. Es schmeichelte dem Stolz der mächtigen Grossen, ihre Wohnsitze zu Mittelpunkten einer religiösen Propaganda zu machen; Schulen und Druckereien, geleitet von den gelehrten und berühmten Flüchtlingen, auf ihren Gütern anzulegen, als Vorsitzter und Schiedsrichter auf den Synoden der Bekenner der neuen Lehren aufzutreten.

Ein ungebundenes, jede Schranke, jede Autorität ungern ertragendes Selbstgefühl fand hier reiche Nahrung. Wenn dies von den Spitzen des Adels, den Górka, Olesnicki, Firley u. s. w. gilt, so fand der kleinere Adel, die bewegende Kraft im Staate, in den religiösen Neuerungen ein willkommenes und wirksames Agitationsmittel. Indem die Landboten gegen die Privilegien der Geistlichkeit kämpften, indem sie die Bischöfe aus dem Senat hinauszudrängen trachte-

ten²³⁾, gewöhnten sie sich nur noch mehr, an allen Schranken der Verfassung und des Herkommens zu rütteln, und die unruhige Sucht nach Neuerungen von dem religiösen Gebiet auf das der Gesetzgebung zu übertragen. Das Interregnum bot nun für alle Art politischer Experimente von mehr oder weniger religiöser Färbung den günstigsten Spielraum. Die Krone selbst war jetzt in die Lage gekommen, als Preis eines confessionellen Kampfes zu dienen. Und dieser drohte um so heftiger zu werden, als die hohe Geistlichkeit, in der noch vor kurzer Zeit eine durchaus weltliche Stimmung vorherrschend gewesen, die sich dem Neuen gegenüber entweder passiv verhalten, oder gar mit dem Gedanken eines nationalen Concils, einer autonomen Landeskirche getragen hatte, jetzt, freilich nur zum kleinen Theil, von einem durchaus neuen Geiste beseelt erschien. Die seit der Mitte des Jahrhunderts von Rom ausgehende reagirende Bewegung hatte sich durch einige ihrer eifrigsten Repräsentanten auch dem polnischen Clerus mitgetheilt — ich nenne den Cardinal Hosius, den päpstlichen Legaten Commendoni; — neue Männer hatten hie und da die Stelle der alten freisinnigen verweltlichten Prälaten besetzt; oder diese selbst eine Schwenkung in's Lager der religiösen Reaction gemacht. Es war daher nicht unmöglich, dass sich die Geistlichkeit aus der alten Apathie aufraffen und in geschlossenen Gliedern den Kampf um ihr Privilegium würde aufnehmen wollen.

Damit schien bereits Zündstoff genug angehäuft. Wir würden aber ein nur unvollständiges Bild der Lage bekommen, wollten wir nicht den ungeheuren Aufschwung an Macht und Selbstgefühl näher ins Auge fassen, den die Ritterschaft unter Siegmund Augusts Regierung genommen hatte. Die günstigste Gelegenheit zur Vollendung und Besiegelung der Souveränität dieses Standes schien nun gegeben. In der That fehlte nur noch wenig dazu.

Das Privilegium König Ludwigs vom J. 1374²⁴⁾, wel-

23) Vgl. Krasinski Gesch. der Reformation in Polen.

24) Vol. leg. I. 55 ff.

ches dem Adel nahezu vollständige Abgabefreiheit ertheilte, bildet den Ausgangspunkt dieser Anfangs schrittweisen, dann reissend schnellen Entwicklung. Dadurch kam die Krone in eine materiell abhängige Lage; und der Nothwendigkeit, die Zustimmung des Adels zur Beschaffung neuer pecuniärer Hilfsmittel zu erlangen, verdankten schon 1404 die ersten Landschaftstage, *conventus minores*, ihre Entstehung ²⁵⁾. Diese Versammlungen gingen früh über ihre, ursprünglich auf die Steuerbewilligung beschränkte, Befugniss hinaus, und gewannen einen bedeutenden Einfluss auf die Staatsgeschäfte überhaupt, der ihnen schon 1454 durch ein Statut König Kasimirs III. gesetzlich zuerkannt wurde ²⁶⁾. Die richtige Erkenntniss der Macht, die in der Vereinigung dieser zerstreuten Elemente der legislativen Gewalt lag, gab 1468 der Ritterschaft Kleinpolens den Entschluss ein, die geforderten Subsidien so lange zu verweigern, bis sie sich mit ihren grosspolnischen Standesgenossen darüber verständigt haben würde. Die Krone liess daher auf dem Reichstag von Piotrków 1468 aus allen Landschaften und Palatinaten des Reichs Abgeordnete (*nuncii terrestres*) erscheinen, die aus den alten Landtagen hervorgegangen, das Recht der Steuerbewilligung innerhalb der erhaltenen Instructionen hatten ²⁷⁾. Dies sind die Anfänge des Repräsentativsystems in Polen. Damit war der Reichstag mit zwei Kammern constituirt; aus dem bisherigen Rath der Prälaten und hohen weltlichen Würdenträger, zu denen allenfalls einige Notabilitäten des Ritterstandes ²⁸⁾ zugezogen wurden — war wirklich ein *conventus generalis*, eine allgemeine Reichsversammlung geworden. Jetzt erst konnte das Gesetz von 1454, welches den Erlass neuer Statute, und die

25) Ioan. Dlugossi *Historiae Polonicae* lib. XII. Lipsiae 1711, X. 180. — Lelewel a. a. O. § 55.

26) Vol. leg. I. 254: *Item pollicemur quod nullas novas constitutiones faciemus neque terrigenis ad bellum moveri mandabimus absque conventionione communi in singulis terris instituenda.*

27) Dlugoss. XIII. p. 413. — Lelewel a. a. O.

28) Neben den palatini und castellani werden auch die *officiales dignitarii terrarum*, die *camerarii*, *iudices* u. s. w. als den Reichstagen beiwohnend angeführt. Vgl. Dlugoss. IX. p. 1081. 1106, XIII. p. 30.

Berufung des allgemeinen Aufgebots der Zustimmung der Ritterschaft unterordnete, in volle Wirksamkeit treten. 1496 wurde es daher neu bestätigt. Die Constitution des J. 1505 erkannte dasselbe Recht der Landbotenkammer noch ganz ausdrücklich zu ²⁹⁾).

Diese Keime reiften langsam und unvermerkt während der langen und glücklichen Regierung Siegmunds I. Mochten auch die Landboten immer mehr nach Erweiterung ihres Antheils an den Staatsgeschäften trachten, das persönliche Ansehen des Königs, die Autorität des Senats ³⁰⁾ waren gross und unangefochten genug, um ein allzu rasches Vorwärtsschreiten zu hemmen. Aber im unblutigen Aufruhr von 1537, hervorgerufen durch die Pläne einiger Grossen, eine gesetzliche Grenzlinie zwischen hohem und niederem Adel zu statuiren, zeigte sich schon wie haltlos im Grunde Krone und Senat der Ritterschaft gegenüber standen ³¹⁾. Zum vollen Bewusstsein ihrer Macht gelangte jedoch diese, und speciell die Kammer der Landboten, erst unter der Regierung Siegmund Augusts. Die bisher latente, geräuschlos vollzogene Entwicklung, kam plötzlich, begünstigt durch die im Ganzen wenig energische Haltung des Königs, mit allen ihren Consequenzen zu Tage. Und selbst von einer kräftigeren Persönlichkeit getragen hätte die Krone wegen ihrer finanziellen Hilflosigkeit kein Gegengewicht abgeben können. Was den hohen Adel betrifft, so hatte dieser, wie die römische Nobilität, einen Mittelpunkt im Senat und stand factisch im Besitz der hohen Staatsämter; aber wie jener

29) Vol. I leg. I. 299. statumus ut deinceps futuris temporibus nihil novi constitui debeat per nos et successores nostros sine communi consiliariorum et nunciorum terrestrium consensu.

30) Charakteristisch dafür ist die Anekdote, die Warsevicius de opt. statu libertatis p. 82 vom Kanzler Peter Tomicki erzählt: ... unde et ille (Tomicius) gravissime aliquando in eos (nuncios terr.) est invectus, quod de mittendis ad externos legatis eorumque mandatis volebant sibi nescio quam inquirendi contra eum usurpare potestatem. Quid, inquit, aratores quam oratores mihi potius appellandi, in cancellariorum munera vos ingeritis? et cur, quod non amplius quam ne quid in re publ. sine vos decernatur novi vestrae se extendant partes, non meministis?

31) Bielski p. 1075.

fehlte es ihm an einer gesetzlich normirten Stellung und Organisation. So lange er die Masse der Ritterschaft durch Reichthum und Intelligenz überragte, konnte er seine Position unbestritten behaupten. Aber die immer weitere Verbreitung von Wohlstand und Bildung hatte die Unterschiede zwischen dem engen Kreise der senatorischen Familien und wenigstens den hervorragenderen des Landadels ausgeglichen. Die Entscheidung musste daher naturgemäss an die durch Zahl, Kühnheit und Rührigkeit überwiegende Classe kommen. In der That, mochten es auch die Männer aus der Schule des älteren Sigmund als eine Usurpation beklagen, riss die Landbotenkammer die ganze Gesetzgebung und die Controle über alle Gebiete der Regierung an sich. Sie mischte sich in die Familienverhältnisse des Monarchen ³²⁾, sie griff, indem sie in ihrem Reformeifer auf Entfernung der Bischöfe aus dem Senat drang, diese Corporation in ihrem altherwürdigen Bestande und damit die Verfassung selbst an. Die Initiative zu neuen Gesetzen wurde mit leichtfertiger Hast ergriffen, die übliche Demagogentaktik der Beunruhigung und Verdächtigung im grössten Maassstab geübt ³³⁾. Um

32) Bielski p. 1097.

33) Treffend schildert das Treiben der Landboten M. Cromer *de origine et rebus gestis Polonorum* Basil. 1568 p. 394. . . . Potestas vero eorum instar tribuniciae apud Romanos vel Ephorum apud Lacedaemonios esse coepit. Nam tantum ii nostra tempestate arrogare sibi coeperunt, ut nullam rem maiorem iniussu suo decerni a rege et senatu aut fieri vellent, et in senatum, atque adeo in regem ipsum censuram grandi supercilio sibi sumerent. Ad extremum, crescente in dies ambitione, de religionis quoque christianae dogmatibus, ritibus ac caerimoniis disceptare, et non accipere, sed ferre leges sacrorum aggressi sunt. Aluerunt autem hanc eorum licentiam, eoque magnitudinis sensim provexerunt partim reges superiores multa illis indulgendo, sive inopiae fisci sui relevandae gratia, sive quieti et otio suo consulentes; partim potentiores et factiosi nonnulli procures, certatim eos prehensare, et epulis largitioneque sibi adiungere, et quocunque libuisset incitare, et (quasi tibias) quod quosdam ex ipsis iocari solitos esse constat, inflare adorti, idque sive ut gratificarentur, sive ut aegre facerent regibus, sive ut potentiam suam stabilirent, aemulosque suos deprimerent, aut ulciscerentur; seu denique ut per eos subornatos quidvis perficerent, quod aperte per se ipsi vel aggredi non auderent, vel efficere non possent. Metuendum est ne infinita illa potestas, et in licentiam erumpens libertas, non tam publicam fortassis utilitatem spectans, quam privatae alicuius unius, vel paucorum libi-

sich recht populär und unentbehrlich zu machen, musste man von Zeit zu Zeit eine Verschwörung des Hofs gegen die Grundrechte und Freiheiten, namentlich deren Palladium, die Wahlfreiheit, herauswittern. Man klagte, wunderbarlich genug, über die unaufhörlichen Uebergriffe der Krone, gegen die neue verfassungsmässige Schranken aufgerichtet werden müssten. Es war bequem, für die Leere des Schatzes und die Mängel der Bewaffnung die Krone verantwortlich zu machen, während man ihr doch selbst jede Möglichkeit einer erspriesslichen Thätigkeit von vorn herein abschnitt. Das planmässige oder halb unbewusste Uebertragen griechischer und römischer Ideen auf die Gegenwart, musste, indem es diesem Treiben eine antike Färbung gab, und jeden Landboten sich als Ephor oder Tribun fühlen und geberden liess, vollends die Gesichtspunkte verschieben und die Begriffe verwirren, ins politische Leben die gefährlichsten Fictionen einführen. Und was das Schlimmste war, es diente nicht selten der wider die unerträgliche Tyrannei der Krone beredt eifernde Tribun dem Ehrgeiz und der Selbstsucht einiger Magnaten, die ihren Einfluss als Stand, als geschlossene Körperschaft erschüttert sehend, es bequemer und schneller zum Ziele führend fanden, die populäre Agitation zu ihrem Vortheil auszubeuten, und überhaupt, da wo es galt der Krone neue Fesseln anzulegen, mit den „jüngeren Brüdern“ Hand in Hand gingen.

Diesen Elementen war nun die erledigte Krone Polens preisgegeben. Sie war in einen Schmelztiegel von Leidenschaften und Tendenzen gerathen, die, wie widersprechend sie auch sein mochten, in der Schmälerung des Königthums ihr gemeinsames Ziel erblickten. Konnte man da erwarten dass diese Krone an ihren künftigen Inhaber unversehrt gelangen würde?

dini et cupiditatibus, vel denique aurae populari serviens . . . summam reipubl. confusionem et barbaram quandam exitialem ἀναρχίαν . . . Polonis aliquando pariat, aut certe gravi et acerba tyrannide finiatur.

II.

Kein geschriebenes Gesetz, wohl aber ein uralter Brauch, sprach dem Erzbischof von Gnesen das Recht zu, bei erledigtem Thron den Senat um sich zu versammeln, den Wahlreichstag anzusagen und zu leiten ¹⁾. In den verflossenen Jahrhunderten war ihm die Primatialwürde nie bestritten worden; alte Urkunden nannten ihn regni primas et primus princeps, und erkannten seine Befugniss, die Krönung zu vollziehen, feierlich ²⁾ an. Der Gebrauch einer späteren Zeit, die sich darin gefiel, altrömische Begriffe auf die Zustände des Tages anzuwenden, bezeichnete ihn als princeps senatus und eventuellen interrex. Der gescheiterte Wahlordnungsentwurf von 1558 hatte ihm ausdrücklich die erste Stelle während der Thronvacanz gewahrt.

Allein 1572 war es leichter, diese Ansprüche historisch zu begründen, als sie praktisch geltend zu machen. Unzweifelhaft und unantastbar konnten sie nur den Anhängern der alten Kirche erscheinen. Es war vorauszusehen, dass wenigstens die Mehrzahl der Protestanten den Augenblick für günstig erachten würden, den alten Plan, das politische Privilegium der Bischöfe zu brechen, wieder aufzunehmen; und da schien die Stellung des vornehmsten Kirchenfürsten des Reichs den ersten Angriff herauszufordern.

Auf dem erzbischöflichen Stuhl sass seit 1563 der hochbetagte Jakob Uchański ³⁾. In seiner Jugend ein Günstling der Königin Bona, war er trotz einer offenkundigen Vor-

1) M. Cromeri Poloniae descriptio ed. Elzevir p. 142.

2) Vol. leg. I p. 171.

3) Bielski p. 1119. 1136. Gratiani p. 130 ff.

liebe für die neuen Lehren von Würde zu Würde emporgestiegen. Sein Verhältniss zu Rom war ein äusserst gespanntes gewesen: auf der einen Seite tiefes Misstrauen, auf der andern unverhehlter Trotz. Als Erzbischof hatte er der Berufung eines Nationalconcils das Wort geredet, und den König, der eben mit dem Gedanken umging, seine Ehe mit Katharina von Oesterreich zu lösen, zum Bruch mit Rom treiben wollen; wobei er sich selbst die Rolle eines Patriarchen der unabhängigen polnischen Kirche zgedacht hatte. Aber in der allerletzten Zeit war in ihm, zu nicht geringem Erstaunen aller Religionsparteien, eine Umkehr sichtbar geworden ⁴⁾. Sein Bruch mit der protestantischen Partei, und der orthodoxe Eifer den er nun zur Schau trug, schien jedoch im katholischen Lager nur wenig Vertrauen einzuflössen. So war seine Stellung nach beiden Seiten hin eine haltlose.

Auf protestantischer Seite war man entschlossen, dem verjährten Rechte des Primas gegenüber, den Anspruch des ersten weltlichen Reichsbeamten auf die Leitung der Geschäfte zur Zeit des Interregnum zu unterstützen. Nichts schien auf diesem Standpunkt natürlicher, als dass der Kronmarschall, dessen Amt ja sei ⁵⁾, auf königliches Geheiss den Senat zu berufen, die Stimmen auszutheilen, die Beschlüsse zu veröffentlichen, Ruhe und Ordnung in den Reichsversammlungen aufrecht zu erhalten, dieselbe leitende und ordnende Thätigkeit, nun da der Thron erledigt, im Namen des Senats fortführen sollte. Zu dem war dieses Amt eben in Händen eines Mannes der durch Geburt, Rang und Reichthum einer der Ersten im Staate, selbst ein eifriger Calvinist, nicht nur von seinen Confessionsgenossen, sondern auch von den zahlreichen und mächtigen Trinitariern, (oder nach dem geläufigen Sprachgebrauch, Arianern) als gemeinsames Parteihaupt anerkannt war ⁶⁾. Locale Umstände und Einflüsse trugen dazu bei.

4) Er wurde einer der ersten Beförderer des Iesuitenordens in Polen. Vgl. Krasinski S. 157.

5) Cromer, Polonia p. 144.

6) Man sagte von ihm, sein persönliches Ansehn habe mehr Proselyten gemacht, als alle Argumente der reformirten Prediger: Vgl. Paprocki Herby rycerstwa polskiego (Polnisches Wappenbuch) neu abgedr. Krak. 1858. S. 496.

Der Marschall Johann Firley war zugleich Palatin von Krakau; nirgends aber waren die Arianer so dicht gedrängt und so ansehnlich, als in dieser grossen und bedeutenden Wojewodschaft. In dem ersten Beamten ihrer Landschaft sahen sie, eben so wie die Reformirten, ihren natürlichen Führer. Nicht ohne Ehrgeiz und Eigennutz — ein Gerücht beschuldigte ihn, das Krakauer Palatinat einer zweideutigen Hofintrigue zu verdanken⁷⁾, — galt doch Firley für einen Mann, der, wo das Gemeinwohl auf dem Spiele stand, niedrigen Motiven unzugänglich war, und das eigene Interesse im Nothfall einem höheren unterzuordnen wusste.

Die Nachricht vom Tode des Königs scheint den Erzbischof, schwach und schwankend wie er war, unvorbereitet und unentschlossen gefunden zu haben. Sein erster Gedanke war, die Prinzessin Anna, Schwester des Verstorbenen, unverzüglich nach Knyszyn zu begleiten, wohin ihn auch einige dort anwesende Senatoren zu kommen aufforderten. Der Ort schien gut gewählt, um daselbst auch die übrigen Grossen zur Berathung zu versammeln. Diejenigen, die sonst einer Einladung des Erzbischofs nicht gern Folge geleistet hätten, würden doch, meinte er, keinen Anstand nehmen, sich an einen Ort zu begeben, wo noch die königliche Leiche ruhte und der letzte Spross des jagiellonischen Stamms in Polen sich aufhielt. Allein dieser Plan, der leicht den Verdacht erregen konnte, es wäre blos darauf angelegt, gleichsam den Erbanspruch der Prinzessin zu betonen, wurde eben so bald verworfen als er hastig gefasst worden⁸⁾. Dies geschah hauptsächlich auf die Vorstellung des Bischofs von Kujavien, Stanislaus Karnkowski⁹⁾. Dieser ehrgeizige, wohl auch etwas eitle Prälat, dabei aber beredt, gewandt und rührig, von unzweideutiger Orthodoxie, voll Eifer für

7) Heidenstein p. 6. — Gratiani p. 361.

8) Christoph. Warsevicii Rerum polonicarum (MS. der Ossolinski'schen Bibliothek zu Lemberg) p. 122. — Stan. Karnkowski Epistolae virorum illustrium, beigesdruckt der Leipz. Ausgabe des Dlugosz, p. 1817. — Graf W. Plater Zbiór pamiętników (Denkmäler der poln. Geschichte) II, 68.

9) Eine Charakteristik Karnkowski's findet sich bei Gratiani p. 362.

die Sache der Kirche, unter den geistlichen Senatoren damals unstreitig die grösste Capacität, war allein befähigt, die Leitung einer katholischen Partei zu übernehmen. Zunächst galt es, die bedrängte und in Frage gestellte Primatialwürde zu retten. Karnkowski's Ansicht war, der Erzbischof solle unbekümmert um den Widerspruch der Protestanten, gestützt auf das Recht, das ihm ein uraltes Herkommen gab, sämtliche Senatoren nach seiner Residenz Lowicz unverzüglich berufen, und dann zugleich Zeit und Ort des Wahlreichstages feststellen und anzeigen. Der Erzbischof, dem dieser Plan geringe Aussicht auf Gelingen zu bieten schien, wählte einen Mittelweg, indem er bloss die Senatoren Grosspolens nach Lowicz beschied ¹⁰⁾. Es fanden sich darunter nicht wenig Protestanten, sogar einige ihrer hervorragendsten Häupter, wie Lucas Górka, Palatin von Posen, und Johann Tomicki Castellan von Gnesen. Die Aufrechterhaltung der Primatialwürde erschien Katholiken sowohl als Protestanten Grosspolens als ein gemeinschaftliches provincielles Interesse, und der Anspruch des Kronmarschalls als ein Versuch, den uralten Vorrang den die Wiege der polnischen Monarchie stets behauptet, an die kleinpolnischen Landschaften zu bringen. Diese heut zu Tage kaum verständliche landschaftliche Rivalität überwog für den Augenblick die religiösen Gegensätze. Zu dem war in Grosspolen das Augsbургische Bekenntniss vorherrschend; und die Abneigung der Lutheraner gegen die Reformirten und Arianer von Firley's Partei kam nun den Katholiken zu Gute ¹¹⁾.

Die Versammlung von Lowicz ¹²⁾ beging den grossen Missgriff, ihre Beschlüsse durch unkluge Ausschliessung der Ritterschaft von den Berathungen gleich von vorn herein unpopulär, ja verdächtig zu machen. Mehrere eben so wohlgemeinte, als der Lage entsprechende Maassregeln, wie die

10) Orzelski (MS. bibl. Ossolin.) fol. 1. — Die unentschiedene Haltung des Erzbischofs wurde von den Katholiken getadelt, vgl. Fredro Historia Henrici Valesii p. 19.

11) Krasinski S. 164.

12) Edict des Convents von Lowicz. (MS.) Heidenstein p. 6.

die Berufung des allgemeinen Aufgebots im Fall äusserer Gefahr, die Bestimmung eines ausserordentlichen Strafverfahrens gegen etwaige Ruhestörungen und Gewaltthaten im Innern — um so nöthiger, als nach der alten polnischen Anschauung mit des Königs Tod der Quell aller Gerechtigkeit versiegte und die Wirksamkeit der ordentlichen Gerichte aufhörte — erschienen der Ritterschaft, der man an der Beschlussnahme keinen Antheil eingeräumt, als eine Usurpation. Indem ein Theil des Senats die „jüngeren Brüder“ zu den Waffen rief, und über deren Leib und Leben verfügte, masste er sich willkürlich ein Recht an, das sonst nur der König auf einem ordentlichen Reichstag ausüben durfte ¹³⁾. Ueber den Hauptgegenstand der Berathung, die Königswahl, wagte man zu Lowicz keinen entscheidenden Beschluss zu fassen. Dieselbe wurde jedoch auf den 7. September d. J. in Aussicht gestellt. Vor allem aber sollte eine umfassende Revision oder Correctur der bestehenden Gesetze vorgenommen werden, die dann in verbesserter Gestalt dem künftigen König zur Bestätigung vorgelegt werden sollten. Eine Commission von drei Senatoren wurde angestellt, um die Vorlagen auszuarbeiten. Jeder Palatin sollte zur vorläufigen gemeinsamen Besprechung dieser beiden grossen Aufgaben: Wahl und Revision der Gesetze, eine Versammlung des Adels seiner Landschaft abhalten: — vor Allem galt es aber, sich der Zustimmung und Mitwirkung Litthauens zu versichern. Eine Gesandtschaft wurde zu diesem Zwecke dahin abgeschickt. War das Resultat der Unterhandlung ein günstiges, so musste sich das vereinzelte Kleinpolen von selbst fügen. *

Gleichzeitig mit dieser Zusammenkunft, aber sie vollständig ignorirend, berief der Kronmarschall Firley Senat und Ritterschaft Kleinpolens nach Krakau ¹⁴⁾. Der Adel fand sich besonders zahlreich ein. Firley entging glücklich dem Fehler der Lowiczer Versammlung: Alles was als senatorische Anmassung und dictatorisches Gelüste erscheinen

13) Orzelski fol. 1. Warsevicius a. a. O. p. 123.

14) Orzelski fol. 2. Warsevicius p. 124. Heidenstein p. 6.

konnte, wurde ängstlich vermieden. Beide Stände beriethen gemeinschaftlich, und schlossen zum Schutz von Personen und Eigenthum eine Conföderation, nach dem Vorgang einer ähnlichen bewaffneten Einigung des J. 1438. Sonst befasste man sich nur mit den Vorkehrungen zum Schutz der Grenzen, und zur genauen Ueberwachung des Verkehrs mit dem Auslande, welche die precäre, so manchem Verdacht und Besorgniss Raum gebende Lage dringend zu fordern schien, und enthielt sich jeder Besprechung von Zeit und Ort der künftigen Wahl, die Entscheidung darüber dem versammelten Senat aller Provinzen des Reichs überlassend ¹⁵⁾. Dieser sollte auf des Kronmarschalls Aufforderung, und unter dessen Vorsitz, am 16. August zu Knyszyn zusammen kommen. An die grosspolnischen und litthauischen Senatoren erging nun eine diesem Beschluss entsprechende Einladung. Wahrscheinlich geschah die Wahl des Ortes mit Rücksicht auf Letztere: Knyscyn, hart an der Grenze Litthauens gelegen, schien als die zeitweilige Grabstätte des Königs von einer ganz besonderen Weihe umgeben.

Die Stimmung Grosspolens war mehr als zweifelhaft, doch hoffte man die dortigen Protestanten herüberziehen zu können. Wenn das gelang, würde, meinte man, auch die katholische Minorität nachfolgen müssen.

Wenn auch die Krakauer Versammlung im Ganzen einen bloß provinciellen und begutachtenden Charakter festhielt, glaubte sie sich doch in einem Punkte berechtigt, im Namen des ganzen Reichs, und sehr kategorisch, das Wort zu ergreifen. Der päpstliche Legat, Cardinal Commendoni, der eben in der Nähe verweilte, erhielt die Weisung, sich nun, da seine Mission mit dem Tode des Königs zu Ende sei, aus dem Reich zu entfernen, da man von der bevorstehenden Wahl jeden fremden Einfluss, der die Unabhängigkeit der-

15) Man stützte sich dabei auf ein Gesetz König Siegmunds I., das für den Fall einer Thronerledigung einen solchen Senatorenconvent anordnete, jedoch eines Rechtes des Erzbischofs, denselben zu berufen und zu leiten nicht ausdrücklich erwähnte. Dieses Stillschweigen legte man zu Gunsten der Ansprüche des Kronmarschalls aus.

selben gefährden könnte, ausschliessen wolle und müsse ¹⁶⁾. Allerdings hatten Firley und sein Anhang, wenn nicht die nöthige Competenz, wenigstens Grund genug zu dieser Maassregel. Commendoni war 1571 als Legat Pius V. mit dem Auftrag gekommen, für die Liga, welche der Papst, Spanien und Venedig gegen die türkische Macht geschlossen, auch Polen zu gewinnen ¹⁷⁾. Während er nun die Unterhandlungen darüber mit wenig Aussicht auf Erfolg betrieb, erhielt er fast gleichzeitig die Nachricht vom Tode Pius V. und die Weisung von dessen Nachfolger Gregor XIII. im Fall dass Siegmund August, wie vorauszusehen war, seinen Leiden unterläge, im Lande zu bleiben, und bei der neuen Königswahl gegenwärtig zu sein.

Die Wichtigkeit der neuen Aufgabe, die hier der Legat übernahm, drängte selbst das projectirte Bündniss in den Hintergrund. Die kommende Wahl sollte vielleicht entscheiden, ob Polen ferner dem Stuhle Petri unterthan bleiben, oder die Reformation, deren Vordringen mit Erfolg abzuwehren man in Westeuropa eben im besten Zuge war, sich hier im Nordosten ein neues ungeheures Gebiet erobern sollte. Da galt es Vorkehrungen zu treffen, um, wenn der Augenblick der Entscheidung kam, schlagfertig dazustehen.

Die Protestanten, obwohl weit entfernt, eine compacte Partei zu bilden, hatten wenigstens mächtige Führer, wie Firley, Peter Zborowski, Palatin von Sandomir, u. A. In wie viel besondere Gruppen sie auch zerfielen, mussten sie sich alle in dem Bestreben begegnen, Einen aus ihrer Mitte auf den Thron zu erheben, oder wenigstens vom neuen König feste Garantien einer ausgedehnten Glaubensfreiheit und vollen bürgerlichen Gleichberechtigung sich zusichern zu lassen. In diesem letzteren Punkt durften sie den Beifall, ja die Mitwirkung sehr vieler Katholiken erwarten. Diesen fehlte es überhaupt an einem gemeinsamen Programm ¹⁸⁾. Dass

16) Legatio Nicolai Dluski, ad Legatum Pontificis Cardinalem, ut discederet regno MS. — Gratiani p. 376.

17) Gratiani p. 324 ff.

18) Gratiani p. 359 ff.

die Masse der geringeren Ritterschaft dem Glauben ihrer Väter treu geblieben, hatte für den Augenblick wenig zu bedeuten, denn gerade in den höheren, politisch massgebenden Kreisen, war schon der Protestantismus im Uebergewicht ¹⁹⁾. Dennoch sehen wir nicht, dass sich der Katholicismus ernstlich aufgerafft, eine starke Parteiposition eingenommen hätte. Ein behagliches Gehen- und Geschehenlassen, die sorglose Sicherheit, die Apathie, welche uralte festgewurzelte Institutionen auch dann noch nicht zu verlassen pflegt, wenn deren Dasein schon längst bedroht und unterwühlt ist, charakterisirte — wenige Ausnahmen abgerechnet — die höhere Geistlichkeit. Und nun gar unter den Laien herrschte eine durchaus versöhnliche Auffassung der religiösen Gegensätze, ein entschiedenes Streben nach einer Verständigung vor. Es gab noch viele Katholiken, aber keine specifisch katholische Parthei. Eine solche, oder wenigstens vorerst den Kern dazu zu bilden, schien dem Legaten dringend geboten. Er gab sich alle Mühe die vorhandenen geeigneten, aber zerstreuten Elemente um sich zu sammeln, Schwankende zu befestigen, Lauen frischen Eifer einzuflössen, Allen Zusammenhalt und Disciplin zu geben, dagegen die Differenzen unter den Protestanten zu nähren und auszubenten. Bald bildete sich um ihn ein kleiner Kreis hochgestellter Männer, in denen er neben der Begeisterung für die Sache, auch unbegrenztes Vertrauen und volle Hingebung an seine Person zu erregen wusste. Die zwei bedeutendsten waren Albrecht Laski, Palatin von Sieradz, und der Bischof Karnkowski. Das Ziel, zu dessen Erreichung man keinen Aufwand von Mitteln scheuen wollte, war, nicht

19) Heidenstein p. 21. Per indulgentiam Augusti, cum diversas sectas, vel contra leges paternas, in regnum primum irrepere passus fuisset, ita deinde confirmatae fuerant, ut vix non maior pars senatus, maxima etiam equestris ordinis, non modo novas de religione sententias tum sequerentur, sed catholicam religionem ubicunque possent, abrogarent, etc. Diesem Zeugniss eines streng katholischen Schriftstellers gegenüber erweist sich die Aeusserung Gratiani's p. 360 über die polnischen Katholiken: „qui quamquam et numero, et genere, et opibus, et causa longe praestarent“ als eine Uebertreibung.

nur den gegnerischen Tendenzen gegenüber die Wahl eines rechtgläubigen Königs durchzusetzen, sondern auch demselben wo möglich die Nothwendigkeit zu ersparen, den Thron durch neue Concessionen an die Ketzer gleichsam zu erkauften. Das vornehmste Mittel war in dem grossen, aber bis jetzt politisch indifferenten Haufen des katholischen kleinen Adels, einen politischen und religiösen Eifer anzufachen, ihn in die Agitation hereinzuziehen.

Andrerseits gelang es dem gewandten Cardinal, dessen Verbindungen bis ins feindliche Lager reichten, eines der hervorragendsten Protestantenhäupter und nach Firley den vornehmsten Senator Kleinpolens, Peter Zborowski, durch geschickt angebrachte Verdächtigungen und Warnungen, mit dessen alten Gegner und Nebenbuhler, dem Kronmarschall, nun vollends zu entzweien, und so für die Pläne der katholischen Partei, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, zu gewinnen. Um nur nicht die Autorität des verhassten Marschalls anzuerkennen, war Zborowski geneigt, sich nach Lowicz zum Erzbischof zu wenden ²⁰⁾. Wenn er es unterliess, und schliesslich, wahrscheinlich sehr wider Willen, an der krakauer Versammlung Theil nahm, that er es ohne Zweifel mit Rücksicht auf den Adel seiner Landschaft, der von einem Anschluss an die grosspolnische Partei nichts hören mochte.

Durch die versuchte Ausweisung Commendoni's gab sich indessen der krakauer Convent eine Blösse. Der Cardinal erwiederte auf den ihm überbrachten Beschluss: eine Provinzialversammlung habe wohl das Recht ihn aus der Provinz, nicht aber aus dem Lande zu weisen; Kleinpolen sei er bereit zu verlassen; ob aber seine Anwesenheit im Reich zulässig sei oder nicht, darüber wolle er die Entscheidung einer allgemeinen Reichsversammlung abwarten ²¹⁾. Darauf begab er sich in ein Kloster der Landschaft Sieradz, des Palatinats seines Freundes Laski. Dort in scheinbarer Zurückgezogen-

20) Ausschreiben (litterae universales) Zborowski's an den Adel seines Palatinats, vom 11. Juli 1572. MS.

21) Gratiani p. 377.

heit lebend, blieb er doch Seele und Mittelpunkt aller Bestrebungen der katholischen Partei, als deren ostensibles Haupt Karnkowski auftrat ²²⁾).

Nicht besser als mit dem Cardinal, erging es Firley in dem Plan, der ihm am meisten am Herzen lag. Er rechnete fast mit Sicherheit auf den Beitritt der grosspolnischen Senatoren, deren Abfall vom Primas ihm nur als eine Frage der Zeit erschien. In dieser Erwartung verschob er die Knyszynyer Versammlung um mehrere Tage ²³⁾. Als dieselbe endlich am 24. August zu Stande kam, fand sich Firley mit seinem Anhang bitter enttäuscht. Aus Grosspolen hatten sich nur zwei Senatoren eingefunden. Trotz der gegebenen Beitrittserklärung fehlte der Palatin von Sandomir. Und auch die Litthauer waren nur halb und halb gewonnen. Sie sahen sich ungern in Partei- und Provinzialstreit hereingezogen, der ihnen am Ende gleichgiltig war. Mit den eigenen Localinteressen beschäftigt, wollten sie sich in die confessionell-staatsrechtliche Controverse zwischen Primas und Marschall gar nicht einmischen, und deren Beilegung ruhig abwarten. Um aber mit keiner von beiden Parteien zu brechen, beschlossen sie, sich durch drei aus ihrer Mitte abgesandte Senatoren in Knyszyn vertreten zu lassen. Die Anwesenheit dieser Litthauer war übrigens für Firley eher eine Verlegenheit, als eine Verstärkung: sie traten mit Forderungen auf, die man zu Knyszyn weder befriedigen konnte, noch geradezu abzuweisen rathsam fand ²⁴⁾.

Man konnte es sich nicht verhehlen: es war wieder nur eine Fraction des Senats versammelt, deren Beschlüsse schwerlich eine Giltigkeit für das ganze Reich beanspruchen durften. Aber es war schon genug gezaudert und unterhandelt worden; zurück konnte man nicht mehr; das dringendste war, hatte man dazu die Competenz oder nicht, den Wahlreichstag zu berufen, dessen Verzögerung die allgemeine

22) Vgl. die Briefe Commendoni's an Karnkowski in den *Epistolae virorum illustrium*.

23) Heidenstein p. 7.

24) Orzelski fol. 2. — Warsevicius p. 125.

Stimmung höchlich missbilligte. Mit Grosspolen hoffte man sich darüber noch nachträglich verständigen zu können.

So wurden denn beide Stände aller Theile des Reichs im Namen des Senats durch s. g. Universalbriefe aufgefordert, sich zur Königswahl am 13. October auf dem Felde zwischen Lublin und Bystrzyca einzufinden. Für die Oertlichkeit sprach die fast allen Provinzen leicht zugängliche Lage, und der Umstand, dass die Gegend zu den wenigen von der Pest verschont gebliebenen gehörte. Viele erblickten jedoch in dieser Anordnung ein Manöver Firley's, um die Wahl ganz nach seinem Sinn lenken zu können. Allerdings hatte er in der Lubliner Landschaft grosse Besitzungen und konnte wohl durch seinen zahlreichen Anhang einen entscheidenden Einfluss ausüben²⁵⁾.

Wichtig sind die Knyszyner Beschlüsse dadurch, dass sie eine noch immer ungelöste Frage zuerst präjudicirten. Dass beide Stände Antheil an der Wahl hatten, stand fest; ob aber dabei die Ritterschaft sich durch Landboten vertreten, oder in beliebiger Anzahl, unterschiedslos und massenhaft auf dem Wahlplatz erscheinen sollte, darüber war nichts bestimmt. Die Knyszyner Versammlung entschied sich für dieses Letztere. Das Wahlrecht sei von jedem einzelnen Adeligen persönlich auszuüben; jedermann aber stehe es frei, davon Gebrauch zu machen oder nicht. Deshalb sei die Abhaltung von Landtagen vor der Wahlversammlung unnöthig, und sogar unzulässig, als im Herkommen durchaus unbegründet²⁶⁾. Es war offenbar darauf abgesehen der Ritterschaft

25) Warsewicius p. 131.

26) *Litterae universales* der Knyszyner Versammlung und Ausschreiben Firley's an die Ritterschaft des Palatinats Krakau MS. Diese Urkunden widerlegen vollständig die Angabe Heidensteins p. 23: . . . de conventibus minoribus, an quemadmodum aliis comitiis, ita electionis quoque praemittendi essent . . . varie disputatum fuerat. Minores Poloni . . . habendas putarant. Lovicenses, quod neque in iure mentio eorum ulla fieret, ut quo soli senatores ad edendum diem et locum electionis convenire iuberentur, et quod nulla eorum causa esset, cum nullo potius praeiudicio quisque de futuro rege suffragium ferre deberet, minus necessarios indicarant. — Die Sache verhielt sich vielmehr umgekehrt.

nicht Zeit und Gelegenheit zu gönnen, sich über einen Candidaten zu verständigen. Eine bunt zusammengeströmte Menge schien leichter zu handhaben und zu lenken, als ein kleiner Kreis von unabhängigen, selbstbewussten Repräsentanten, denen man einen gleichen Antheil an der Wahlhandlung nicht versagen konnte. Man täuschte sich aber erstaunlich, wenn man glaubte, diese Menge werde sich mit dem alten problematischen Recht begnügen, das fertige Ergebniss der im Senatorencollegium vollzogenen Wahl zu acclamiren. Und die Folge hat zur Genüge gezeigt, wie zweischneidig das aufgestellte Prinzip war.

Wie weit auch die beiden Parteien, deren Kampf um die Leitung der Geschäfte nun das Reich spaltete, in ihren An- und Absichten auseinandergingen, in einem Bestreben begegneten sie sich doch, nämlich der Krone möglichst enge Schranken aufzurichten. Oder was bedeutete es Anderes, wenn der Convent von Knyszyn einer gemischten Commission von Senatoren und Rittern den Auftrag gab, die bestehenden Gesetze zu prüfen, und ihr Gutachten darüber abzugeben, was daraus als die Freiheiten der Nation schmälern zu beseitigen sei, und was für neue Erweiterungen dieser Freiheiten sich als wünschenswerth erwiesen? Es war eben das Verhängniss der polnischen Krone, dass alle Parteien sich gleichmässig interessirt glaubten, deren Bedeutung auf ein Minimum zu reduciren.

Die Knyszynner Beschlüsse, durch eine specielle Gesandtschaft nach Grosspolen überbracht, fanden dort die ungünstigste Aufnahme ²⁷⁾. Nur eine schwache Minorität, die in der Ausgleichung des unseligen, Alles lähmenden Provinzialzwistes das dringendste Gebot sah, erklärte sich dafür. Die Landschaftsversammlungen, die nach einander zu Sroda, Radziejów und Kolo abgehalten wurden, wollten von keiner Concession hören. Karnkowski, der sich jetzt immer mehr in den Vordergrund drängte, und den wie es scheint zur Nachgiebigkeit und Verständigung nicht ungeneigten Erzbi-

27) Orzelski fol. 3. Heidenstein p. 9. Warsevicius p. 130.

schof ganz in seine Gewalt bekam ²⁸⁾, wusste die kleinlichen provinciellen Eifersüchteleien des Adels vortrefflich auszubenten, und einen wahren Sturm von Entrüstung gegen Firley und dessen Anhang zu erregen, indem er die Sache des Primats mit der jedes einzelnen grosspolnischen Edelmanns identificirte, dessen höchstes Interesse ja sein müsse, die Prärogative seiner Landschaft, deren Träger der Erzbischof sei, gegen jede Usurpation zu wahren. Das ganze Verfahren des Marschalls, sein Ehrgeiz, seine Ränke, seine gewiss imaginären Absichten, die Wahl mit Ausschluss der übrigen Reichstheile bloss durch seinen Anhang zu vollziehen, erregten allgemeinen Unwillen. Die Knyszyner Beschlüsse wurden verworfen. Zwar erging es nicht anders den Lowiczer Anordnungen, trotz der Wärme mit welcher die auf ihre Gerechtsame so ungemein eifersüchtige Ritterschaft den Anspruch des Erzbischofs verfocht. Das ausserordentliche Verfahren gegen Ruhestörer und Gewaltthäter wurde auf dem von Senatoren und Rittern gleich zahlreich besuchten Landtage zu Kolo in Form einer Conföderation beider Stände erneuert, und darin ganz besonders betont, die bewaffnete Einigung gelte vor Allem jedem Versuch, eine Sonderwahl zu veranstalten, oder den Thron durch einen Handstreich zu besetzen.

Die Sache des Erzbischofs nahm eine entschieden günstige Wendung. Wenn in Grosspolen eine Coalition von Katholiken und Protestanten für den localen Vorrang stritt, waren dagegen die masovischen Landschaften von Eifer für die katholische Sache als solche durchdrungen. Litthauen, dessen Vertreter ja zu Knyszyn erschienen waren, nahm keinen Anstand, dieselben zu desavouiren, und die dortigen Beschlüsse zurückzuweisen. Es hatte sich offenbar mit Firley's Partei bloss in der Hoffnung eingelassen, dieselbe in ihrer precären Lage zu einigen Zugeständnissen geneigt zu finden. Forderungen jedoch, die zum Theil die Union von 1569 wieder aufhoben: Wiedereinverleibung von Podlachien,

28) Warsevicius: „qui postea vulgo eius nutrix ad invidiam dicebatur.“

Volhynien und Kiew, Einräumung von Sitz und Stimme im Reichssenat den einheimischen Fürsten als solchen, u. Ae. konnte und durfte Firley nicht gewähren. Damit aber hörte für Litthauen jedes Interesse auf, dessen Sache zur seinigen zu machen. Auch Westpreussen nahm für die verfassungsmässige Autorität des Erzbischofs Partei, und protestirte laut gegen die Uebergriffe der kleinpolnischen Fraction ²⁹⁾. Der Palatin von Sandomir erklärte nun auch offen seinen Beitritt. Firley sah sich somit vereinzelt und haltlos. Weiteres Beharren auf der eingeschlagenen Bahn wäre eben so unklug als verderblich gewesen, da es die Spaltung unberechenbar verlängern, und einen offenbar factiösen Charakter annehmen musste. Dies begriff man auf dieser Seite und zeigte sich fast über die Erwartung zur Nachgiebigkeit bereit. Die Stimmung des Landes mahnte ohnehin an die eiligste Ausgleichung der obschwebenden Streitfragen. Die nahezu drei Monate lang andauernde Spaltung musste unter den verschiedenen Landschaften gegenseitiges Misstrauen erregen: man kann sagen dass Verdacht Aller gegen Alle die Stimmung des Tages geworden war. Das gespannte Verhältniss der beiden grossen Provinzen, die der Parteistreit am unmittelbarsten anging, lässt sich denken, beide zusammen beobachteten ängstlich die Haltung Litthauens. Der kleinere, den öffentlichen Dingen ferner stehende Landadel, glaubte hinter diesen end- und resultatlosen Zusammenkünften der grossen Herren Anschläge wider die Freiheiten der Ritterschaft zu entdecken: es sei auf ein systematisches Abhetzen und Abmüden des geringeren Adels abgesehen, damit schliesslich, gleichsam unter dem Drang der Umstände, die Entscheidung in die Hände weniger gelegt werde ³⁰⁾. Die grösste Besorgniss erregte aber das Gebahren der fremden Gesandten, in erster Linie der österreichischen, und der Schaar ihrer untergeordneten Agenten, die, alle Verbote und Einwendungen missachtend, ihre Umtriebe und Wühlereien von

29) Vgl. das Schreiben der westpreuss. Senatoren an Karnkowski in den Epistolae p. 1742.

30) Vgl. Heidenstein p. 10.

den Grenzen Schlesiens bis tief nach Litthauen hinein verbreiteten. Man trug sich mit den abenteuerlichsten Gerüchten: bald hiess es, der junge Thronbewerber, Erzherzog Ernst, befände sich verkleidet im Lande, bald war die Rede von einer nahe bevorstehenden Invasion österreichischer Truppen. Jedenfalls musste die schwache Bedeckung der Grenzen und die Leere des Staatsschatzes, die allgemeine Lage unsicher genug erscheinen lassen.

Man muss bekennen, es war eben die auf das alte Herkommen so gewaltig pochende Partei, welche die von Allen ersehnte Verständigung erschwerte. Man fühlte sich stark und den Gegner zu capituliren bereit und liess es ihn empfinden. Gegen Firley glaubte man sich jetzt Manches erlauben zu dürfen. Die Vereinigung zwei so hoher Würden, des Marschallamts und des krakauer Palatinats, in einer Hand, wurde angefochten ³¹⁾. Ja Einige stellten die wunderliche Theorie auf, dass sämtliche Kronämter, somit auch das Marschallamt mit des Königs Tode ausser Wirksamkeit kommen, folglich bei den öffentlichen Versammlungen der Hofmarschall des Primas, als des zeitweiligen Staatsoberhauptes, zu fungiren habe ³²⁾.

Auf Ansuchen des grosspolnischen Adels und mit der Zustimmung Litthauens, setzte nun der Erzbischof mit den ihn umgebenden Senatoren den Tag für die vorzunehmende Wahl fest: dieselbe sollte zu Lomza, unweit der Grenze Litthauens stattfinden. Dass sich Niemand daran halten würde, selbst diejenigen nicht, welche die Anordnung getroffen, war schon wegen der Kürze der Zeit vorauszusehen ³³⁾. Man wollte eben nur den Vorwurf der Verzögerung von sich abwenden. Das einzig Thunliche für den Augenblick war, endlich einmal den ganzen Senat zusammen zu bringen, um

31) Die Cumulirung dieser Würden hatte schon eine Constitution von 1565 für die Zukunft untersagt; jedoch sollten die gegenwärtigen Inhaber von der Bestimmung nicht betroffen werden.

32) Ich ersehe dies aus einem Briefe Zborowski's an die Castellane des Palatinats Sandomir.

33) Heidenstein p. 9. Brief des Erzbischofs von Gnesen an Peter Zborowski M S.

dann gemeinschaftlich ein festes Programm des Vorzunehmenden zu entwerfen. Die Unterhandlungen darüber ³⁴⁾, deren Detail zu verfolgen von geringem Interesse wäre, — wobei Zborowski die Vermittlerrolle übernahm und manche Schwierigkeiten zu überwinden waren — führten endlich zu einer Zusammenkunft der Senatoren beider Parteien unter dem Vorsitz des Erzbischofs, zu Kaski bei Warschau (Ende October 1572).

Diese Versammlung, von den Meisten als ein längst erwünschtes und gebotenes Einlenken in's althergebrachte, verfassungsmässige Geleise betrachtet, schien ein grosser Schritt, um aus dem bedenklichen Schwebezustand der öffentlichen Dinge herauszukommen. Man konnte erwarten, die versammelten Herren würden endlich dem oft angeführten Privilegium Siegmund's I. gemäss, nicht weiter zögern, die Wahl anzusagen. Aber schon der Umstand, dass in dieser Versammlung Litthauen eben so wenig als Preussen repräsentirt waren, mochte dies als noch nicht rathsam erscheinen lassen. Dazu kam ein tieferer Grund. Beinahe vier Monate waren seit des Königs Tod verstrichen, und — Dank der eben beigelegten Spaltung hatte keine einzige der unumgänglichen Vorfragen eine befriedigende und allgemein anerkannte Lösung gefunden. Man ging der vorzunehmenden Wahl eben so unvorbereitet und rathlos entgegen wie am ersten Tag des Zwischenreichs. Die Wahlversammlung ohne eine fertige Wahlordnung zu berufen, war schlechthin undenkbar; diesem dringendsten Bedürfniss aber abzuhelfen, getrauten sich die zu Kaski Versammelten nicht. Die Präjudicirung dieser die Gesammtheit so lebhaft angehenden Frage von Seiten des Senats, wäre bei den unabweisbaren Ansprüchen der Ritterschaft, zur Entscheidung jeder wichtigen Angelegenheit beizutragen, allezeit bedenklich gewesen, um so mehr in einem Augenblick, wo das allgemeine Misstrauen jede Initiative des Senats fast unmöglich machte. Hier rasch auf eigene Hand entscheiden wollen, war eben so viel als die alte Ver-

34) Orzelski fol. 5. Heidenst. p. 11. Warsevicius p. 133—135.

wirrung heraufbeschwören. Zu jeder weiteren Berathung musste der Ritterstand herbeigezogen, die Verantwortlichkeit mit ihm getheilt werden. Das war aber nicht anders erreichbar, als durch eine neue Versammlung, folglich eine neue Verzögerung. Doch schien dieser Weg, wenn auch der langwierigere, wenigstens der sicherste; man war der einseitig vorgenommenen, und deshalb gescheiterten, Versuche müde und wollte die Sache gleichsam recht gründlich von vorn herein beginnen. Es war schon so viel Zeit verloren, dass es auf ein Mehr oder Weniger nicht mehr ankam.

Der neuen Versammlung, die zu berufen man sich entschloss, vermied man den Charakter eines ordentlichen Reichstags zu geben, da einen solchen neben der Wahlversammlung anzuordnen, ausserhalb der Befugnisse des Senats zu liegen schien. Die „Convocation“ — so lautete die damals zuerst aufgebrachte Benennung — nach Warschau auf den Dreikönigstag 1573 angesagt — sollte aus dem Senat und den Abgeordneten des Ritterstandes bestehen, deren Zahl für jedes Palatinat auf zwei beschränkt wurde. Behufs der Wahlen wurden überall die üblichen kleinen Landtage angeordnet. Um der neuen Versammlung unbezweifelte, volle Autorität und Giltigkeit im Voraus zu verschaffen, war man bedacht, derselben die Betheiligung sämtlicher Theile des Reichs zu sichern, und liess, um den bezüglichlichen Einladungen mehr Nachdruck zu geben, damit nach den wichtigsten Landschaften, Litthauen und Preussen, besondere Gesandtschaften abgehen ³⁵⁾.

Einen Hauptgegenstand der Berathungen bildeten auch die Pläne und Bestrebungen der auswärtigen Candidaten, so wie die Haltung der im Reiche anwesenden fremden Gesandten, vornehmlich der Kaiserlichen. Die zahlreichen Agenten und Unterhändler, die ohne officiellen Charakter sich in allen Landschaften des weiten Reichs herum trieben, und die Stimmung zu Gunsten ihres Candidaten zu bearbeiten suchten, wurden des Landes verwiesen; den Gesandten selbst das

35) Beschlüsse der Versammlung von Kaski M. S. Heidenstein p. 14. Orzelski fol. 6. Warsevicius p. 136.

Städtchen Urzendow, wo sie auf's Ehrenvollste behandelt, aber scharf überwacht werden sollten, zum festen Aufenthalt bis zum Wahlreichstag bestimmt. Dagegen gebrauchte die katholische Partei ihr neu begründetes Uebergewicht, um den Cardinal Legaten mit jeder derartigen Beschränkung zu verschonen. — Endlich erhielt auch die Versammlung die erste directe Meldung von der Ankunft einer französischen Gesandtschaft.

III.

Die Art Pause, welche zwischen der ausgeglichenen Provinzialspaltung und der Eröffnung der Warschauer Convocation in dem Gange der Ereignisse stattfand, gibt uns Gelegenheit, an diesem Ort den bisherigen Verlauf der verschiedenen Thronbewerbungen, so wie den Zustand der öffentlichen Meinung, mit ihren hervorstechendsten Parteirichtungen im Zusammenhange darzustellen.

In erster Reihe tritt uns hier die österreichische Candidatur entgegen. Der Gedanke, die Erbschaft der Jagiellonen, wie in Ungarn und Böhmen, so auch in Polen anzutreten, das Streben, dieses neue weite Gebiet mit der habsburgischen Hausmacht zu verbinden, waren nicht neu. Die Virtuosität des Hauses Oesterreich im Beiseiteschaffen unbequemer ständischer und Wahlrechte war schon zu erprobt, als dass die Hoffnung, Polen in ein ähnliches Verhältniss zu den Erbländern, wie etwa Böhmen zu bringen, allzu kühn erschienen wäre. Schon 1553 hatte Erzherzog Ferdinand, der Gemahl Philippinens, bei einer Anwesenheit in Krakau den Versuch gemacht, für den Fall des kinderlosen Ablebens Siegmund Augusts die Succession seinem Hause zu sichern. Aber seine Eröffnungen scheiterten am entschiedenen Unwillen der einflussreichsten Männer im Staate ¹⁾. Wie weit die Angabe, Siegmund August habe dem Kaiser Maximilian II., um dessen Zustimmung und Mitwirkung zur Ehescheidung von Katharina von Oesterreich zu erlangen, die Aussicht eröffnet, einen von dessen Söhnen zum Nachfolger anzuneh-

¹⁾ Bielski p. 1115.

men, begründet sein mag, bleibt dahingestellt ²⁾). Jedenfalls konnten beide Theile wissen, von wie wenig Werth eine solche ohne Zuthun der Stände gegebene Zusage sei. Doch sprach ein verbreitetes Gerücht von geheimen Verträgen, die in Sachen der Succession zwischen König und Kaiser bestehen sollten. Darin liegt ohne Zweifel der Grund des Scheiterns aller königlichen auf die Thronfolge sich beziehenden Vorschläge. Man glaubte, die in den letzten Lebensjahren Siegmund Augusts mit dem Kaiser verabredete Zusammenkunft zu Breslau, die jedoch wegen der Krankheit des Königs unterblieb, sei diesen österreichischen Plänen nicht fremd gewesen ³⁾). Maximilian II. unterhielt am Hofe seines Schwagers einen ständigen Gesandten, den Cistercienser Abt Johannes Cyrus, dessen Hauptaufgabe war, die Sache zu betreiben, namentlich den Adel dafür zu gewinnen. Diesem war es auch gelungen, in Litthauen, Preussen, ja selbst in Grosspolen, zahlreiche Anhänger zu werben ⁴⁾).

Bei den Vorkehrungen, welche Commendoni noch zu des Königs Lebzeiten getroffen, um den Thron den katholischen Interessen gemäss zu besetzen, hatte er zuerst an das Haus Habsburg gedacht, das, wenn man auch den regierenden Kaiser als Ausnahme gelten lassen wollte, doch der eigentliche Träger der katholischen Politik jener Zeit war.

Die separatistischen Tendenzen der litthauischen Grossen benutzend, hatte er sich mit zwei der dortigen mächtigsten Adelshäuptern, Nikolaus Christoph Radziwill und Johann Chodkiewicz, Starosten von Samogitien in Verbindung gesetzt und ein geheimes Abkommen getroffen ⁵⁾). Die beiden Herren verpflichteten sich darin, nach des Königs Tode, ohne den Entschluss Polens abzuwarten, die Ernennung eines der Söhne Maximilians zum Grossfürsten zu bewirken, und dieser Wahl durch eine ansehnliche Streitmacht

2) Gratiani p. 326.

3) Heidenstein p. 3.

4) Jean Choisin, Discours au vray de tout ce qui s'est faict et passé pour l'entière négociation de l'Election du Roy de Pologne Par. 1574. p. 6. 28.

5) Vgl. über die ganze Unterhandlung Gratiani p. 364 ff.

Nachdruck zu verschaffen. Dieser litthauischen Vorwahl würde sich dann auch Polen anschliessen müssen; nicht anders sei es ja bei der Thronbesteigung Siegmunds I. ergangen. Unterdessen sollte in Polen selbst die katholische Partei, mit dem Palatin Albrecht Laski an ihrer Spitze sich erheben. Der Kaiser, hoffte man, werde die Bewegung durch ausgesandte Truppen unterstützen ⁶⁾.

Der Plan wurde, gleich nachdem Siegmund Augusts Tod verlautet, durch Commendoni's vertrauten Secretär, Graziani, nach Wien überbracht. Aber Maximilian war nicht geneigt, die polnische Krone aus der Hand einer verbrecherischen Faction anzunehmen. Ueberdiess hatte der projektirte Handstreich wenig Chancen des Gelingens. Der Kaiser wählte den sichereren, jedenfalls ehrenvolleren Weg der Unterhandlung. Er ging dabei von der richtigen Einsicht aus, die erste Bedingung eines vollen und dauerhaften Erfolgs sei, sich mit beiden Religionsparteien zu verständigen, indem man beide so weit möglich zufrieden und sicher stellte. Sein Irrthum war nur, dass er auf diesen Erfolg mit zu grosser Bestimmtheit rechnete, und sich in Bezug auf die Stimmung in Polen vielen optimistischen Illusionen hingab. Zudem wurde die Negociation etwas schwerfällig und umständlich in Angriff genommen ⁷⁾. Ehe die eigentliche Gesandtschaft abging, sollte das Terrain gehörig erforscht und bearbeitet werden; mehrere geheime Agenten wurden nach Polen abgeschickt. Die Dinge standen dort anders als man in Wien sich eingebildet hatte. Wenn man einzelne Provinzen, wie Preussen, und theilweise auch Litthauen abrechnet, so war im eigentlichen Polen, ausser bei der hohen Geistlichkeit, der specifisch-katholischen Partei, und einigen Adelsfamilien die österreichische Candidatur im höchsten Grade

6) Ursprünglich dachten die Litthauer an eine Losreissung von der polnischen Krone. Commendoni, der darin kein Interesse der katholischen Partei sah, brachte sie von diesem extremen Vorhaben ab. Doch sollte Litthauen die alte Autonomie neu bestätigt, die neulich Polen einverleibten Provinzen restituirt, die Besetzung der Bisthümer der Krone entzogen, und der freien Wahl anheim gegeben werden.

7) Gratiani p. 378 ff.

unpopulär. Die tiefe Abneigung und das Misstrauen die das Haus Habsburg allgemein einflösste, konnte selbst der Eindruck der Persönlichkeit des Kaisers und dessen versöhnliche Politik in Glaubenssachen nicht abschwächen. Ein seltener Einklang darüber spricht sich in den überaus zahlreichen politischen Aufsätzen, Flugschriften, u. s. w. jener Zeit aus ⁸⁾. Dieses Haus, heisst es, habe die kaiserliche Wahlkrone nun factisch erblich gemacht, die „germanische Freiheit“ vor wenigen Jahrzehnden beinahe unterdrückt, den Böhmen ihr Wahlrecht entrissen; eben führe dessen spanische Linie einen blutigen Unterjochungskampf in den Niederlanden. Unduldsamkeit und Treulosigkeit seien die ständigen österreichischen Familienzüge. Bei der Nachbarschaft der beiden Reiche wäre es einem diesem Hause angehörigen König ein Leichtes, jeden Augenblick zum Umsturz der Verfassung aus seinen Erblanden Truppen herbeizuziehen. Polens Kräfte wolle man zur Wiedereroberung Ungarns verwenden, es aber darüber in unversöhnliche Feindschaft mit der osmanischen Macht verwickeln. Ueberhaupt war das traditionell feindliche Verhältniss des Hauses Habsburg zur Pforte ein Hinderniss für dessen Pläne auf Polen, das keine Ueberredungskunst weg zu demonstrieren vermochte. Polens Interesse, den mächtigen Nachbar im Süd-Osten nicht zu reizen, war zu klar.

Wenn man nun das unbesonnene und tactlose Verhalten jener kaiserlichen Agenten hinzunimmt, die trotz der angeordneten Bewachung der Grenzen in's Land eindrangen und es nach allen Richtungen durchstreiften, so wird man den Eindruck, die ihre halb heimlich, halb ohne Hehl getriebene Agitation, die sich zu dem in der Wahl von Mitteln und Personen oft grob vergriff, hervorbringen musste, leicht ermes- sen können. Der Erfolg davon war nur, dass sehr viele Personen compromittirt, ein allgemeiner Argwohn erregt, und selbst den gewonnenen Anhängern die Möglichkeit genommen

8) Ich finde dafür sehr zahlreiche Belege in den Handschriften. Einiges aus dieser Gelegenheitsliteratur ist abgedruckt im 2. Bande der oben citirten Sammlung des Grafen Plater.

wurde, für die Sache zu wirken. Die Stimmung der Ritterschaft, durch diese Umtriebe gereizt, wandte sich gegen den hohen Adel. Niemand durfte, um nicht gleich Vertrauen und Einfluss einzubüssen, seine Neigung für den österreichischen Candidaten auch nur leise andeuten. So fanden die Gesandten, Wilhelm von Rosenberg, Oberstburggraf, und Wratislav von Bernstein, Kanzler von Böhmen, die Sache eigentlich schon gründlich verdorben vor. Freilich thaten sie nichts um den ungünstigen Eindruck zu verwischen. Ihre Ankunft geschah ohne vorläufige Anzeige, ihr Auftreten liess die vollkommenste Sicherheit des Erfolgs errathen, und ihre Art zu unterhandeln war nicht minder unbehilflich und compromittirend, als die der nichtofficiellen Agenten, die nun förmlich organisirt unter der Oberleitung der Häupter der Gesandtschaft operirten ⁹⁾. Grossen Unwillen erregte auch der Umstand, dass die Gesandten die ihnen ursprünglich zum Aufenthalt angewiesene Stadt Sandomir eigenmächtig und insgeheim verliessen, um sich zur Prinzessin Anna zu begeben. Es handle sich, dachte man, um eine Heirath zwischen dieser und dem Erzherzog Ernst, der auf diese Weise eine scheinbare Erbberechtigung gewinnen wolle.

Während Leute von Rang und Popularität absichtlich den Verkehr mit den Gesandten mieden, fanden sich doch einige Individuen, die den gemachten Anerbietungen und Versprechungen nicht unempfänglich blieben. Aufgefangene Briefe, welche diese unlauteren Manöver aufdeckten, brachten vollends in der Ritterschaft den Eindruck hervor, als sei das Gemeinwesen auf allen Punkten von fremden Machinationen unterwühlt und bedroht. Ich habe bereits berührt, dass diese Stimmung eines der Motive der beschleunigten Beilegung des Zwiespalts im Senat geworden ist.

Die ungünstige Wendung, welche die österreichische Bewerbung gleich von Anfang an in Polen nahm, wirkte auch auf Litthauen zurück. Radziwill und Chodkiewicz liessen ihre Anschläge fallen, ohne auch nur einen Schritt zu deren Ausführung zu wagen. Als der Abt Cyrus, wiewohl durch Se-

9) Vgl. Heidenstein p. 12. Gratiani p. 381ff.

natsbeschluss aus dem Reiche verwiesen, und von seinem Hofe abberufen, gleich nach der Versammlung von Kaski sich nach Litthauen begab, um den dahin abgeschickten polnischen Senatoren zuvorzukommen, und die Gesinnung des Landes noch vor der nahenden Convocation zu bearbeiten, fand er die Lage durchaus verändert. Die österreichische Sache hatte dort fast allen Boden verloren. Ein Theil des hohen Adels war bereits mit dem Grossfürsten von Moskau in Unterhandlung getreten. Cyrus, der, wie es scheint, an Rührigkeit und Ueberredungskunst es nicht fehlen liess, konnte von den früher am eifrigsten österreichisch Gesinnten nichts als vage, ausweichende Ausdrücke der Ergebenheit, und Anerbietungen guter Dienste dem Kaiser überbringen ¹⁰⁾.

Für den Kreis von Männern exclusiv katholischer Färbung, denen die österreichische Bewerbung nur Mittel zum Zweck gewesen, war kein Grund vorhanden, bei einer im Voraus verlorenen Sache zu verharren. Sie mussten daher bereitwillig eine Combination ergreifen, welche zugleich die katholischen Interessen befriedigte, und auf mehr Anklang bei der grossen Mehrheit der Nation zählen durfte. Vom Augenblick an, als dem österreichischen Unternehmen jede Aussicht verschwand, war ihr Uebergang auf französische Seite entschieden ¹¹⁾. Der Cardinal selbst hielt sich aus leicht erklärlichen Motiven fast bis zum letzten Moment zwischen den beiden katholischen Candidaten anscheinend neutral, sah aber der veränderten Taktik seiner Partei ruhig und billigend zu.

Die französische Bewerbung um den polnischen Thron hängt mit der vermittelnden Stellung, die der Hof seit dem

10) Auf der Rückreise nach Deutschland wurde der als Reitersmann verkleidete Cistercienser erkannt, und in Preussen durch den Castellan von Danzig, Kostka angehalten (Heidenst. p. 23. Gratiani p. 380). Bei seinem Verhör auf dem Wahlreichstag zeigte sich der geringe Erfolg seiner Bemühungen in Litthauen (Orzelski p. 13, dessen Zeugniss durch die Inhaltsangabe der aufgefangenen Correspondenz des Cyrus, in einem handschriftl. Tagebuche des Wahlreichstags, bestätigt wird). Irrthümlich daher sagt Gratiani: interceptae litterae . . . quibus et pecuniarum promissiones, et aliarum pactiones rerum continebantur.

11) Gratiani p. 384.

Frieden von St. Germain zwischen den Religionsparteien einnahm, und dem Umschwung, welchen Coligny's Einfluss in der äusseren Politik nahe war herbeizuführen, eng zusammen¹²⁾. Nachdem der Plan, den Herzog von Anjou mit Elisabeth von England zu vermählen, gescheitert¹³⁾, ergriff der französische Hof die sich in Polen darbietende Gelegenheit, den Prinzen mit einer Krone auszustatten, und die Pläne Oesterreichs auf Erweiterung seiner Hausmacht zu durchkreuzen, in dessen östlicher Flanke man, wenn das Unternehmen gelang, eine gewaltige Position einnahm. Noch zu Lebzeiten Siegmund Augusts fing man an, Anstalten zu treffen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Reise des am französischen Hofe lebenden polnischen Edelmanns Krasowski, dessen zwerghafte Gestalt, verbunden mit nicht gewöhnlichem Geist, ihn zum Liebling der königlichen Familie gemacht hatte, angeblich um die Seinigen wiederzusehen, im Auftrag des Hofes, und mit der Absicht unternommen wurde, die Lage der Dinge auszukundschaften und dem Plan vorzuarbeiten¹⁴⁾. Dafür spricht die thätige Rolle die wir späterhin den winzigen Diplomaten als Agenten Montluc's spielen sehen¹⁵⁾.

Nicht lange nachher, Sommer 1572, wurde Balagny, ein natürlicher Sohn Montluc's nach Polen geschickt, um unter der Hand beim König die Ernennung Heinrichs von Anjou zum Nachfolger zu betreiben, oder, falls jener nicht mehr am Leben wäre, den Gedanken einer französischen Candidatur den einflussreichsten Grossen annehmbar zu machen¹⁶⁾. Indessen hatte diese Mission, schon wegen der Jugend und Unerfahrenheit des damit Betrauten, keine namhaften Resultate; sie ging fast unbemerkt vorüber, wenn auch einige Anhaltspunkte für spätere Unterhandlung schon damals gewonnen wurden.

Die französische Candidatur hatte die glänzendsten Aussichten. Den Religionsparteien eröffnete sie die Möglichkeit eines Compromisses; Katholiken wie Protestanten konnten

12) Vgl. Ranke Französische Geschichte I. S. 298.

13) Choisin. Discours au vray. p. 1.

14) Gratiani p. 390.

15) Choisin p. 24ff. 40.

16) Choisin p. 2—12.

sich in der Unterstützung eines Thronbewerbers vereinigen, der als der Träger einer gemässigten, versöhnlichen Politik erschien. Die Wahl eines französischen Prinzen versprach bei der Machtstellung und dem Ruhme des valesischen Königshauses, dem polnischen Reich einen Zuwachs an Glanz und Ansehen; und doch machte andererseits dem erwählten Fürsten schon die weite Entfernung von seinem Heimathlande jeden Anschlag auf die Rechte und Freiheiten seiner Unterthanen, jede Velleität die Verfassung umzustürzen, zur Unmöglichkeit. Der Prinz galt für tapfer und kriegserfahren: dem Sieger bei Jarnac und Montcontour schien eine grosse militärische Zukunft eröffnet; von frühster Jugend auf hatte er an den Staatsgeschäften thätigen Antheil genommen; noch stand er in einem Alter, das sich fremder Art und Sitte mit Leichtigkeit anbequemt. Auch übersah man nicht, dass in der engen, noch von Franz I. angeknüpften Verbindung zwischen der Krone Frankreich und der Pforte, eine Bürgschaft des Friedens und der Sicherheit für Polen liege. Und zudem lag in dieser Bewerbung etwas Ungewohntes, Ueberraschendes, das ebensowohl die Phantasie ansprach als dem Selbstgefühl der Menge schmeichelte. Dies erklärt den freudigen Beifall, mit dem die grosse Mehrzahl der Ritterschaft, ohne Unterschied der Confession, gleich von Anfang an das französische Unternehmen begrüsst. Aber auch mehrere Grosse, darunter in erster Reihe das mächtige Haus der Zborowski, wurden frühzeitig für die französische Sache gewonnen.

✓ Die Bluthochzeit vom 24. August, die dem französischen Hof, d. h. der Königin Catharina Medici keineswegs die Hoffnung nahm, im Innern das Gleichgewicht zwischen den Parteien zu erhalten, änderte auch nichts an der äusseren Politik¹⁷⁾, und so wurde auch der Plan der polnischen Thronbewerbung ohne Verzug in Angriff genommen. Der Mann, dem die Negociation anvertraut wurde, Jean de Montluc, Bischof von Valence, ein alter gewiegter Diplomat noch aus Franz I. Zeit, war überaus glücklich gewählt. Fein und geschmeidig, von einschmeichelndem Umgang und, wo es galt,

17) Ranke a. a. O. I. S. 329.

würdevoll und mit Entschiedenheit auftretend, besass er im hohen Grade die Gabe, die Schwächen derjenigen mit denen er zu thun hatte, zu erspähen und auszubeuten. Seiner scharfen Beobachtungsgabe entging kein Umstand, auch noch so untergeordneter Natur; kein Mittel erschien ihm kleinlich, das auch nur die entfernteste Möglichkeit darbot, einen grossen Zweck in etwas zu fördern. Seine religiösen Ansichten streiften hart an die Grenze der Heterodoxie; da aber sein Bruch mit Rom kein entschiedener und offener war, konnte er eine sehr ergiebige Doppelrolle spielen.

Er kam nach Polen, im October 1572¹⁸⁾, mit geringem Gefolge, und ziemlich spärlichen Geldmitteln¹⁹⁾. Auf das plumpe Bestechungssystem, wie es die Oesterreicher versucht, durfte er nicht bauen. Aber auch in anderer Hinsicht bildete sein Auftreten zu dem der kaiserlichen Gesandten einen vortheilhaften Contrast. Schon die rücksichtsvolle Art, wie er die zu Kaski versammelten Senatoren um freie Durchreise und die Erlaubniss bat, seinen Auftrag zu verrichten, fand vielen Beifall.

Indessen war die Nachricht von der Pariser Blutnacht nach Polen gedrungen und hatte rasche Verbreitung gefunden. Die günstige, der französischen Bewerbung so ungemein entgegenkommende Stimmung erlitt dadurch den empfindlichsten Umschlag. Von den Protestanten gar nicht zu reden, erregte dieser unerhörte Act grausamer Hinterlist auch in den meisten Katholiken Abscheu und Entsetzen. Die zahlreich cursirenden gedruckten Berichte über die Katastrophe, der eine ausführlicher und haarsträubender wie der andere, gaben der allgemeinen Entrüstung immer neuen Stoff. Der französischen Sache schien nun jede Aussicht versperrt zu sein²⁰⁾.

18) Choisin p. 25.

19) Choisin p. 52.

20) Choisin p. 41 toutes les semaines l'on apportoit des peintures où l'on voioit toute manière de mort cruelle dépeinte: l'on y voioit fendre des femmes pour en arracher les enfans qu'elles portoient. Le Roy et le Très Illustre Duc d'Anjou y étoient dépeints spectateurs de ceste Tragédie, et avec leurs gestes et de parolles écrites ils monstroient qu'ils étoient marrys de ce que les exécuteurs n'étoient assez cruelz. Telz écrits et telles peintures irritoient tellement le coeur de

Montluc hielt jedoch das Spiel nicht für verloren. Schon sein ganzes persönliches Auftreten war darauf berechnet, den ungünstigen Eindruck in etwa zu mildern²¹⁾. Nichts erinnerte in ihm an den katholischen Bischof: er mied sorgfältig selbst die üblichen Verrichtungen, welche die römische Kirche ihren Bekennern auferlegt. Mit einer gewissen Ostentation enthielt er sich jeden Verkehrs mit dem päpstlichen Legaten. Im Gespräch sowohl als durch zahlreich ausgestreute Flugschriften suchte er seinen Candidaten von jedem Antheil an der Hugenottenschlächtereie rein zu waschen. Die Katastrophe sei lediglich einem momentanen Wuthausbruch des pariser Pöbels zuzuschreiben, wobei auch Motive der Privatrache möchten mitgespielt haben. Wie hätte ein ritterlicher Prinz, der die Feinde so vielmal im offenen Feld geschlagen, nun plötzlich, um ihrer los zu werden, den Dolch des Meuchelmörders dingen wollen? Uebrigens sei hier die Religion ausser Frage, nicht Andersgläubige, nein Verschwörer und Rebellen habe die Volkswuth getroffen. Mit diesen und ähnlichen Gründen suchte Montluc auf die Protestanten zu wirken, während er andrerseits, in vertrauten Unterredungen mit Katholiken nicht verfehlte, das blutige Ereigniss im überorthodoxen Sinn zu verwerthen und den Glaubenseifer des Prinzen in den überschwänglichsten Ausdrücken darzustellen.

plusieurs, qu'ils ne vouloient pour rien endurer qu'en leur présence le nom du Roy fust nommé. Les dames en parloient avec telle éffusion de larmes, comme si elles eussent esté présentes à l'exécution.

21) Orzelski fol. 8. Verum Monlucius non verbis tantum adulatione refertis quemque privatim captabat, verum habitum etiam ad cuiusque naturam, quam ex sermone confestim accepit, accommodabat, vitaeque adeo genus immutaverat, dum tota quadragesima aliisque romano ritu dicatis diebus vetitis eduliis vesceretur . . . valetudinis se causa prohibitis esculentis frui, exposcenti Catholico asserens, cum maxime esset incolumis; evangelico vero liberum neque peccato dignum ferculorum quorumvis usum affirmans. Templum rom. religionis etiamsi episcopum se praedicaret, nusquam visitavit. Adveniente Catholico, Henricum eius ritus vindicem fore acerrimum iactitabat . . . e contra evangelico, eundem bellis civilibus nusquam se miscuisse, eaque maxima causa ad id regnum impelli, quod liberam religionem isthic esse sciat, cuius ipse etiam particeps fieri ac praepotentes superbosque illos sacrificos qui primum in quibusvis regnis occupassent locum, deprimere studeret.

Während er durch geschickte Insinuationen die Anerbietungen der Mitbewerber zu bemängeln, ja zu verdächtigen wusste, suchte er darzuthun, dass die Wahl des französischen Prinzen den reellsten Interessen der Nation nach allen Seiten hin am vollkommensten entspreche²²⁾. Allerdings waren die Bedingungen, die er im Namen seines Hofes mit einer absichtlichen Zurückhaltung, die den Eindruck nur erhöhen sollte, mittheilte, verführerisch genug. Er versprach reiche Subsidien an Geld und Truppen, die dem bedrängten Staatschatz zu Hilfe kommen und eine erfolgreiche Beendigung des immer wiederkehrenden oft verlustvollen Krieges mit Moskau ermöglichen sollten; mannigfache Handelsvorthelle, vor Allem aber die Herstellung einer Flotte. Dass eine solche fehlte, wurde allgemein als ein sehr empfindlicher Uebelstand anerkannt. Ein Staat der die Ostseeküste in so weiter Ausdehnung beherrschte, zu dem unmittelbar oder mittelbar reiche Handelsplätze wie Danzig, Königsberg, Memel und Riga gehörten, sah sich ausser Stande, seinen Seeverkehr zu beschützen; er musste sich das maritime Uebergewicht des kleinen Dänemark gefallen lassen und in den alle Augenblicke von dorthier provocirten Conflicten den Kürzeren ziehen. Seitdem Moskau in Liefland festen Fuss gefasst, namentlich den Ort Narva eingenommen, war es für Polen fast zur Lebensfrage geworden, dem gefährlichsten, nie rastenden Gegner durch Sperrung der Narvamündung die Hauptader des Verkehrs abzuschneiden. Freilich hätte die Beseitigung dieser Uebelstände manche Anstrengungen und Opfer gekostet, die zu bestehen man keine Lust zeigte. Was man mit eigenen Kräften je zu erreichen verzweifelte, das sollte französisches Gold gleichsam über Nacht vollbringen. Dürfen wir uns wundern, dass mancher diese handgreiflichen Vorthelle mit den Gefahren abwägen mochte, welche die Erhebung des Sohnes Catharina's auf den Thron anzukündigen schien?

Montluc erkannte mit dem ihm eigenen Scharfblick wo eigentlich bereits der Schwerpunkt des polnischen Gemeinwessens lag. Fast noch mehr Mühe, als um die Häupter zu ge-

22) Choisin p. 31.

winnen, wandte er an, um sich die Masse der Ritterschaft geneigt zu machen ²³⁾.

Ende 1572 sehen wir diesen Stand, auf den Montluc am meisten rechnete, sich noch unentschieden verhalten: natürlich modificirte der confessionelle Standpunkt des Einzelnen dessen Vorliebe oder Abneigung für die Sache; aber im Allgemeinen übten die glänzenden Anerbietungen eine mächtige Anziehungskraft aus. Unter dem höheren Adel bildeten das Haus Zborowski, der Palatin von Lublin Maciejowski, der Hofmarschall Opaliński, nebst einigen Anderen, den Kern einer specifisch französischen Partei. Das Wichtigste und eigentlich Entscheidende, war der durch die Umstände veranlasste Anschluss der katholischen Partei an das französische Interesse.

Der Berichterstatter der französischen Negociation nennt als den gefährlichsten Rivalen des Herzogs von Anjou den Czaren Iwan II. von Moskau ²⁴⁾. Wenn auch dieses Urtheil auf Rechnung der sichtbaren Neigung des Verfassers zu setzen ist, die Schwierigkeiten von Montluc's Aufgabe weit über die Maassen zu erhöhen, so ist es jedenfalls richtig, dass ein grosser Theil der Ritterschaft, namentlich in den sonst am politischen Leben wenig theilnehmenden Kreisen, viel mit dem Gedanken umging, den barbarischen Nachbar auf den Thron Jagiello's zu berufen ²⁵⁾. Aber auch höher stehende Männer theilten diese Neigung. Sollen wir dem Biographen Johann Zamoyski's Glauben schenken ²⁶⁾, so sprach auch dieser grosse Mann, damals am Eingang seiner Laufbahn stehend, anfänglich für die Wahl des Moskoviten, dessen glücklicher Bekämpfung er später einen guten Theil seines Ruhmes verdankte. Wenn wir an den bekannten Charakter Iwans II. denken, in dem sich alle in den Annalen des römischen Kai-

23) Choisin p. 42.

24) Choisin p. 29.

25) Im Senat scheint der Czar nur wenige Anhänger gezählt zu haben. Choisin spricht von „un Palatin, homme qui pour sa vertu et modestie a beaucoup de credit“ ohne ihn jedoch zu nennen.

26) Heidenstein in der Vita Ioannis Zamoscii MS. der Ossolinski'schen Bibl. „Zamoscius eo animo ad comitia venerat, ut pro Moscho laboraret“.

serreichs und der orientalischen Despotien zerstreuten Züge einer echten Tyrannennatur zu einem entsetzlichen Gesamtbild vereinigen, so mag wohl diese Vorliebe seltsam, ja fast empörend erscheinen. Aber die Aussicht, die beiden mächtigsten Reiche des Nordens zu einem Ganzen von unermesslicher Ausdehnung, und wie man glaubte, unwiderstehlicher Gewalt vereinigt zu sehen, hatte etwas ungemein Bestechendes. Die Wahl des Czaren machte mit einem Male auf friedliche Weise einem aufreibenden, trotz einzelner Erfolge immer neu ausbrechenden Kriege ein Ende. Grossen Einfluss übte dabei eine Analogie aus der vaterländischen Geschichte aus. Man dachte an Jagiello: wie dieser aus einem rohen Barbaren unter der Einwirkung der höheren Gesittung seines neuen Reiches zu einem der ruhmvollsten Könige Polens, zum Ahnherrn eines durch seltene häusliche und öffentliche Tugenden ausgezeichneten Geschlechts geworden, so werde es auch mit dem Moskoviten gehen ²⁷⁾. Man citirte den Ausspruch des verstorbenen Königs, der damit vermuthlich seinen Neffen von Schweden gemeint: Polen müsse sich seine Könige von Norden her holen ²⁸⁾. Das Reich Moskau, meinte man, werde sich allmählig, wie Litthauen, in Sprache und Sitte Polen assimiliren, endlich wohl auch politisch damit verschmelzen.

Einsichtigere freilich erblickten in der maasslosen Ausdehnung des Reiches nur eine Gefahr. Der Umfang Polens sei mehr als hinreichend, um dem Staat eine bedeutende Machtstellung zu sichern; man müsse sich nur im Innern sammeln und entsprechend einrichten. Den alten Kampf mit dem unversöhnlichen Gegner damit beizulegen, dass man demselben die Krone anbiete, wäre ein entwürdigendes Zeugnis der Schwäche. Die Richtigkeit der Parallele mit Jagiello wurde bestritten, und geleugnet, dass das mit finnisch-mongolischen Elementen durch und durch getränkte, davon so zu sagen absorbirte moskovitische Wesen, dem polnischen von Grund aus antipathisch, sich mit demselben, nach Art des ungleich weicheren und bildsameren litthauischen, je würde

27) Heidenstein p. 28.

28) Gratiani p. 386.

amalgamiren können. In der Berührung mit Moskau sah man mit richtig vorschauendem Blicke den Untergang der polnischen Freiheit, und mochte daher weder vom Czaren selbst, noch von einem von dessen Söhnen, denn diese Auskunft fand den meisten Beifall, etwas hören.

Es ist merkwürdig dass diese widersprechenden Ansichten in den Schriften der Zeit sehr oft in der Person eines einzigen Verfassers in ihrer vollen gegensätzlichen Schärfe zum Ausdruck kommen. Man fühlt sich von diesen moskovitischen Aussichten in gleichem Maass angelockt und angewidert, man spielt gleichsam mit dem Gedanken, um ihn doch schliesslich mit Abscheu zu verwerfen²⁹⁾. Und so ist es auch damals in Polen zu einer eigentlichen moskovitischen Partei nicht gekommen; zumal die französische Bewerbung bald den Wünschen und Aussichten der Menge eine andere Richtung gab.

Ernstlicher gestaltete sich die Sache in Litthauen. Dort war man den Angriffen des Nachbars am unmittelbarsten ausgesetzt und hatte an der dauerhaften Beilegung der Feindseligkeiten ein ungleich lebhafteres Interesse. Dazu kamen die separatistischen Tendenzen der Grossen. Wie oben berührt, traten einige litthauische Herren, nachdem sich die commendonische Verschwörung als ein durchaus verfehltes Product erwiesen, mit dem Czaren wegen der Wahl des Prinzen Feodor zum Grossfürsten in Unterhandlung³⁰⁾. Iwan nahm diese Eröffnungen in dem Sinne auf, als ob dieselben zugleich vom polnischen Senat ausgingen. Vielleicht wurde so etwas vom litthauischen Gesandten zu verstehen gegeben. Von der Herausgabe des eroberten Polock, so wie überhaupt von einer Gebietsabtretung zu Gunsten seines Sohnes wollte der Czar nichts hören, vielmehr erwartete er, man würde ihm Liefland bis zur Düna und Kiew überlassen. Anstatt seines Sohnes sollte man doch eher ihm selbst die Krone anbieten. Die Rechte und Freiheiten der Nation verspreche er zu halten, wenn man andererseits die Krone in seinem Hause

29) Treffend drückt Gratiani diese Stimmung aus: hunc (Moschum) vota magis quam studia expetebant.

30) Schreiben der litthauischen Senatoren an den Czaren von Moskau, 27. Sept. 1572. M. S.

erblich erkläre. Der Czarentitel solle dem eines Königs von Polen vorangehen; von einem Aufgeben des griechischen Bekenntnisses sei keine Rede. Auch im Fall, dass ihn Litthauen allein zum Grossfürsten wähle, nehme er die Anerbietung an: mit Polen werde er sodann schon fertig werden. Hätten aber auch die Polen Einsicht in ihr wahres Interesse, so sollten sie sich beeilen, eine förmliche Gesandtschaft zur Festsetzung des Näheren an ihn abzuschicken. Seinerseits finde er es unter der Würde eines Czaren, der nur den türkischen Sultan für ebenbürtig anerkenne, wie es wohl andere europäische Könige thäten, gleichsam als Bittsteller um eine fremde Krone aufzutreten. Unterdessen wolle er den Waffenstillstand auch ferner einhalten ³¹⁾).

Glaubte der Czar mit diesem Aufwand von asiatischer Arroganz etwas in Polen auszurichten? Vielleicht ging es ihm vorzugsweise um Litthauen, auf das er unter allen Umständen als eine sichere Beute rechnete. Indessen gingen die Sonderbestrebungen dieses Landes nicht tief. So viel sich bei dem Mangel ausführlicher und eingehender Nachrichten erkennen lässt, fanden sich dort wirkliche Lostrennungsgelüste nur in einem Kreise von Magnaten, die um den Verlust ihrer alten Vorrechte schmollten; die niedere Ritterschaft wollte davon nichts wissen. Daraus nur ist zu erklären, dass, wie oft auch die Haltung Litthauens schwierig und besorgniserregend gewesen sein mag, es doch zu keinem directen Versuch der Losreissung gekommen ist. Bald sehen wir die litthauischen Grossen ihre Unterhandlungen mit dem Czaren als ein Scheinmanöver darstellen ³²⁾, berechnet darauf, den Gegner so lang als möglich von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten abzuhalten: eine plausible Erklärung, die vor Polen sowol als vor den treu an der Union festhaltenden eigenen Landsleuten als Rechtfertigung dienen sollte.

31) Heidenstein p. 27. Orzelski fol. 33.

32) *Krótki summa wszystkich spraw tempore interregni w Polsce* (kurze Beschreibung des poln. Interregnum) MS. Auch Bielski p. 1311 deutet so etwas an. In einem Schreiben an die polnischen Stände vom 15. Juli 1573 (Dzikower MS.) klagt der Czar über die trügerischen und verfänglichen Unterhandlungen der Litthauer.

Unter den auswärtigen Thronbewerbern verdient nur noch der protestantische Candidat, König Johann von Schweden, hervorgehoben zu werden. Sein Anhang scheint ursprünglich unbedeutend gewesen zu sein, erst die Rückwirkung der Pariser Bluthochzeit führte ihm manchen enttäuschten französischen Parteigänger zu. Aber auch so blieb die schwedische Partei numerisch schwach. Ihre vorzügliche Bedeutung lag im Ansehen ihrer Führer, des Kronmarschalls Firley und des sehr populären Palatins von Podolien, Nicolaus Mielecki. Man hob in diesem Kreise König Johanns Verschwägerung mit dem jagiellonischen Hause hervor, die ihn fast zum Angehörigen der Krone mache: ferner Polens und Schwedens gemeinsames Interesse, dem Vordringen Moskau's endlich ein Ziel zu setzen, was durch nichts leichter und sicherer erreicht werden könne, als durch die Vereinigung beider Reiche. Die imposante Machtstellung im Norden die davon die Folge sein würde, die unbestrittene Herrschaft in den Ostseegewässern, der ungestörte Besitz des streitigen Lieflands, waren Vorthelle die man den schon durch ihre Maasslosigkeit verdächtigen französischen Anerbietungen entgensetzte. Doch war die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, zwei so entfernte Reiche, und so grundverschieden geartete Nationalitäten dauernd und die beiderseitigen Interessen befriedigend, unter einem Haupte zu vereinigen, zu sehr in die Augen springend. Man befürchtete Polen in die innern Zerwürfnisse des schwedischen Königshauses hineingezogen zu sehen. Dieselben Einwände liessen sich auch gegen die von Manchen vorgeschlagene Wahl des Prinzen Siegmund machen — das zarte Alter desselben bot nur eine Schwierigkeit mehr³³⁾. Und der König selbst verhielt sich bloß zuwartend, jeden entscheidenden Schritt, sogar jede Erklärung über seine Absichten vermeidend³⁴⁾. Fast nur um die Aufzählung vollständig zu machen sind hier der Woiwode von Siebenbürgen, Stephan

33) Vgl. Heidenstein p. 28.

34) Vgl. das Schreiben König Johanns an Karnkowski in den *Epistolae* p. 1729. Es ist eine Empfehlung des Gesandten, Andr. Lorchins: die Absichten auf den polnischen Thron werden mit keinem Wort berührt.

Bathory, und der Herzog Albrecht Friedrich von Preussen zu erwähnen³⁵⁾. Jener, erst seit Kurzem im Besitz seines Fürstenthums, war daheim noch zu wenig befestigt, um mit irgend einer Hoffnung des Erfolgs als Candidat aufzutreten. Letzterer, der wirklich einige vereinzelte Anhänger unter den Protestanten fand³⁶⁾, konnte kaum für einen ernstlichen Bewerber gelten. Seine Geistesschwäche, zwar noch nicht, wie schon bald nachher, offenkundig, war doch nicht unbekannt. Absichten auf die polnische Krone scheinen jedoch ihm, oder vielmehr seiner Umgebung nicht fremd geblieben zu sein. Dahin deutete man die unablässig wiederholte, obwohl stets von den Ständen abgewiesene Geltendmachung des Anspruchs, als Lehnträger des Reichs an der Wahlhandlung Theil zu nehmen. Indessen sehen wir bald nachher den Herzog ganz auf kaiserlicher Seite. Maximilian II. hatte ihm die Hand seiner Nichte, der Prinzessin von Cleve angeboten, wogegen dieser seine Unterstützung versprach, ja sogar im Nothfall Truppen zur Verfügung stellte³⁷⁾.

Neben diesen auswärtigen Bestrebungen stellt sich in einem auffallend günstigen numerischen Verhältnisse die Partei dar, welche die Wahl eines einheimischen Königs, eines sog. Piasten, befürwortete. Eine Partei, insofern sich eine solche ohne bestimmtes Object denken lässt. Zwar erhoben sich einzelne Stimmen dieser Richtung für die Prinzessin Anna³⁸⁾; aber die Aussicht auf ein Weiberregiment, das nur gleichsam den Erbanspruch sanctionirt hätte, durfte damals auf keinen Beifall zählen. Der angestammten Pietät gegen das jagiellonische Haus wollte man damit gerecht werden, dass man — und darin stimmten fast alle Parteien überein — den erwählten König mit der Prinzessin zu vermählen beabsichtigte.

35) Gratiani p. 387 ff.

36) Was Gratiani p. 387 von einer angeblichen Bestechung Firley's durch den Herzog von Preussen vorbringt, scheint eine fromme Verläumdung zu sein, wenigstens steht die Angabe ganz vereinzelt da. Aufgenommen hat sie la Bizardière in seiner *Histoire des diettes de Pologne* Amst. 1697 — einer nichtimmer genauen Compilation aus Gratiani und Choisin.

37) Choisin p. 29.

38) Vgl. die Sammlung von Plater II. p. 51.

Eine etwas schwere Zumuthung, wenn man bedenkt, dass die würdige und fromme Schwester Siegmund Augusts bereits ihr fünfzigstes Lebensjahr überschritten hatte.

Ueberhaupt erscheint der vielgenannte „Piast“ als ein so zu sagen mythisches Wesen. Für die Zweckmässigkeit undersprießlichkeit einer solchen Wahl wurden viele ansprechende, ja unbestreitbare Beweise angeführt ³⁹⁾: fremdem Ehrgeiz und Einfluss war damit der Weg gründlich versperrt; alle auswärtigen Candidaten traf die gleiche Zurücksetzung, somit konnte sich vernünftiger Weise kein Einzelner verletzt fühlen. Gleichheit der Herkunft, Sprache und Sitte, Kenntniss der Gesetze und Bedürfnisse des Landes, stellte von Anfang an zwischen Fürst und Unterthan ein eben so naturgemässes als inniges Verhältniss her, das sonst, wenn nicht schlechthin undenkbar, doch ausserordentlich erschwert und erst nach langem mühsamen Zusammenleben möglich schien. Dies wurde denn nun in zahllosen Schriften begründet und ausgeführt. Man berief sich darin oft auf die Autorität der heiligen Schrift, ja man dachte daran das Princip zu einem Staatsgrundgesetz zu erheben, dass bei der Königswahl nur einheimische Candidaten berücksichtigt werden sollten. Aber dies Alles war kaum mehr als ein ganz allgemein hingestelltes Postulat. Es gab eben im Reiche keine alle anderen in dem Maasse überragende Persönlichkeit, kein jedes übrige so sehr in den Schatten stellendes Verdienst, das alle Stimmen gleichsam mit Nothwendigkeit auf sich gelenkt hätte. In einer wenn nicht factisch, doch in der Theorie bestehenden Adelsdemokratie, der jede Erhebung über das Niveau der allgemeinen Gleichheit missfällig und verdächtig erscheinen musste, wagte zudem kein auch noch so Hochstehender offen als Throncandidat aufzutreten. Wollte die Piastenpartei mit ihren Bestrebungen wirklich Ernst machen, was war die wahrscheinliche Folge davon? Eine Entfesselung von an sich gleichberechtigten Rivalitäten, die unter sich in Conflict gerathen mussten, ein verworrenes Getriebe und Gedränge von Factionen, das schwerlich zu einer friedlichen Ausgleichung

39) Heidenstein p. 28. Gratiani p. 394 ff.

gelangen konnte. Den Streit der Persönlichkeiten drohte zudem noch ein Zwiespalt unter den Ständen zu compliciren. Denn die Ritterschaft würde die Gelegenheit nicht versäumen wollen, Einen aus ihrer Mitte auf den Thron zu setzen und damit für alle Zeiten ihr Uebergewicht zu begründen; wie nun, wenn sie auf das entgegengesetzte Standesinteresse des Senats stiess? Damit war nur fremden Herrschaftsgelüsten Thür und Thor geöffnet.

Und gesetzt auch, man käme zu einer Verständigung, das musste doch jeder Einsichtige zugeben, dass die Erhebung eines Piasten das Königthum vollends zu einem leeren Schein gemacht hätte. Ein Fürst, gestern noch vielleicht manchem seiner jetzigen Unterthanen an Rang nachstehend, heute nichts mehr als der Erste unter Seinesgleichen, hatte wenig Aussicht, die Ueberreste von Macht und Ansehen der Krone zu retten, wenn selbst das Prästigium altköniglicher Abstammung dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen schien.

Mochten auch diese Befürchtungen sich als illusorisch erweisen, Eines war gewiss: die Piastenwahl hätte der Nation manche Opfer auferlegt, die sich vielleicht lohnten, aber eben nicht dem Geschmack der Mehrheit zusagten. Gut und Blut in einem Augenblick der Erregung für das Vaterland hinzugeben, war noch das Allerleichteste; die Verpflichtung zu regelmässigen Leistungen schien nur den Wenigsten erträglich. Ein Piast auf dem Throne war selbst bei den bedeutendsten Privatmitteln ausser Stande, eine allezeit bereite, unerschöpfliche Fundgrube von Hilfsmitteln zu werden, allen öffentlichen Lasten gewachsen und dem Staatsbürger jede Einschränkung ersparend, wie man sich nun einmal den künftigen König dachte.

Ernstliche Anhänger, denen alle diese Schwierigkeiten als nicht unüberwindlich erschienen, zählte der Piast unter der angeseheneren, namentlich protestantischen Ritterschaft viele, im Senat dagegen, wie zu erwarten war, nur wenige. Der eifrigste darunter und das Haupt dieser Partei, war der Castellan von Gnesen, Johann Tomicki ⁴⁰⁾.

40) Heidenstein p. 28. Pauci admodum (in senatu) et aliqui

Ausserdem erhielten die Piastaner eine scheinbare Verstärkung durch eine Coalition sehr abweichender Bestrebungen. Einerseits schoben die zahlreichen protestantischen Gegner des französischen Candidaten den Piasten vor, in der Hoffnung, dadurch der Stimmung der Menge, die sich jeden Tag für den Glanz der Montluc'schen Anerbietungen empfänglicher zeigte, eine andere Richtung zu geben; andererseits glaubten nicht wenige österreichische Parteigänger unter diesem Deckmantel in der Stille wirksamer operiren zu können und rechneten mit Zuversicht auf die günstigen Chancen, die sich in der, nach ihrer Ansicht unvermeidlichen, Zersplitterung und Verwirrung für ihren Candidaten eröffnen würden⁴¹⁾.

ex nobilitate eum ex animo cupiebant. Dass diese: „aliqui“ in mehreren Landschaften ausserordentlich zahlreich waren, erhellt aus dem ausführlichen Bericht Orzelski's über den Wahlreichstag.

41) Auch der schwedischen Partei fehlte es nicht an solchen zweideutigen Verbündeten. Heidenst. p. 28. Sogar die beiden entschiedensten Verfechter des protestantischen Princip, Firley und Mielecki, Palatin von Podolien, entgingen dem Verdachte nicht, im Grunde des Herzens österreichisch gesinnt zu sein. Mehr als ein leeres Gerücht, oder eine absichtlich ausgestreute Erfindung der katholischen Partei, darauf berechnet die beiden Männer bei der Ritterschaft zu discreditiren, kann es wohl nicht gewesen sein. Die Thatsachen widerlegen es zur Genüge. Ich würde übrigens die Angabe für ein Missverständniss halten, wie deren hin und wieder bei Heidenstein vorkommen, fände ich nicht eine Andeutung darüber beim Augenzeugen Orzelski fol. 47.

IV.

So standen die Sachen, als am 7. Januar 1573 Senat und Landboten zur Warschauer Convocation zusammentraten. Nicht wenige und nicht leichte Aufgaben erwarteten von dieser Versammlung ihre Lösung. Man hat gesehen, wie der jüngst verflossene Zeitraum, anstatt etwas zu erleichtern und zu vereinfachen, nur neue Schwierigkeiten angehäuft, einen sehr complicirten Zustand der Schweben und Verwirrung erzeugt hatte. Die tiefe Misstimmung unter der Ritterschaft, hervorgerufen durch die ermüdenden Irrungen der letzten Monate, sprach sich in den Verhandlungen der Wahlversammlungen, die der Convocation vorangingen, und den Instructionen, welche die Abgeordneten erhielten, deutlich genug aus. Es schien, als ob man recht planmässig darauf ausginge, die bevorstehende Versammlung, von der doch so vieles abhing, von vornherein zu paralysiren. Man betrachtete sie als eine durchaus unverfassungsmässige Neuerung, auf die einzugehen man sich nur in Hinblick auf die Noth der Zeiten herbeilasse. Ein an sich geringfügiger Umstand, dass man nämlich überall systematisch anstatt der vom Senat vorgeschriebenen Zahl der Landboten eine willkürliche wählte, zeugte von der mistrauischen, selbst in der gleichgiltigsten Anordnung die von jener Körperschaft ausging, einen Uebergriff witternden Stimmung¹⁾. Die kleipolnischen Landboten erhielten den Auftrag²⁾, das Missfallen ihrer Wähler über die bisherige Verschleppung der Geschäfte energisch auszusprechen und

1) Heidenstein p. 17.

2) Instruction der Landboten aus den Palatinaten Krakau und Sandomir MS.

gegen jeden ferneren Versuch, die Wahl zu verschieben, eine drohende Verwahrung einzulegen. Festsetzung von Zeit und Ort der so bald als möglich vorzunehmenden Königswahl sei die einzige Aufgabe der Convocation, darüber dürfe man nicht hinausgehen; alle sonstigen Fragen seien der Entscheidung des Wahlreichstags vorzubehalten. Damit waren den Abgeordneten in allen wesentlichen Punkten die Hände gebunden. Es lag doch am Tage, dass mit der nackten Bestimmung von Tag und Ort der Wahl noch gar nichts gethan war, dass die Form, in der dieser Act vorzunehmen sei, den Hauptgegenstand der Berathungen bilden müsse. — Ewas minder schroff lauteten die Instructionen der grosspolnischen Landschaften ³⁾

An Verdächtigungen und Anklagen fehlte es auf der Warschauer Convocation weniger denn je ⁴⁾. Namentlich Karnkowski's Verfahren in der letzten Zeit, dem man zur Last legte, die Zwietracht unter den Landschaften absichtlich geschürt zu haben, musste heftige Angriffe von Seiten der protestantischen Ritterschaft erfahren. Die Haltung Litthauens gab wieder mancher Besorgniss Raum. Die beiden von der Versammlung von Kaski dahin deligirten Senatoren erhielten die Antwort, die litthauische Nation fühle sich eigentlich gar nicht verpflichtet, die Warschauer Convocation zu beschicken, für die sich in der Unionsacte von 1569 gar keine Begründung finden lasse. Schliesslich gab man dennoch nach. Vier Abgeordnete, zwei aus dem Senat und ebensoviel aus dem Ritterstande erhielten den Auftrag, Litthauen auf der Convocation zu vertreten. Indessen verspäteten sie, wohl absichtlich, ihr Erscheinen und liessen die Warschauer Versammlung eine Zeit lang in peinlicher Ungewissheit über die Absichten der anderen Reichshälfte, die man sich als einen Heerd österreichischer und moskovitischer Intriguen dachte. Mit der Ankunft der litthauischen Abgesandten schwanden auch diese Befürchtungen: es war eben nur die alte Taktik jenes Landes, zwar jeden Bruch mit Polen vermeiden, wobei

3) Orzelski fol. 9.

4) Heidenstein pag. 17 ff. Warsevicius p. 155 ff.

man schwerlich gewinnen konnte, aber in allen eine gemeinsame Action heischenden Fragen recht spröde und zurückhaltend zu thun, seine Unentbehrlichkeit fühlen zu lassen, um als Preis der Nachgiebigkeit die eine oder die andere Concession an die Localinteressen abzudingeln.

Die Berathungen gingen nun in der üblichen Form vor sich; mit dem Unterschied, dass sich die Landbotenkammer, um dieser ausserordentlichen Versammlung ja nicht den Charakter eines ordentlichen Reichstages zu geben, diesmal keinen Sprecher ⁵⁾ wählte, und die einzelnen Palatinate abwechselnd den Vorsitz übernahmen ⁶⁾. — Gleich am Eingang, ehe man sich über irgend etwas verständigt, drohte der alte provinziell-confessionelle Zwiespalt von Neuem auszubrechen, und die so mühsam zu Stande gebrachte Einigung zu sprengen. Es waren die turbulenten Protestanten Kleinpolens, die, zum Theil durch ihre Instructionen darauf angewiesen, die Angriffe auf das Primat und die Interrexwürde des Erzbischofs heftig erneuerten. Doch gelang es die Differenz zeitig genug zu ersticken ⁷⁾. Erstens war die katholische Partei, wenn auch in der Minderheit, doch wohl geeinigt, und in diesem Punkt, wie schon vorher, durch die Grosspolen verstärkt; zudem scheinen die protestantischen Führer Kleinpolens dem ganzen Beginnen fremd und der Uebereinkunft von Kaski treu geblieben zu sein. Die Frage erhielt diesmal ihre definitive Lösung: dem Erzbischof wurde das Recht den Wahlreichstag zu berufen, das Resultat der Wahl anzuzeigen (nominatio) und den Gewählten zu krönen, dem Kronmarschall die feierliche Ausrufung des neuen Königs (proclamatio) zuerkannt.

Einerseits die sehr beschränkte Vollmacht der Landboten,

5) Orator, später Marschall der Landbotenkammer genannt. Vgl. darüber Lengnich II. p. 326.

6) Trotz der sehr bestimmten gleichzeitigen Zeugnisse über diesen Umstand gibt Fredro Hist. Henr. Vales. p. 34 ff. eine ausführliche Anrede des Marschalls der Landboten an den Senat zum besten; die Versuchung, hier ein Stück einer bombastischen Rhetorik anzubringen, war ihm zu verlockend.

7) Uchanski vertheidigte selbst seine Prärogativen in einer langen Rede, deren Wortlaut Bielski p. 1249 ff. mittheilt.

andererseits die alte Auffassung, dass alle Staatsgewalten mit des Königs Ableben ihre Wirksamkeit verlören, gab zu Erörterungen über den Competenzumfang der Versammlung Anlass⁸⁾. Es ist dies insofern wichtig, als damals vielleicht zuerst in Polen unumwunden die Ansicht ausgesprochen wurde: der Staat beruhe eigentlich auf sich selbst; auch ohne Oberhaupt dürfe er sich aus eigener Machtvollkommenheit einrichten, wie ihm gut und zweckmässig dünke, nicht sowohl dem Fürsten, als vielmehr der Gesammtheit, seien die Beamten verpflichtet und verantwortlich. Merkwürdiger Weise war es Bischof Karnkowski, der diese Theorie einleuchtend auseinander setzte.

Natürlich drängten sich die mit den Throncandidaturen zusammenhängenden Fragen in den Vordergrund. Der Senat war sehr geneigt, die fremden Gesandtschaften gleich jetzt zu vernehmen und abzufertigen, dem Wahlreichstag aber davon Bericht zu erstatten. Aus leicht verständlichen Gründen war dieser Antrag eben so sehr im Sinne der österreichischen Gesandten, als dem französischen, der sich von der momentanen Erregung der Menge das meiste versprach, unbequem. Letzterer fand jedoch eine mächtige Stütze an den Landboten, welche diese Angelegenheit dem Wahlreichstag nicht vorenthalten zu dürfen meinten⁹⁾.

Nun kam der Hauptgegenstand der Berathung, die Wahl selbst, zur Sprache. Die Zeitfrage war im Grunde gleichgiltig; wenn auch eine Verzögerung, die angeblich auf die Revision und Verbesserung der Gesetzgebung verwendet werden sollte, der protestantischen Partei nicht unerwünscht gewesen sein mag¹⁰⁾. Die Absicht lässt sich errathen: man hoffte, Zeit und Ueberlegung würde die Unzuverlässigkeit der französischen Versprechungen aufdecken, der erste Eindruck davon einer kühleren Auffassung weichen. Aber das allge-

8) Vgl. den über die ganze Convocation sehr lehrreichen Brief Karnkowski's an Johann Herburt, Castellan von den Sanok in den Epist. p. 1829 ff.

9) Choisin p. 50.

10) Choisin p. 51.

meine Interesse, die Wahl nicht in's Weite hinauszuschieben, behielt schliesslich die Oberhand.

Ungleich mehr hing vom festzustellenden Ort ab. Es war vorauszusehen, dass, wie auch die Wahlordnung im Einzelnen ausfallen möchte, jedenfalls ein sehr überwiegender Antheil am Wahlgeschäft der grossen Masse der Ritterschaft zufallen müsste. War damit die Entscheidung einer beschränkten Corporation entrückt, und der Menge anheim gegeben, so gewannen dabei örtliche Einflüsse eine ausserordentliche Wichtigkeit. Aus diesem Grunde hielt Firley's Partei an dem schon vorhin vorgeschlagenen Wahlort bei Lublin, inmitten einer grösstentheils protestantischen Landschaft fest, während für die Pläne der Katholiken am geeignetsten und wünschenswerthesten Warschau erscheinen musste. Sollen wir Gratiani Glauben schenken ¹¹⁾, hätte zuerst Cardinal Commendoni seine Vertrauten auf die Bedeutung des Ortes aufmerksam gemacht. Aber diese war ohnehin augenscheinlich genug. Die Lage der Stadt, mitten im alten Herzogthum Masovien, das von einem überaus zahlreichen, am alten Glauben zähe festhaltenden Adelsproletariat angefüllt war, machte es den katholischen Führern möglich, den Wahlplatz durch Schaaren von blindergebenen Anhängern zu beherrschen, die mit der grössten Leichtigkeit zusammenströmten, während aus entlegeneren Landschaften sich nur verhältnissmässig wenige Bemittelte einstellen konnten. Schon seit geraumer Zeit hatten sich daher Karnkowski und seine Freunde der unbedingten Hingebung der Masovier versichert ¹²⁾.

Der Sieg in dieser Streitfrage blieb schliesslich den Katholiken. Die Wahl wurde auf den 5. April, in der Nähe von Warschau angesetzt. Bedenkt man dass die Katholiken auf der Convocation in der Minorität waren, so haben sie diesen Erfolg der Mitwirkung der Zborowski und ihres Anhangs zu verdanken. Da die katholische Partei sich bereits grossentheils für den Herzog von Anjou erklärt, und die Masovier in diesem Sinne bearbeitet hatte, so durfte sie auf

11) S. 398.

12) Warsevicius p. 191.

die Unterstützung derjenigen Protestanten zählen, deren Sympathieen für das Haus Valois selbst die Bluthochzeit nicht zu erschüttern vermocht. Damit war der Erfolg der französischen Pläne zur Hälfte entschieden ¹³⁾.

Aber noch viel mehr hing an dem Beschluss. Indem er ein für alle Mal Warschau zur regelmässigen Wahlstätte erhob, und dessen künftige Erhebung zur Hauptstadt vorbereitete, verschaffte er den masovischen Landschaften ein Uebergewicht, das für die rasche Entwicklung der polnischen Adelsdemokratie von grosser Bedeutung geworden ist ¹⁴⁾.

Das Verhältniss beider Stände zur vorzunehmenden Wahl, der Umfang des jedem daran gebührenden Antheils, war schon vor der Convocation öfters besprochen worden. Wir haben gesehen, wie darüber die Knyszyner Versammlung entschieden hatte. Es fehlte andererseits nicht an Stimmen, die vor einer allzugrossen Ausdehnung der Wahlberechtigung warnten, und der Anwendung des Repräsentativsystems auf die Wahl, im wahren Interesse der Gleichstellung der Stände selbst, das Wort redeten. Natürlich konnten die dafür angeführten Gründe wohl bei einzelnen Einsichtigen Eingang finden, nicht aber bei der grossen Menge, der die persönliche Ausübung jenes höchsten von allen einem polnischen Edlen zukommenden Rechten in einem überaus verführerischen Lichte erschien. Wie die Dinge standen, konnte man schwerlich umhin, diese äusserste Consequenz der adeligen Gleichheit zu ziehen. Dies fühlte man auf der Warschauer Convocation ¹⁵⁾. Der Senat zögerte, die Frage offen und entschieden aufzuwerfen. In Privatbesprechungen wurde wohl gefragt, ob denn die Stimme jedes Einzelnen aus dem Adel mit einer senatorischen gleiche

13) Choisin p. 51. L'article du lieu fut grandement en nostre faueur, par ce que la noblesse de Mazouye qui n'est pas moindre de trente ou quarante mil gentils-hommes monstroient de vouloir plustost fauoriser nostre party, que nul des autres, et qui pouuoient avec grande commodité venir à la dicte diette, et s'en retourner quand bon leur sembleroit.

14) Lelewel Considérations § 64.

15) Vgl. über diese Berathungen Heidenstein p. 22 ff. Warssevicius schweigt darüber; der sonst so minutiös genaue Orzelski fasst sich über die Convocation ganz kurz.

Geltung haben solle? aber niemand hatte die Zuversicht, den Anspruch des Senats auf einen bevorzugten Antheil an der Wahl laut zu erheben. Wie ungenügend wir auch über diese Berathungen unterrichtet sind, Eins dürfen wir mit aller Sicherheit annehmen: dass es offenbar im Interesse der katholisch-französischen Partei lag, dem Princip der unbedingten Gleichberechtigung den Sieg zu verschaffen, während sich jetzt der Anhang Firley's von seiner früher ausgesprochenen Maxime lossagen, und auf eine beschränkte Wahlform bestehen musste, in der für ihn die einzige Möglichkeit eines Erfolgs lag.

Aber auch im Kreise der Landboten wurde die Sache erörtert. Die Ansprüche des Senats fanden hier schwerlich eine Stütze; es konnte sich nur fragen: soll das Wahlrecht persönlich oder durch Vertretung ausgeübt werden?

Wir stossen hier auf die Anfänge einer Laufbahn, die von nun an dreissig Jahre eines beispiellosen Glanzes, eines unberechenbaren Einflusses auf die politischen Anschauungen der Zeitgenossen, auf den Entwicklungsgang der Verfassung datiren sollte. Der junge Johann Zamoyski, Starost von Belz, war als Landbote des gleichnamigen Palatinats in Warschau anwesend. Ein einflussreicher und populärer Adelsführer in einer entlegenen Landschaft des Reichs, hatte er bereits eine sehr vielseitige provinzielle Thätigkeit entwickelt, deren Tendenz sich kurz dahin bestimmen liesse: das Uebergewicht der Magnaten zu bekämpfen, den niederen Adel zu freier Selbstbestimmung anzuregen. Jetzt verlässt er das beschränkte Gebiet einer Localpolitik, indem er durch seinen Ausspruch in der grossen Controverse des Augenblicks die Entscheidung herbeiführt. Wie der Geringste vom Ritterstande, meinte er, die Pflicht habe, sich zum Schutz des Vaterlandes in eigener Person zu stellen, ebenso dürfe auch keinem das Recht, an der Wahl des neuen Herrn persönlich Theil zu nehmen, vorenthalten werden. Er unterstützte seine Ansicht durch eine kühne Interpretation des Gesetzes König Siegmunds I. vom J. 1530, das von der nothwendigen einhelligen Zustimmung beider Stände sprach, aber offenbar die bei den alten Königswahlen beobachtete Praxis, im Gegensatz

zu der ungewöhnlichen Art, wie die Krone dem jungen Siegmund August übertragen worden, im Sinne hatte. Wie gezwungen auch Zamoyski's Auslegung war, genug, sie entsprach der vorwaltenden Stimmung, sie gab den Ausdruck einer in dieser Richtung seit jeher fortschreitenden Entwicklung des öffentlichen Geistes und der Zustände. Als solche nahm sie die Landbotenkammer an, und der Senat wagte keine Einsprache.

Es liegt am Tage, dass die nun zum Princip erhobene Gleichberechtigung in Bezug auf das Wahlrecht, in der Ausübung zur flagrantesten Unwahrheit werden musste. Um wie viel ernstlicher, wirklich unmittelbarer hätte der Ritterstand durch eine Repräsentation auf die Wahl einwirken können. Einem so scharf blickenden Geiste, wie Zamoyski, konnte das unmöglich entgehen; er ist daher von dem Vorwurf nicht freizusprechen, das wahre Interesse, die ächte Unabhängigkeit seines Standes seiner Popularität aufgeopfert zu haben. Es ist wahr, seit der Zeit kam in die polnische Verfassung eine entschieden demokratische Färbung; das verfassungsmässige Uebergewicht des Senats ward zum grossen Theil vernichtet. Aber zugleich öffnete sich ein um so weiterer Spielraum dem indirecten, auf Corruption basirten Einfluss der grossen Adelshäupter auf die unselbständige, mit Gleichheitsillusionen sich selbstgefällig wiegende Masse, die sich nur zu häufig zu jedem Zweck politischer Parteiung, oder öfters noch rein persönlicher Selbstsucht der Magnaten missbrauchen liess. Ein tiefer, zersetzender Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit, theoretischem Anspruch und thatsächlicher Geltung, der wohl nur in dem Treiben der römischen Demokratie ein adäquates Seitenstück findet.

Nachdem das Princip festgestellt war, erhielt eine Commission von vier Senatoren, dem Bischof Karnkowski, dem Palatin Peter Zborowski, den Castellanen Tomicki und Herbert den Auftrag, die Wahlordnung im Detail auszuarbeiten ¹⁶⁾. Der Entwurf, wie er damals zu Stande kam und, wenn auch wesentlich modificirt, bei der Wahl Anwendung fand, verräth

16) Vgl. den oben citirten Brief Karnkowski's.

die Absicht unter Wahrung des Principis doch womöglich die Leitung und Entscheidung in die Hand Weniger zu legen, der allgemeinen Abstimmung eine feste Form zu geben, die wenigstens im Stande wäre, Tumult und Confusion fernzuhalten.

Die Ritterschaft sollte auf dem Wahlplatz nach Landschaften und Palatinaten ihre Aufstellung nehmen. Der Senat, verstärkt durch Abgeordnete aus jedem Palatinat, hatte zuerst die auswärtigen Gesandtschaften zu vernehmen, den niedergeschriebenen Inhalt der Vernehmung sodann der Ritterschaft zur Einsicht mitzutheilen. Hierauf sollte ein speciell dazu ernannter Ausschuss, aus Senatoren und Rittern gebildet, zu dem nach Umständen oder Belieben aus jeder Landschaft neue Mitglieder hinzutreten konnten, den von den Ständen sodann zu genehmigenden Entwurf einer Correctur der Gesetzgebung ausarbeiten. Sollte dazu eine Woche nicht hinreichen, dann sei die Wahl nicht länger zu verschieben, und erst nach deren Vollziehung das unvollendete Werk von Neuem aufzunehmen. Nachdem die Wahl angesagt worden, vertheilen sich die geistlichen sowohl als weltlichen Senatoren nebst den ihnen beigeordneten Deligirten der Ritterschaft unter ihre respectiven Landschaften, und legen denselben die Namen der Bewerber, so wie die gemachten Anerbietungen vor. Dem Adel ist es unbenommen, bei den aufgezählten Candidaten stehen zu bleiben, oder Neue hinzuzufügen; doch haben die Vorsitzenden darauf hinzuwirken, dass man sich auf eine möglichst geringe Zahl von Namen beschränke. Die Stimmen werden sodann aufgezeichnet, mit Unterschrift und Siegel der Votirenden versehen, und an die allgemeine Senats- und Abgeordnetenversammlung abgeliefert. Diese hat nun die Befugniss, nur auf die Candidaten Rücksicht zu nehmen, deren Wahl die meisten Vortheile für den Staat zu versprechen scheine, das heisst wohl mit anderen Worten, auf die sich die ansehnlichste Stimmenzahl concentrirte. — Nachdem diese Auswahl getroffen, und die Liste auf zwei bis drei Namen reducirt worden, übergibt man dieselben auf's neue der allgemeinen Abstimmung. Erfolgt kein einhelliger Entschluss zu Gunsten eines der Candidaten, dann soll ein engerer aus beiden Ständen erwählter, feierlich beeidigter Ausschuss, nach genauer Prü-

fung und Erwägung die Entscheidung treffen, und nun über diesen einzigen übrig gebliebenen Candidaten zum dritten und letzten Mal abgestimmt werden. Kommt es auch so nicht zur erforderlichen Einstimmigkeit, dann steht noch ein letztes Auskunftsmittel offen, nämlich das Loos ¹⁷⁾).

Der Gedanke, die Entscheidung der Wahl ganz und gar dem Loos anzuvertrauen, war damals merkwürdiger Weise sehr verbreitet und ansprechend ¹⁸⁾. Selbst auf der Convocation, wo doch lauter mehr oder minder mit den Staatsgeschäften vertraute Männer sassen, erhoben sich Stimmen für diese durch das apostolische Beispiel empfohlene Wahlart. Den Besonneneren freilich erschien die Sache zu naiv und abenteuerlich; doch wurde sie als letzter Ausweg beibehalten, wohl in der Voraussetzung, dass es nie so weit kommen könne. Und so durchaus unlogisch war es am Ende nicht. Da dem Ausspruch der Majorität keine bindende Kraft zuerkannt war, was blieb wohl in dem Falle übrig, dass sich die verlangte Einmüthigkeit nicht herstellen liess? Unheilbarer Zwiespalt oder der Apell an das Recht des Stärkeren. Dann war das Loos allerdings die einzig mögliche Lösung, vorausgesetzt dass sich die Parteien dessen Entscheidung fügten.

Noch eine andere Aufgabe blieb der Convocation übrig, nicht minder wichtig, wenn nicht von grösserer Bedeutung als die Feststellung des Wahlmodus. Es war die endgiltige Regelung des Verhältnisses der Confessionen zu einander und zum Staate. Katholiken wie Protestanten fühlten das Bedürfniss aus den bisherigen provisorischen Zuständen herauszukommen und einen gesetzlichen Boden zu gewinnen. Die katholische Geistlichkeit sah sich in ihren Rechten gekränkt, ihre Jurisdiction durch Eingriffe der weltlichen Gesetzgebung

17) Edict der Warschauer Convocation MS.

18) Ich finde in den Handschriften ein Project, welches das Loosen in ein förmliches System bringt. Die grossen Landschaften, die das Reich bilden, Gross- und Klempolen, Litthauen, Preussen, sollen aus ihrer Mitte jede zwei Candidaten, einen aus dem Senat, einen aus dem Ritterstande wählen, unter denen dann das Loos zu entscheiden habe. Wenn es auch nichts mehr ist als der Einfall eines Dorfpolitikers, charakterisirt es sowohl die damalige Stimmung als das ehrliche Bestreben, allen Bestandtheilen des Reichs gerecht zu werden.

gelähmt; viele ihrer Kirchen und Güter in den Händen der Gegenpartei. Dies gab dem Erzbischof Uchański, oder seiner Umgebung, den Gedanken ein, das Interregnum zur Austragung der zwischen Geistlich und Weltlich schwebenden Differenzen, und wenn möglich zur Wiedergewinnung des Verlorenen zu benutzen. Nun da alle Welt mit ihren Rechten und Freiheiten hervortrete, und deren erneute Anerkennung und Erweiterung fordere, warum solle da der Clerus in der Geltendmachung dessen was ihm von Gott und Rechtswegen gebühre, zurückbleiben? Das beste Mittel dazu sei ein Nationalconcil. Der Erzbischof nahm damit einen alten Lieblingsgedanken, nur freilich aus einem durchaus veränderten Gesichtspunkte wieder auf. Das neue Concilium sollte die starrsten kirchlichen Ansprüche den unberechtigten Neuerungen gegenüber verfechten. Uchański traf Anstalten, dasselbe nach Warschau, gleichzeitig mit der Convocation zu berufen. Eine solche Doppelversammlung erschien ihm am geeignetsten, um sich über die streitigen Punkte zu verständigen. Damit werde man zugleich aller Welt beweisen, dass der Clerus die Oeffentlichkeit nicht scheue, und keine versteckten Sonderzwecke verfolge¹⁹⁾.

Unstreitig der verfehlteste Plan der unter den gegebenen Umständen gefasst werden konnte. Es gelang noch rechtzeitig Karnkowski, der an dessen Urheberschaft keinen Antheil hatte, die ganze Sache rückgängig zu machen. Im Augenblick sei man der schwächere Theil, es wäre unklug den mächtigen Gegner zum ungleichen Kampf herauszufordern; vor der Hand müsse man temporisiren; gelängen erst die Bemühungen, einen orthodoxen Fürsten auf den Thron zu erheben, dann sei die rechte Zeit die geistlichen Ansprüche geltend zu machen, die nun volle Befriedigung erwarten könnten.

Andrerseits hatten die Protestanten alle Ursache, Anstalten zu ihrer Sicherstellung schleunig und durchgreifend zu treffen. Die Wendung, welche die Sachen auf der Convo-

19) Vgl. die Schreiben des Erzbischofs Uchański an Karnkowski, und des Letzteren an Cardinal Hosius. Epist. p. 1734 ff. und 1763.

cation genommen, die über das Resultat der Wahl fast keinen Zweifel mehr übrig liess, mahnte daran, den — vielleicht letzten — günstigen Zeitpunkt nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Konnten die Protestanten die Erhebung eines Valois auf den Thron nicht verhindern, so sollte ihm wenigstens jede Möglichkeit, eine polnische Bartholomäusnacht zu veranstalten, abgeschnitten werden.

Die fast unbeschränkte Glaubensfreiheit, deren sich Polen unter der verflossenen Regierung erfreut hatte, war mehr eine Abweichung vom bestehenden Gesetz als ein gesetzlicher Zustand. Zwar hatten wiederholte Reichstagsbeschlüsse (1552, 1562, 1563, 1565) indem sie den geistlichen Gerichten den Beistand des weltlichen Arms entzogen, jede Verfolgung unmöglich gemacht, und Siegmund August hatte öffentlich erklärt, jede auf Ketzerei lautende Anklage zurückweisen zu wollen; aber das alte strenge Gesetz König Jagiello's ²⁰⁾, das Confiscation und Infamie über die Ketzer verhängte, war nie förmlich abrogirt worden, wenn auch Siegmund August 1562 die Bestimmung, welche Akatholiken von allen Aemtern und Würden ausschloss, aufgehoben hatte. Es war jedoch eine einseitige königliche Entscheidung von zweifelhafter Gesetzeskraft, da sie in der officiellen Constitutionensammlung fehlt ²¹⁾. So war in der Vorrathskammer der Gesetzgebung eine verrostete Waffe da, die unter dem milden und aufgeklärten Regiment des letzten Jagiellonen unschädlich, in der Hand eines neuen, von religiösem Reactionseifer erfüllten, auf eine starke clericale Partei gestützten Fürsten, eine verhängnissvolle Bedeutung wieder erlangen konnte. Auch jetzt dachte man nicht daran, das alte Gesetz aufzuheben ²²⁾. Es genügte, wenn man es für alle Zukunft unwirksam machte.

20) Vol. leg. I. p. 85.

21) Sie findet sich jedoch citirt in der Reichstagsbestätigung des Tractats vom 24. Febr. 1768 zwischen der Czarin Katharina und der Republik Polen; Vol. leg. VII. p. 592. Vgl. Rybcicki Piotr Skarga I. p. 86.

22) Unrichtig ist die Unterscheidung die Krasinski S. 165 macht: „Dieser denkwürdige Vergleich (die Warsch. Conföderation) gab den Protestanten in Polen einen gesetzlichen Bestand, weil die früheren

Diesem Zweck schien am besten ein Vergleich zwischen den Religionsparteien zu entsprechen, der keine bloß temporäre Wirkung haben, sondern als unabänderliches Grundgesetz fortbestehen sollte ²³). Der Gedanke wurde höchst wahrscheinlich zuerst von Firley angeregt — sodann im Kreise der Landboten Kleinpolens, denen sich bald mehrere protestantische Senatoren anschlossen, besprochen. Es wird uns gesagt, man habe dabei zunächst an den Augsburger Religionsfrieden von 1555 gedacht — eine Angabe, deren Richtigkeit zu bezweifeln wohl kein Grund vorhanden ist.

Es scheint, man habe absichtlich den Vergleich mit anderweitigen, dahin gar nicht gehörigen Bestimmungen in Verbindung bringen wollen, um ihn den Katholiken annehmbar zu machen. Man entwarf eine Conföderation, die sich von den vielen ähnlichen im Laufe des Zwischenreichs abgeschlossenen Einigungen auf den ersten Anblick bloß dadurch unterschied, daß sie, statt einer localen, allgemeine Geltung beanspruchte und sich zunächst auf die kommende Wahl bezog. Die Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung auf dem Wahlreichstag, die übliche Verwahrung gegen jede factiöse Störung oder Vergewaltigung der Wahlhandlung; dazu einige die königliche Gewalt beschränkenden Bestimmungen, die ich in einem anderen Zusammenhang berühren will — das wird so zu sagen in den Vordergrund geschoben. Darunter wird nun der die religiöse Frage betreffende Artikel wie nebenbei, und der Vollständigkeit wegen eingerückt, gleichsam als wollte man damit sagen, daß dieselbe Ruhe und Sicherheit, die man in allen Gebieten des bürgerlichen Lebens herzustellen bemüht sei, auch auf dem religiösen herrschen müsse.

Die Fassung des Religionsfriedens in Form einer Conföderation bot einen doppelten Vortheil dar. Sie stellte den

Verfügungen ihnen zwar völlige Freiheit, aber nicht die vollkommene Rechtsgleichheit mit der kath. Kirche gegeben hatten“. Die Protestanten hatten thatsächlich schon Beides; dem gesetzlichen Wortlaute nach keines von Beiden.

23) Heidenstein p. 21. Warsevicius p. 170 ff. Gratiani p. 397 ff. im bezeichnend überschriebenen Capitel: de impia haereticorum fraude quam confoederationem appellarunt.

Vertrag unter die persönliche Gewähr der Paciscirenden, die sich dabei auf Ehre und Gewissen für sich und ihre Nachkommen verpflichteten; sie gab ihm ferner volle Rechtskraft auch ohne die in Reichstagsbeschlüssen gebotene Einstimmigkeit, auf die man hier schwerlich rechnen konnte.

Der Religionsartikel der Conföderation begreift die Bekenner aller christlichen Confessionen unter der gemeinsamen Bezeichnung: *dissidentes de religione*. Diese übernehmen die Verpflichtung, zur Wahrung des öffentlichen Friedens sich jeder gegenseitigen Befehdung, Vergewaltigung, Verfolgung auf ewige Zeiten zu enthalten, auch keiner Obrigkeit, selbst wenn sich dieselbe auf frühere Gesetze berufen möchte, in einem Glaubenshalber eingeleiteten Strafverfahren Vorschub zu leisten, vielmehr jedem derartigen Versuch solidarisches Widerstand entgegenzusetzen.

Damit solle jedoch auf keine Weise dem Obrigkeitsrecht der geistlichen sowohl als weltlichen Herrn über deren Unterthanen derogirt werden; es stehe jedermann nach wie vor zu, den ungehorsamen Untergebenen, auch wenn sich dessen Auflehnung unter einen religiösen Vorwand verstecken möchte, sowohl in geistlichen als in weltlichen Dingen nach eigenem Ermessen zu bestrafen. Die Beneficien königlicher Ernennung bleiben ausschliesslich den Bekennern des römischen Glaubens vorbehalten; woraus natürlich der Schluss zu ziehen war, dass die adeligen Kirchenpatrone über die von ihnen abhängigen Pfründen nach Gutdünken verfügen können. — Die schwebenden Streitigkeiten zwischen Clerus und Laienstande sollten ihre definitive Ausgleichung auf dem Wahlreichstag finden ²⁴).

Wenn wir von den Nebenbestimmungen absehen, so kann eine Vergleichung der Warschauer Conföderation mit dem Augsburger Religionsfrieden nur zu Gunsten der ersteren ausfallen. Von einem Privilegium zweier bevorzugten Confessionen ist darin keine Rede. Freilich bildet die Clausel zu Gunsten der gutsherrlichen Gewalt ein trauriges Seitenstück zur Augsburger Bestimmung, welche die freie Reli-

24) S. Vol. I leg. II. p. 841.

gionsübung auf die Fürsten und Städteobrigkeiten beschränkt. Doch scheint mir nicht, dass man sich dabei den deutschen Religionsfrieden mit Bewusstsein zum Vorbild genommen hätte. Die Idee einer abstracten Gewissensfreiheit war dem Jahrhundert wenn nicht ganz fremd, doch noch lange nicht allgemein anerkannt. Der Augsburger Frieden wie die gleichzeitigen französischen Religionsedictes, wie die Warschauer Conföderation, denken sich die freie Ausübung des Cultus an gewisse Standesvorzüge geknüpft. Auch in diesem Punkt erscheint der polnische Religionsfriede eigentlich viel weniger ausschliesslich als der deutsche; indem dieser die Wohlthat der Glaubensfreiheit auf die Reichsstandschaft beschränkt, jener aber dieselbe auch politisch unberechtigten Classen, also den Städtern, in gleichem Maasse zu Theil werden lässt. Wenn sich daher die Einrückung jener unserem heutigen Gefühl so widerwärtigen Clausel in das sonst wohlthätige und zeitgemässe religiöse Grundgesetz aus der allgemeinen Anschauung des Zeitalters erklären, wenn auch nicht rechtfertigen lässt, so kann man nicht leugnen, dass damit das Verhältniss des hörigen Bauers zum adeligen Herrn um einen Grad drückender und unleidlicher wurde²⁵⁾.

Dem Senat vorgelegt, erregte die Conföderation eine lebhafte Discussion. Ihre Urheber²⁶⁾, besonders aber die

25) Vgl. Krasinski S. 165 und Lelewel a. a. O. §. 93.

26) Sehr befremdend ist die Angabe Heidensteins, der auch Krasinski folgt, die Protestanten, bei denen zuerst der Gedanke eines Religionsfriedens aufgekommen ist, hätten mehrere Katholiken, darunter Karnkowski, zu den Vorberathungen zugezogen. Dieser hätte zuerst die Conföderationsformel entworfen, die auch wirklich angenommen wurde. Erst nach der entschiedenen Ablehnung des Erzbischof hätte Karnkowski sein eigenes Werk verleugnet. Diese Darstellung stimmt weder zum bekannten Charakter und Parteistandpunkt des Bischofs, noch zu der straffen Disciplin, welche Cardinal Commendoni unter seinem Anhang zu handhaben wusste. Karnkowski, der gewiss den erhaltenen Instructionen gemäss handelte, hätte sich eine solche Inconsequenz niemals zu Schulden kommen lassen. Unbegreiflich wäre dann der warme Ausdruck der Anerkennung, womit die Briefe des Cardinals und anderer geistlicher Personen an Karnkowski überflossen (Epist. p. 1685. 1701. 1747). Derselbe wird darin wegen seines mannhaften Bekämpfens der verruchten Conföderation beglückwünscht und hochgepriesen. Wäre sein Verhalten so zweideutig gewesen, wie es Heidenstein darstellt, würden diese Lobsprüche wenigstens karger und

beiden Häupter der kleinpolnischen Protestanten, Firley und Zborowski, über eine Frage, welche die theuersten Interessen ihrer Glaubensbrüder und man kann wohl sagen der Gesamtheit in so hohem Grade anging, jeden kleinlichen Haider vergessend und vollkommen einig, legten den allergrössten Werth darauf, die Zustimmung nicht nur der weltlichen katholischen Senatoren, sondern vor Allem der Bischöfe, zu erlangen. Aber nur Einer nahm keinen Anstand, die Acte zu unterzeichnen, der Bischof von Krakau, Krasinski, der sich diese ganze Zeit hindurch zu Firley gehalten hatte. War es ein redliches Streben nach Vermittlung, oder die Nachgiebigkeit der Schwäche und ein Mittel, seine bei der Ritterschaft stark erschütterte Popularität wieder zu gewinnen, wie die, durch diesen Schritt eines der höchsten geistlichen Würdenträger äusserst erbitterte Gegenpartei behauptet hat? Es ist schwer, und am Ende gleichgiltig darüber zu entscheiden.

Aber auch die Haltung des Erzbischofs, der sich vor Allem Bedenkzeit erbat, gab Anfangs der Hoffnung Raum, er würde einen seiner Vergangenheit entsprechenden Entschluss fassen. Beide Parteien harrten darauf mit gleicher Spannung. Am Ende täuschte der leidenschaftliche, von einem Extrem zum andern schwankende alte Mann die Hoffnung der Einen, so wie er die Erwartungen der Anderen übertraf. Er erklärte, Friede und Eintracht seien ihm gewiss werth und erwünscht; allein das Mittel, das angeblich zu deren Befestigung dienen solle, scheine ihm das gerade Gegentheil herbeiführen zu müssen; es sei ein Werk des Verderbens und der Lüge, allen göttlichen und menschlichen Satzungen

kühler ausgefallen sein. Die Sache beruht auf einer Verwechslung, wie deren die ersten Bücher des Heidenstein'schen Geschichtswerks mehrere enthalten. Der Brief Karnkowski's an Herburt, von dem in Note 8 die Rede ist, worin jener von seinem Antheil an der Ausarbeitung der Wahlordnung spricht, gab wohl zu diesem Missverständniss Anlass. Meine Vermuthung wird durch alle gleichzeitigen Quellen indirect bestätigt. Namentlich Warsevicius, der Karnkowski keineswegs gewogen ist, und über die Convocation ausführlich berichtet, hätte einen so auffallenden Umstand gewiss nicht verschwiegen. Dasselbe lässt sich auch von Gratiani sagen.

zuwider. Die Formel in ihrer jetzigen Fassung könne und dürfe er nicht unterschreiben, sollte er auch seine Weigerung mit dem Leben bezahlen. In diesen Ton, den wahrscheinlich Karnkowski angegeben, der es überhaupt bei dieser Gelegenheit an sich nicht fehlen liess, stimmten nun auch die übrigen Bischöfe ein. Es kam darüber zu heftigen Auftritten. Bitten, Ueberredungen, ja selbst Drohungen, halfen nichts. Es war freilich nur eine numerisch unbedeutende Minderheit, die ihren Beitritt versagte; die Conföderation blieb trotzdem aufrecht; aber beide Theile betrachteten die Sache als noch unentschieden. Die Einen gaben die Hoffnung nicht auf, die Zustimmung der widerstrebenden Minorität zu gewinnen oder zu erzwingen; die Anderen, bei der Wahl das ganze Werk rückgängig zu machen.

Wir können uns das Widerstreben der katholischen Partei, besonders der hohen Geistlichkeit, leicht erklären. Es war eine starke Zumuthung an eine herrschende, den Anspruch auf Alleingiltigkeit machende Kirche sich mit einem Male als blose Partei anzuerkennen.

Man konnte im schlimmsten Fall die bestehenden Abweichungen stillschweigend dulden, aber sich als dissidens unter dissidentes coordiniren zu lassen, schien so viel als die Hand bieten zum Umsturz, oder wenigstens zur Verschiebung einer durch höhere Autorität und Jahrhunderte lange Dauer geheiligten Ordnung, ja die göttliche Wahrheit selbst in Zweifel setzen. Nach Umständen, und aus Gründen der Zweckmässigkeit, könne man wohl den Irrthum mit Milde und Schonung behandeln, aber die Strafflosigkeit zum Princip zu erheben, wäre so viel als einem verderblichen Indifferentismus, als der Gottlosigkeit in allen Formen, ja selbst dem nackten Atheismus, Thür und Thor öffnen. Die Conföderation involvire nicht allein den Umsturz der katholischen Religion, sondern der Religion überhaupt. Ja auch die Grundlagen des Staats drohe sie zu zerstören; sie sei im Widerspruch mit bestehenden Gesetzen, mit älteren Conföderationen ²⁷⁾, deren

²⁷⁾ Insbesondere mit der von Korczyn aus dem Jahre 1438 Vol. leg. I. p. 140.

eine ausdrücklich gegen die aus Böhmen eindringende Ketzerei geschlossen worden; sie greife sogar das Wesen des Königthums an. Wie solle der Schirmherr der Kirche, der Vollstrecker ihrer Gebote, die Annahme der Conföderation mit seinem Krönungseid vereinigen²⁸⁾.

Daher die maasslosen Angriffe in Wort und Schrift, denen sich die Conföderation von Seiten der streng orthodoxen Partei ausgesetzt sah, die darin nichts Geringeres als eine frevelhafte Verschwörung gegen Thron und Altar erkennen wollte.

Aber auch minder Eifrige unterzogen den Vergleich einer scharfen Kritik. Sie suchten darin vergeblich nach genügenden Bürgschaften für die Erhaltung des bestehenden Besitzstandes der Kirche. Wenn auch die Bisthümer und Stifte derselben vorbehalten blieben, erlitt sie doch durch das den Protestanten zugesprochene unbeschränkte Patronatrecht eine ausserordentliche Einbusse an untergeordneten Pfründen, an Gütern, Zehnten, Nutzungen. Ja sogar gegen noch weiter gehende Störungen und Angriffe gab die Conföderation keine Abwehr. Wie wenn eine municipale Behörde oder gar einzelne Sectirer sich vermessen sollten, in katholischen Stadtkirchen neue Culte einzuführen, geistliche Genossenschaften auseinanderzujagen? — Man forderte ferner dass wenigstens allzu flagrante Excesse der religiösen Neuerung, alles was den Charakter der Blasphemie an sich trüge, von der allgemeinen Straflosigkeit ausgeschlossen würde.

Und was für einen Sinn hätte es, hiess es noch, dass diejenigen, die für sich schrankenlose Willkür in Anspruch nahmen, auch das Recht, Richter über den Glauben ihrer Unterthanen zu sein, sich beileigten? — Ueberhaupt, man solle die Sorge für eine entsprechende Lösung der religiösen Frage dem künftigen König überlassen.

Alles, wozu sich die katholische Partei verständigen wollte, war ein provisorisches Abkommen, gleichsam ein

28) Vgl. in Plater's Sammlung II. p. 83 ff. *De confoederatione Varsaviensi sententia* und die beiden Schreiben Cromer's an Karnkowski in den Epist. p. 1701 ff.

Waffenstillstand auf Grundlage des status quo bis zum Regierungsantritt des neuen Königs, der dann unter Mitwirkung der Stände die letzte Entscheidung werde treffen können.

Die Conföderation war die letzte Handlung des in vieler Beziehung denkwürdigen Convocationsreichstages. Wie dieses ganze Interregnum für die Entwicklung der Verfassung von der grössten Wichtigkeit geworden ist, so hat auch das hier eingehaltene, aus den augenblicklichen Umständen erwachsene Verfahren ein Herkommen gebildet, an dem die Folgezeit — da es zu einer geschriebenen Zwischenreichs- und Wahlordnung nie kam — mit geringen Abweichungen festgehalten hat. Von nun an erscheint die Convocation als nothwendige Einleitung des Wahlreichstags²⁹⁾.

29) Vgl. Lengnich I. p. 72.

V.

Der Zeitraum von zwei Monaten, der die Warschauer Convocation von dem Wahlreichstag scheidet, trägt im Ganzen den Charakter ruhiger Vorbereitung. Was die besorgten Gemüther, am Eingange des Interregnum kaum erwartet hatten, war jetzt Thatsache: weder von Aussen her, noch im Innern war der Friede gestört worden. Die, wie immer auch ursprünglich gemeinten, litthauischen Unterhandlungen hatten den moskovitischen Czaren von einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten abgehalten. Auch von Constantinopel kamen Erklärungen einer entschieden friedlichen und freundschaftlichen Gesinnung. Angesichts der päpstlich - spanisch-venetianischen Liga lag es im Interesse der Pforte, das gute Einvernehmen mit dem nächsten Nachbar nicht zu stören¹⁾. Ihre Einsprache hielt auch für diesmal die periodischen Raubzüge der Tartarenhorden von Polen ab.

Die Convocation hatte, wohl zunächst um eine Abhilfe der finanziellen Noth zu finden, vor der Wahlversammlung Landtage angeordnet. Uebrigens gewährte sie damit was sich ohnehin die Ritterschaft nicht nehmen liess, die in jedem Fall entschlossen war, zur Vorberathung ihre üblichen Zusammenkünfte zu halten. Diese Landschaftsversammlungen nahmen in der Mehrzahl die Edicte der Convocation mit unbedeutenden Modificationen an. Nur die Krakauer Landschaft, die in religiöser wie in politischer Beziehung die unbändigsten Elemente enthielt, verwarf, trotz aller Gegenbemühungen Firley's, die Beschlüsse als verfassungswidrig und über die ertheilten Instructionen hinausgehend. Diese unüberlegte Oppo-

1) Plater II. p. 65.

sition, für die sich ein vernünftiger Grund schwerlich auffinden liesse, unterhalten durch ehrgeizige nach Popularität haschende Führer, legte damit kurzsichtiger Weise Hand an die Conföderation, die mit den übrigen Beschlüssen fiel. Man versprach sich wohl, die Sache auf dem Wahlreichstag von Neuem aufzunehmen; unterdessen lieferte man der Gegenpartei eine willkommene Waffe²⁾.

Ich will noch den Beschluss des Landtags der Wojewodschaft Sandomir³⁾ hervorheben, der das Convocationsedict zwar im Allgemeinen billigte und annahm, jedoch gegen die Clausel der Conföderation protestirte, welche den Grundherrschaften willkürliche Gewalt über den Glauben ihrer Unterthanen beilegte. Leider blieb diese Erkenntniss des Harten und Gehässigen das in jener Bestimmung lag, eine vereinzelte locale Erscheinung.

In den ersten Tagen Aprils begann es in und um Warschau lebhaft zu werden. Die vornehmsten Senatoren, so wie die fremden Gesandten hatten sich bei Zeiten eingefunden. Am 6ten April wurde der Reichstag feierlich eröffnet.

Der Wahlplatz lag ungefähr eine Meile von der Stadt, am rechten Weichselufer beim Dorfe Kamien⁴⁾. Inmitten der Ebene erhob sich ein geräumiges, entsprechend eingerichtetes und ausgeschmücktes Gezelt, bestimmt den Senat aufzunehmen. Dort sollten auch die Audienzen der Gesandten stattfinden. Weit umher lagerten sich die Zelte der Ritterschaft aus den verschiedenen Palatinaten, lauter besondere Mittelpunkte landschaftlicher Berathungen.

Das eigenthümliche Schauspiel, wie es sich nun zum ersten Mal in der polnischen Geschichte darstellte, mag wohl die Aufmerksamkeit fremder Zuschauer in hohem Grade gefesselt haben. Die Zahl der Wähler allein ging in die Vierzigtausend⁵⁾. Nimmt man den Tross, das Gefolge der Mag-

2) Heidenstein p. 23. Bielski p. 1259 ff.

3) Recess des Landtags des Palat. Sandomir MS.

4) Vgl. Heidenstein p. 24. Sehr anschaulich schildert die Physionomie und den Fortgang des Wahlreichstages Chojsnin p. 65 ff.

5) Chojsnin: „ne pense que le nombre ayt esté plus grand que de trente mil, excepté que les Mazouites regorgeoient jusques au nombre de huict ou dix mil.“

naten und der fremden Gesandten hinzu, so muss man die auf dem Wahlplatz oder in dessen unmittelbarer Nähe zusammengeströmte Menge auf über 100,000 Mann rechnen. Das Ganze glich eher einem Feldlager, als einer friedlichen Wahlversammlung. Der Adel war, die darüber erlassenen Bestimmungen der Convocation missachtend, in voller Bewaffnung erschienen. Viele Grosse hatten gar Feldgeschütz mitgebracht.

Bedenkt man dabei die erregbare Natur des Volks, die Fülle von Parteibestrebungen von religiöser und politischer Färbung, die sich nun in einem engen Raum zusammengedrängt fanden, die gewaltige Masse von Zündstoff, den persönliche und Familienrivalitäten, unerledigte Privathändel u. s. w. hinzuthaten, so lässt sich das Erstaunen der fremden Berichterstatter begreifen, dass, wie hoch auch die Wogen der allgemeinen Aufregung und der Parteileidenschaft gingen, es zu keinem blutigen Conflict kam, ja sogar keine einzige Gewaltthat oder Verletzung sich ereignete⁶⁾.

Wie sich die Zahl der adeligen Wähler, neben denen wir auch Bürger von Danzig, Thorn und Elbing finden, unter die einzelnen Landschaften vertheilte, darüber fehlen in's Einzelne gehende Angaben. Das grösste Contingent hatte, wie vorausszusehen war, Masovien geliefert; der dortige Adel, schon seit geraumer Zeit von katholisch-französischen Agenten bearbeitet, um nicht zu sagen abgerichtet, hatte von seinem Palatin die Weisung erhalten, Mann für Mann auf dem Wahlplatz zu erscheinen. Den Abwesenden traf eine willkürlich festgesetzte Strafe⁷⁾. Diese vollkommen verfassungswidrige Anordnung, die in jeder anderen Landschaft, bei dem überschwänglichen Unabhängigkeitssinn der Ritterschaft einen

6) Gratiani p. 410: „Speciem certe praebuerunt, tamquam vi atque armis, non sententiis ac suffragiis decreturi eventum illorum comitiorum essent. Nec sane quidquam mirabilius nobis visum, quam quod inter tot armatorum agmina, in tanta omnium rerum impunitate, cum nullum ius legum, nulla magistratuum auctoritas esset, non caedes ulla facta, non strictus gladius, non ulla ultra verborum certamen contentio rixave saevierit; adeo gens sui sanguinis abstinens est“ . . . Choisin p. 66: „Je diray de plus, que parmy vne si grande compagnie n'a esté entendu vn seul mulinement ne vne seulle querelle; et si n'y auoit pas faute d'inimitiez entretenues de longue main.

7) Warsevicius p. 152.

Sturm von Entrüstung hervorgerufen haben würde, hatte hier den gewünschten Erfolg: den katholischen Führern stand eine wohl disciplinirte Phalanx von ungefähr 10,000 Mann zu Diensten — eine Masse blutarmen, roher, fanatisirter Menschen, jedem Winke ihrer Häupter fügsam, bereit das Aeusserste für eine Sache zu wagen, die sie im Grunde am wenigsten anging. Auch nachdem auf Antrag einiger protestantischen Senatoren, jene eigenmächtige Verordnung des Palatins von Masovien öffentlich widerrufen worden, scheinen sich die Reihen der glaubensstarken Schaar nur um ein Weniges gelichtet zu haben.

Die Litthauer, ihrem System des Schwierigthuns und der Verzögerung treu, liessen auch diesmal auf sich warten. Zu ihren alten Forderungen trat noch die neue hinzu, man solle die Eröffnung der Wahl bis zu ihrer Ankunft aussetzen. Auf dieses, den Satzungen der Union von 1569 völlig widersprechendes Begehren wollte und konnte man natürlich nicht eingehen. Nach und nach sah man auch die litthauischen Landschaften vertreten, bis eine ganz ansehnliche Menschenmenge von daher sich einfand ⁸⁾).

Was an einem andern Ort von dem Stand der verschiedenen auf die Königswahl gerichteten Bestrebungen gesagt worden, gilt auch im Allgemeinen für die gegenwärtige Versammlung. Nur traten die Verhältnisse schärfer hervor. Die moskovitische Partei ist, wie es denn nicht anders kommen konnte, fast vollständig verschwunden ⁹⁾. Die schwedische erscheint noch bedeutend durch das Ansehn ihrer Häupter und das protestantische Interesse das sich an sie knüpft; in der Zusammensetzung und Haltung der Piastenpartei findet man keine Veränderung. Dagegen hat sich die Aussicht auf einen Erfolg der österreichischen Bewerbung noch um ein Bedeutendes verringert. Als vor Eröffnung der Versammlung die kaiserlichen Gesandten den Cardinallegaten um Beistand angingen, verhehlte er ihnen nicht, dass er gar nichts mehr

8) Warsevicius p. 181. Bielski p. 1265.

9) Choisin p. 68. Le Moscouite nous auoit fait peur: mais vne lettre qu'il escriuit le rendit si odieux, qu'il n'y auoit personne qui en voulust entendre parler.

für ihre Sache ausrichten könne. Vor Kurzem hatte Comendoni seine bisherige anscheinende Zurückhaltung abgelegt, und in einer Berathung im Kreise seiner Freunde diese aufgefordert, mit allen Kräften die französische Sache zu unterstützen ¹⁰⁾.

Allein die Art wie die Versammlung zusammengesetzt war und functionirte, schien die unerwartetsten Zwischenfälle, Umwandlungen der Stimmung, momentane Combinationen und Entschlüsse zuzulassen. So war denn doch vielleicht die Besorgniss Montluc's nicht ganz unbegründet, der eine Vereinigung der schwedischen und der Piastenpartei, die ohnehin manchen verkappten Anhänger des Erzherzogs in sich schloss, mit der österreichischen, bloss um den verhassten französischen Candidaten unmöglich zu machen, für möglich hielt ¹¹⁾.

Es war für Montluc von der höchsten Wichtigkeit, seine Partei so zu verstärken, dass sie auch dieser Coalition gegenüber das Uebergewicht behaupten könnte. Von den 10,000 Masoviern gar nicht zu reden, war es schon am Eingang des Wahlreichstages klar, dass die grosse Masse des Adels sich für den Herzog von Anjou entschieden hatte. Die vorhin an die Vereinigung mit dem moskovitischen Reich geknüpften, übertriebenen Erwartungen, übertrug man in diesen Kreisen auf die Allianz mit Frankreich, und Montluc wusste diese Stimmung vortrefflich zu unterhalten, indem er den empfänglichen und erregbaren Geistern immer neue und immer glänzendere Aussichten eröffnete. Man dachte nicht anders, als dass mit der Thronbesteigung Heinrichs eine neue Aera des Glanzes und der Macht anbrechen würde. Unter der Leitung eines jungen, kriegerischen Fürsten hoffte man wenigstens das an Moskau durch die Fahrlässigkeit des letzten Königs Verlorene wieder zu gewinnen, und mit dem verhassten Gegner ein für alle Mal abzurechnen, wenn nicht das Reich noch durch Eroberung zu erweitern. Das französisch-türkische Bündniss gab alle Aussicht, dass die Pforte diese hochflie-

10) Gratiani p. 408 ff.

11) Choisinin p. 69.

genden Pläne wenn nicht direct fördern, doch gewiss nicht durchkreuzen werde.

Es scheint, man habe sich das Verhältniss Frankreichs zur Pforte, das Montluc auch gelegentlich zu verwerthen wusste, viel günstiger gedacht, als es wirklich war. Unbefangene Beobachter konnten es aus zwei nach einander folgenden, während des Reichstags angelangten Botschaften des Sultans Selim II. und des Grossveziers Mohammed Pascha errathen. Die zweite kam zu spät, um irgend einen entscheidenden Einfluss ausüben zu können, die erste aber versetzte Montluc in nicht geringe Verlegenheit. Beide waren von wesentlich gleichem Inhalt. Der Sultan ertheilt darin den Polen den Rath, Einen aus ihrer Mitte auf den Thron zu erheben. Charakteristisch genug für die Vorstellungen von europäischen Zuständen, die damals noch trotz den vielfachen Berührungen mit christlichen Höfen zu Constantinopel herrschten, ist, dass unter mehreren geeigneten Throncandidaten auch der Erzbischof Uchański empfohlen wird. Sollte aber die Wahl eines Mitbürgers sich unmöglich erweisen, dann wolle die Pforte auch den Bruder ihres Alliirten, des Königs von Frankreich, auf dem polnischen Thron gerne sehen. Hingegen wird sehr deutlich zu erkennen gegeben, dass man die Wahl eines österreichischen Prinzen für eine directe Feindseligkeit ansehen würde¹²⁾. Man sieht, diese türkische Empfehlung war sehr zweischneidiger Natur; sie legte den Hauptnachdruck auf die Wahl eines Piasten, der französische Candidat erschien erst in zweiter Linie und gleichsam als das geringe Uebel. Diejenigen, welche auf das türkische Bündniss den höchsten Werth legten, konnten dem Schreiben keine neuen Motive zur Unterstützung des französischen Interesses, viel eher das Gegentheil, entnehmen. Allen aber, die in der Verbindung Frankreichs mit der Pforte eine Schmach

12) Heidenstein p. 27. Choisin p. 80. 96. Dass in den Beziehungen zwischen Frankreich und der Pforte in der letzten Zeit eine Erkältung eingetreten, die Bewerbung des Herzogs von Anjou in Constantinopel ziemlich missfällig gesehen wurde und die Franzosen über den Ton der türkischen Verwendung höchst unzufrieden waren sagt auch der venezianische Gesandte M. A. Barbaro in seiner Relazione di Constantinopoli 1573. MS.

des christlichen Namens erblickten, gab schon diese etwas kühle und bedingte Anpreisung des französischen Candidaten Anstoss. Aber die vorwaltende Stimmung war schon zu stark eingenommen, als dass derartige Betrachtungen noch irgend eine Wirkung hätten ausüben können. Der alte Satz: *vulgus vult decipi*, bewährte sich diesmal in einem unbegreiflichen Grade. Konnten doch die mündlichen und gedruckten Apologien Gehör und Glauben finden, die Montluc den gegnerischen, die Pariser Bluthochzeit in grellen Farben darstellenden Schriften unermüdlich entgegensetzte¹³⁾, und mit einem Schreiben des Herzogs, worin dieser für den Fall dass ihm die polnische Krone zu Theil werde, die Glaubensfreiheit seiner Unterthanen verbürgte, unterstützte.

Obwohl das Convocationsedict im Ganzen von verschiedenen Seiten her in seiner Giltigkeit angegriffen wurde, hielt man dennoch an der Bestimmung fest, der zufolge mit dem Abhören der fremden Gesandten der Anfang gemacht werden sollte. Der dazu bestimmte Raum konnte ausser dem Senat und den Deligirten der Ritterschaft noch eine bedeutende Menschenmenge fassen: das persönliche Auftreten, der momentane Eindruck den der Redner hervorbrachte, waren daher nicht zu verachtende Momente.

Unter den Gesandten vertrat der Cardinal-Legat das allgemeine Interesse der römischen Kirche. Ihm folgten unbestritten Rosenberg und sein College, die von einer spanischen Gesandtschaft, einer anderen von Seiten des Kurfürstencollegiums, und von Abgeordneten der böhmischen Stände unterstützt wurden, hierauf Montluc, seit seiner Ankunft in Polen verstärkt durch Gilles de Noailles, Abbé de l'Isle, und Guy de Lausac, Herrn von St. Gelais; endlich die vier schwedischen Gesandten.

Es wurde von den Meisten als ein Zeichen der herrschenden Stimmung und eine Vorbedeutung dessen was da kommen sollte, betrachtet, dass der Präcedenzstreit zwischen

13) Choisin p. 641. Il a éscript en latin dix rames de papier: choe qu'il auoit discontinué de faire il y a quarante ans, et par conséquent ce luy a esté une peine insupportable.

dem spanischen Gesandten, Don Pedro Fassardo, und dem französischen, zu Gunsten des Letzteren sich entschied ¹⁴⁾, worauf jener, um der Würde seines Herrn nichts zu vergeben, unverrichteten Auftrags abreiste.

Zuerst kam der Cardinal-Legat an die Reihe ¹⁵⁾. Bedenkt man den schweren Stand, den er vor einer in religiöser Beziehung so gemischten Zuhörerschaft hatte, und die Natur seiner Aufgabe, der Versammlung die Wahl eines rechtgläubigen Königs an's Herz zu legen, so muss man den dabei bewährten Tact und die Einsicht des Redners anerkennen. Der höhere kirchliche Gesichtspunkt ist durchweg gewahrt; Alles, was als Begünstigung eines der Candidaten aussehen möchte, sorgfältig vermieden. Zudem versteht es der gewandte Cardinal, in seinem Vortrag die Seiten hervorzukehren, welche alle confessionellen Parteien, wenn nicht gewinnen, doch wenigstens ansprechen konnten. Der leitende Gedanke ist ungefähr folgender. Das uralte Gebäude der polnischen Freiheit, zu deren Verherrlichung der Redner sich der schmeichelhaftesten Lobsprüche bedient, habe mehr als man glaube, den katholischen Glauben zu seiner Grundlage. Die Geistlichkeit sei ein wesentliches Element der Verfassung; gleichsam auf der Hut der öffentlichen Freiheit stehend, verhindere sie in ihrer vermittelnden Stellung zwischen König und Nation, sowohl populäre Ausschreitungen als absolutistische Uebergriffe. Die polnische Geschichte sei reich an Beispielen von Bischöfen, die sich den tyrannischen Gelüsten der Könige mannhaft widersetzt hätten. Das Interesse Aller — ohne Unterschied der Confession — sei demnach, dem Staat ein Oberhaupt zu geben, das jenen Grundpfeiler der Verfassung aufrecht zu halten und zu schützen geeignet und willig wäre; sonst drohe der ganze Bau zusammenzustürzen. Das Beispiel so mancher Reiche lehre zur Genüge, dass der Abfall von der alten Kirche nur eine unbeschränkte Fürstenmacht auf

14) Der Senat gab den Vortritt Montluc unter dem Vorwande, er sei zuerst angekommen. Choisin p. 64. Gratiani p. 415.

15) Die Rede ist gedruckt worden n. d. T. I. F. Comm. Card. Oratio ad senatum equitesque polonos in castris habita 8. Apr. 1573. Ein Auszug findet sich bei Fredro p. 43 ff.

den Trümmern aller ständischen Rechte aufgerichtet habe. Daraus ergebe sich auch die Gefahr mit der die Conföderation, die ja in ihrem Endresultat zu nichts Anderem führe, das öffentliche Wohl bedrohe ¹⁶⁾.

Dem Legaten folgte der kaiserliche Gesandte Rosenberg mit einer Rede in böhmischer ¹⁷⁾, der Versammlung leicht verständlicher Sprache. Nach den obligaten Beileidscomplimenten über das frühzeitige Ende des Königs, der unvermeidlichen Anpreisung der seltenen fürstlichen Tugenden seines Candidaten, zog er zwischen demselben und dem französischen Rivalen, natürlich andeutend, aber verständlich genug, eine Parallele. Der Erzherzog, dessen Umgebung grossentheils aus Böhmen und Mähren bestehe, besitze eine vollkommene Kenntniss der böhmischen Sprache, es sei ihm ein Leichtes, sich auch die des Polnischen anzueignen. Die Erziehung die er genossen, das Beispiel seines Vaters, seien genügende Bürgschaften dafür, dass er auf dem polnischen Thron jener besonnenen, toleranten Politik treu bleiben werde, die es Maximilian II. möglich gemacht, den österreichischen Erbländern die Greuel eines Religionskrieges zu ersparen. Drohe dem Reich eine dringende Gefahr, dann sei auch österreichische Unterstützung bei der Hand: ein Vortheil, der von anderen Candidaten, wegen der weiten Entfernung von ihrer Heimath, nicht zu erwarten sei. Ja die Ankunft selbst eines aus weiter Ferne geholten Königs sei schwierig und zweifelhaft. Der Redner gab deutlich zu erkennen, dass einem solchen die Durchreise zu gestatten oder zu versperren, vom Kaiser und den deutschen Fürsten abhängen. Was das türkische Bündniss betreffe, so werde hoffentlich Polen dessen Erhaltung nicht mit dem Opfer seiner Würde erkaufen wollen; alles Liebäugeln mit dem Erbfeind der Christenheit erweise sich auf die Dauer als verderblich;

16) Wie der Cardinal in seinem Vortrag auf eine ziemlich derbe Weise vom Protestanten Zborowski unterbrochen wurde; aber über diese unerwartete Interpellation nicht im Mindesten die Fassung verlor und den Störer mit überlegenem Tact zurechtwies, lese man bei Gratiiani p. 413.

17) In lateinischer Uebersetzung gedr. in Krakau 1573.

in der erhöhten Machtstellung, die dem Lande aus der engen Vereinigung mit Oesterreich erwachsen werde, liege die beste Sicherheit vor den Angriffen der Osmanen. Uebrigens sei der achtjährige Waffenstillstand mit der Pforte noch nicht abgelaufen, und der Kaiser wolle trachten, denselben in einen wirklichen Frieden zu verwandeln.

Hierauf ging der Redner, nachdem er noch einige Einwände beseitigt, zur Aufzählung der angebotenen Vortheile über, deren Wesentlichsten etwa die waren: der Kaiser verpflichtete sich ein ewiges Bündniss Polens mit Spanien, einen Handelstractat mit Dänemark und den Hansestädten zu Stande zu bringen; den Ansprüchen Polens auf die Erbschaft der Königin Bona, die Herzogthümer Bari und Rossano, am spanischen Hofe Anerkennung zu verschaffen; die Differenzen mit dem heiligen römischen Reich wegen Preussen und Lief-land auszutragen, und die Schifffahrt auf der Narva zu verhindern.

Aber wie sehr auch der Redner bemüht war eine günstige Wirkung hervorzubringen, obgleich er in seinem Vortrag überhaupt mehr als stammverwandter Böhme, denn als kaiserlicher Gesandter auftrat und an die alten Zeiten mahnte, da Böhmen und Polen unter einem Herrscher vereinigt gewesen, so war doch der Eindruck kein vortheilhafter. Die Beredsamkeit Rosenbergs erhebt sich nirgends über die gewöhnlichste Mittelmässigkeit; sein Vortrag wird als matt, unwirksam geschildert. Uebrigens traf derselbe auf eine durchaus zu Ungunsten Oesterreichs entschiedene Stimmung, bei der es auf ein Mehr oder Weniger von Eloquenz nicht ankam.

Montluc gehört unstreitig der Preis dieses oratorischen Kampfes. Sein öffentliches Auftreten hatte ihn schon seit langer Zeit beschäftigt. Er hatte die Rede, die seinen bisherigen Bemühungen gleichsam die Krone aufsetzen sollte, mit dem tiefsten Verständniss der Natur und Stimmung seines Publicums ausgearbeitet¹⁸⁾. Während die übrigen Ge-

18) Choisin p. 63. Die Rede ist wiederholt abgedruckt worden. Höchst selten ist die Originalausgabe mit 5 Blättern handschriftlicher Zusätze.

sandten, der Anordnung gemäss, von ihren Reden nur die pflichtmässige Anzahl Exemplare zur Vertheilung ablieferten, hatte Montluc für die weiteste Verbreitung der seinigen in lateinischer und polnischer Sprache bei Zeiten gesorgt.

Alle Berichte kommen darin überein, den hervorgebrachten Eindruck als unbeschreiblich gross zu schildern. Drei volle Stunden habe der Vortrag gedauert, und doch sei in der dichtgedrängten Zuhörerschaft kein einziges Zeichen von Ermüdung oder Langeweile verspürt worden ¹⁹⁾.

Mag ein heutiger Leser dasselbe nicht in gleichem Maasse von sich aussagen können, so erscheint doch die Rede, im Lichte der damaligen Umstände betrachtet, als ein Meisterstück von Einsicht und Geschick. Es herrscht darin von Anfang bis zu Ende die überlegene Feinheit eines geistreichen Mannes, der die Ansichten, Neigungen, Schwächen seines Auditoriums vollständig durchschauend, es stets versteht, die richtige Saite anzuschlagen. Mancher angewandte Kunstgriff kann vielleicht etwas zu grob genäht erscheinen ²⁰⁾, und nicht selten unterbricht ein familiärer, fast trivialer Ton die Feierlichkeit des Ganzen; aber man soll nicht vergessen, dass Montluc nicht so sehr die wenigen Vornehmen und höher Gebildeten, als die Masse im Auge behielt. Seine mit classischen Anspielungen und Citaten im Zeitgeschmack, mit Beispielen aus der Landesgeschichte reich durchwirkte Rede, bewegt sich in lauter prächtigen Superlativen. Und dabei hält er in dieser Ueberschwänglichkeit selbst, eine gewisse Oekonomie ein. Den Lobsprüchen, mit denen er seinen Candidaten erhebt, den Versprechen, die er in dessen Namen macht, so übertrieben sie auch im Grunde sein mögen, sucht er doch einen Anschein von Maass und Zurückhaltung zu wahren. Dagegen ist ihm keine Redefigur zu kühn, wo es gilt dem Selbstgefühl der Zuhörer zu schmeicheln.

19) Choisin p. 71.

20) Haec sunt legationis nostrae capita . . . in quibus ego exhauriendis non dolo, non insidiis . . . non fictis verbis ad tempus tantum accommodatis . . . sed Gallus homo cum sim, et ideo simplex et candidus, vere, sincere, aperte et candide vobiscum agere constitui.

Nachdem er ein ideales Bild des vollendeten Fürsten hingestellt, sucht er an Heinrich von Anjou alle Elemente, die zu dieser Vollkommenheit gehören, nachzuweisen, und stellt in leicht verhüllten Anspielungen eine Vergleichung mit den Mitbewerbern an, die dabei so übel wegkommen, dass es Wunder nehmen muss, wie nur jemand habe daran denken können, mit diesem Ausbund von Vortrefflichkeit in die Schranken zu treten. Und dieser Prinz, dem ältesten und glorreichsten Herrschergeschlecht der Welt ²¹⁾ entsprossen, in der schönsten Blüthe der Jugend, schon bewährt in mancher siegreichen Schlacht, wolle gern seine Heimath, die fast königliche Stellung die er dort einnehme, verlassen, um im fernen Nordosten, an der Spitze einer kriegerischen Nation eine neue Laufbahn für seinen edlen Ehrgeiz, seinen Thätendurst zu eröffnen. Welche Erfolge habe man nicht unter einem solchen Führer zu erwarten. Möge nur jemand den Versuch wagen, dem Prinzen den Weg zu versperren; nun wohl, die Franzosen wüssten, was sie in solchen Fällen zu thun hätten. Innerhalb eines Monats nach erhaltener Kunde von der vollzogenen Wahl, werde man den König in Danzig landen und, sollte es sich nöthig erweisen, von dorthier geraden Wegs sich zum liefländischen Feldlager begeben sehen.

Dieser ganzen Gasconnade dienten nun aber positive Versprechungen von Hilfstruppen und Geldzuschüssen zur festen Unterlage, die, ihre Zuverlässigkeit vorausgesetzt, Alles was die Oesterreicher geboten, in den Schatten stellten. Es schien nicht anders, als wäre der Prinz gesonnen und im Stande, alle öffentlichen Lasten seinen Schultern aufzubürden. Mos-

21) Die Haupteigenschaft des französischen Königshauses ist nach Montluc, de ceteris gentibus bene merendi propensissimum studium; nulla etenim gens in toto orbe christiano reperiri potest, quae necessitate aliqua oppressa Valesiorum fidem, humanitatem et liberalitatem non experta fuerit. Valesii Roman. Pontifices sede et urbe eiectos vicies pristinae dignitati et libertati restituernnt. Valesii Christianos qui in Palestina, Syria, Aegypto et Africa erant a servitute Turcarum et Maurorum saepissime liberarunt Henricus felicissimae memoriae, Andium ducis pater . . validissimum exercitum . . ad ripam Rheni adduxit, cuius adventu, qui antea perterriti et paene prostrati Germaniae principes, excitati et erecti pristinae virtutis gloriam et libertatem Germanicam fere collapsam ad priores vires et statum revocarunt.

kau war schon im Voraus vernichtet, und der Türke bereit, die Walachei gütlich abzutreten. Dabei aber bleibt der Redner nicht stehen; jedem Einwand, jeder Beschuldigung, jeder auch nur denkbaren Anfechtung geht er mit der vollsten Zuversicht entgegen, um dieselbe im Feuer seiner gefällig schillernden Dialektik in Nichts zerrinnen zu lassen. Er schliesst mit einer apologetischen Darstellung der Pariser Vorgänge, auffallend arm an eigentlichen Beweisen, desto reicher an blendenden, unerwarteten Wendungen, an ansprechenden Conjecturen, welche Diejenigen, die mit ihren Sympathieen halbweg entgegenkamen und sich gerne täuschen liessen, als eine Rechtfertigung wohl hinnehmen konnten. Der nüchterne Zuhörer aber konnte daraus nur etwa die Beruhigung schöpfen: was auch in Frankreich vorgefallen sein möge, in Polen werde der Prinz weder ein Interesse haben, noch die Mittel finden, die Protestanten mit Gewalt zu unterdrücken.

Es soll uns nicht wundern, dass die Rede trotz oder vielmehr wegen ihres auf Effect berechneten Phrasenschwalls das Ereigniss des Tages wurde, und die Menge der noch Unentschiedenen, der Laune und Stimmung des Moments sich leichtfertig Hingebenden, fortriss.

Unter diesem Eindruck trat nun am anderen Tage der schwedische Gesandte auf. Seine verständige, nüchterne Rede ²²⁾ im Geschäftsstyl konnte daher nur eine sehr laue Aufnahme finden, zumal die schwedischen Anerbietungen den Vergleich mit den französischen nicht aushielten. Wie das Beglaubigungsschreiben König Johanns den Punkt der Thronbewerbung gar nicht berührte, so schien auch die Rede des Gesandten ihrem Ziel nicht direct und zuversichtlich genug entgegen zu gehen. Er begann damit, eine alte Schuldforderung seines Königs an den verstorbenen Siegmund August, den Anspruch der Königin Katharina auf einen Theil der jagiellonischen Hinterlassenschaft, geltend zu machen, ein Bündniss gegen Moskau in Vorschlag zu bringen. Der Feind sei

22) Oratio legatorum regis Sueciae MS. Ein Druck davon ist mir nicht bekannt. Im Auszuge bei Heidenstein p. 26.

jetzt unvorbereitet und durch allerlei Unglücksfälle geschwächt; sein Waffenstillstand mit Polen sei zwar noch nicht abgelaufen; aber einem Iwan II. gegenüber, der selbst so viele Beispiele des Wortbruchs gegeben, brauche man keine Rücksichten zu beobachten. Es sei die höchste Zeit, diesen durch ein gleiches Interesse beider Reiche gebotenen Plan, der schon Siegmund August ernstlich beschäftigt, nun endlich zur Ausführung zu bringen. Das beste und dauerhafteste Mittel zu einer gemeinschaftlichen, erfolgreichen Action wider den Feind sei die Vereinigung der beiden Kronen auf Einem Haupte. Alles weise darauf hin: die Vorthelle, die daraus beiden Theilen erwachsen würden, die alte Pietät, welche die Polen stets ihrem Königshause bezeugt, die sie nun auch hoffentlich auf den weiblichen Stamm werden übertragen wollen. Nicht aus Herrschsucht, sondern einzig auf die Wohlfahrt und Sicherheit beider Nationen bedacht, unternehme es der König, um eine Krone zu werben, als deren Angehöriger er sich durch die Verschwägerung mit dem jagiellonischen Hause ansehen könne. Der Redner hebt darauf die Standhaftigkeit hervor, die sein Fürst in so manchen harten Prüfungen bewährt, so wie die wohlbekannte Tugend und Frömmigkeit der Königin. Der König biete nicht Geldsummen, die schnell zerronnen seien, er biete sich selbst an, mit seinem Reich, mit allen Mitteln zu einer grossen und gesicherten Machtstellung. Treffe die Nation eine eben so ehrenvolle als vortheilhafte und durch die Natur der Sache gebotene Wahl, dann würden sich schon die Ansprüche und Forderungen des Königs ohne Anstand ausgleichen lassen.

Den Schluss machten die kurfürstlichen und böhmischen Gesandten, deren Reden, Paraphrasen der Rosenbergischen, jetzt keine Bedeutung mehr haben konnten.

Der Senat hatte auf das Andringen seiner protestantischen Mitglieder denen es hauptsächlich um Beseitigung des unermüdlich gegen die Conföderation agitirenden Legaten zu thun war, nach einer heftigen Debatte entschieden, die fremden Gesandten seien nach ertheilter Antwort aus dem Reich zu entlassen. Aber da der katholische Adel, namentlich die Masovier, die laut für Montluc Partei nahmen, sich gegen

den Beschluss erhob, musste man sich schliesslich damit begnügen, den Gesandten feste Aufenthaltsorte in mässiger Entfernung vom Wahlplatz anzuweisen. Der Legat hatte sich, ohne die Entscheidung abzuwarten, freiwillig wegbegeben, liess jedoch einen zuverlässigen Agenten zurück.

Die im Namen der Stände den Gesandten ertheilten Antworten waren natürlich in ganz allgemeinen, nach keiner Seite hin bindenden Ausdrücken der diplomatischen Etiquette abgefasst. Vergebens bemühten sich die Katholiken, in das Antwortschreiben an den Papst die Erklärung hineinzubringen, dass, wenn auch das Resultat der Wahl ein ungewisses, der neue König jedenfalls dem apostolischen Stuhl treu ergeben sein werde; es wurde schliesslich nur vom allgemeinen apostolischen Glauben Erwähnung gethan ²³).

Ich habe bereits erwähnt, dass ein Theil der Provinzialversammlungen sehr kurzsichtiger Weise dem Convocationsedict die Anerkennung versagte. Die Sache musste folglich noch einmal unmittelbar vor der Wahl zur Sprache kommen. Es scheint, gar manche Tendenzen hätten sich dahin vereinigt, die Warschauer Bestimmungen rückgängig zu machen. Den Kern der Frage bildete natürlich die Wahlordnung. Ein Theil des Senats griff die unbeschränkte Stimmberechtigung aller Adeligen an. Der alte Vorschlag, die Wahl durch den Senat und Abgeordnete der Ritterschaft vollziehen zu lassen, tauchte wieder auf. Andere, wahrscheinlich die Katholiken, erklärten sich dagegen, indem sie darzuthun suchten, dass diese Wahlart für die Autorität und den Einfluss des Senats noch bedrohlicher sei. Es fehlte auch nicht an Solchen, welche die veraltete, jetzt völlig undurchführbare Ansicht aufstellten, die Ritterschaft gehöre eigentlich gar nicht unmittelbar zur Wahlhandlung.

In der Ritterschaft spielte wohl meist die bekannte Oppositionslust um jeden Preis mit, die nicht sowohl am Inhalt des Convocationsedictes Anstoss nahm, als die Competenz jener Versammlung bestritt, überhaupt etwas Weitergreifendes zu statuiren. Jedoch glaube ich eine Andeutung zu finden, dass

²³) Orzelski fol. 32.

man sich mit dem bestimmten Gedanken trug, das Maass von Einfluss auf die Wahlhandlung, welches das Convocationsdict dem Senat beilegte, noch zu beschränken. Wie dem auch sei, es entstand über die Wahlordnung eine heftige Debatte, die bei der Zusammensetzung der Versammlung, schon wegen der Zahl der an der Discussion theilnehmenden, in offenen Tumult auszuarten drohte; zumal die oben berührten Ansichten und Bestrebungen einiger Senatoren nicht verheimlicht werden konnten und natürlich eine gewaltige Aufregung und Erbitterung hervorriefen. Es gelang den Besonnenen mit Mühe, die Entscheidung über die Frage einer speciell zu dem Behufe zusammengesetzten Commission übertragen zu lassen ²⁴).

Auch innerhalb dieser Commission, zu der jeder Palatinat zehn Delegirte stellte, gingen die Meinungen weit auseinander. Zamoyski, der darin sass, und wahrscheinlich einen leitenden Einfluss ausübte, erklärte sich wieder, diesmal entscheidend, für die allgemeine Stimmberechtigung. Schliesslich wurde die Wahlform, wie sie die Convocation entworfen, aufrecht erhalten; ausgenommen, dass man die Anwendung des Looses ganz und gar verwarf ²⁵).

Wir erinnern uns, dass von der Warschauer Wahlordnung ausdrücklich festgesetzt worden, vor allen Dingen eine Revision der bestehenden Gesetze, eine *correctura iurium*, wie der geläufige Ausdruck lautete, vorzunehmen. Die Aufgabe, welche die öffentliche Meinung als die vornehmste und dringendste des Interregnums ansah, sollte nun endlich gelöst werden.

Man hat gesehen wie die verschiedenen öffentlichen Zusammenkünfte der vorausgegangenen Monate sich ohne Unterschied der Parteifärbung mit Reformprojecten beschäftigt, und zur Ausarbeitung der Vorlagen besondere Commissionen aus

24) Orzelski fol. 27. Heidenstein Vita I. Zamoscii p. 7.

25) So Orzelski, der sich darüber klar und bestimmt ausdrückt, was bei ihm nicht immer der Fall ist, und dessen Zeugniß als das eines Augenzeugen und sonst wohl unterrichteten Mannes unverwerflich erscheint. Jedoch zeigt der weitere Verlauf der Wahlhandlung eine merkliche Abweichung von den ursprünglichen Bestimmungen. Man hätte sich also daran bei der Ausführung nicht streng gehalten.

ihrer Mitte ernannt hatten. Kein einziger von diesen Entwürfen ist uns bekannt; doch liegt die Vermuthung nahe, dass sie sich nicht viel von einander unterschieden, und die Hauptpunkte davon sich in der auf dem Wahlreichstag vollzogenen Correctur wiederfinden.

Es ist nöthig, den Blick auf die Ansichten und Wünsche zu richten, aus denen jene Reformpläne entsprangen, wie sich dieselben in den zahlreichen Schriften der Zeit spiegeln ²⁶⁾.

Natürlich gehen die subjectiven Anschauungen der verschiedenen Verfasser sehr aus einander. Aber eine gemeinsame Grundansicht findet sich überall wieder. Trotz aller Uebelstände und Gefahren sei doch das Interregnum eine einzige und unschätzbare Gelegenheit, das aus den Fugen gegangene Gemeinwesen in's rechte Geleise zu bringen, neu einzurichten, der öffentlichen Freiheit ein festeres und breiteres Fundament zu geben, die Missbräuche abzustellen. Gegen diese Hauptaufgabe erscheine die Königswahl fast als Nebensache. Es komme nur darauf an, dem neuen Fürsten, soweit dies erreichbar, sowohl die Gelegenheit, als die Möglichkeit abzuschneiden Unrecht zu thun, sich Uebergriffe zu erlauben, dann sei dessen Persönlichkeit so gut als gleichgiltig.

Ganz vereinzelt hören wir Stimmen, die da warnen, man solle in dieser Einschränkung der Krone doch ja die richtige Grenze einhalten; gehe man zu weit, so werde eben dadurch das in Fesseln geschlagene Königthum nur verlockt, dieselben gewaltsam zu sprengen ²⁷⁾.

Wir hören hier zum ersten Mal bewusst und unumwunden den Gedanken einer Gesetzgebung aussprechen, die, unabhängig von einer höheren Sanction, ihren Ursprung von der freien Selbstbestimmung der souveränen Nation herleitet. Während bis jetzt die beiden einzigen Grundlagen des öffentlichen Rechts das alte Herkommen, die königlichen Privile-

26) Grösstentheils handschriftliche Aufsätze. Einiges in Plater's Sammlung II. p. 23 ff.

27) Cromer an Karnkowski . . . in circumponendis tamen cancellis cavendum esse videtur, ne quid nimis. Scitum est illud sapientis: qui nimium emungit, elicit sanguinem.

gien und Statute gewesen, tritt ihnen eine dritte, neue, ebenbürtig zur Seite ²⁸⁾).

Daraus ergibt sich ganz von selbst die Idee des Vertrags, die von nun an das Verhältniss von König zu Nation beherrschen soll. Denn nur unter der Bedingung wird dem neuen Fürsten die Krone übertragen, dass er die neuen Grundgesetze, die sich die Nation selbständig gegeben, anerkenne und bestätige. Die verschiedenen localen Conföderationen des Zwischenreichs, besonders die allgemeine Religionsconföderation, sagen ausdrücklich, nicht eher wolle man dem Erwählten Gehorsam leisten, als bis er sowohl die alten Rechte der Nation, wie auch die neuerdings hinzugefügten — und darauf fällt der Nachdruck — sanctionirt haben würde. Damit war aber schon im Wesentlichen das Princip der Wahlcapitulation festgestellt.

Nicht als ob es in der älteren Zeit an Ansätzen zu diesen Vorstellungen gefehlt hätte. Ueberhaupt liegt die Bedeutung unseres Interregnums nicht so sehr in dem Neuen, das damit aufkam, als in der bestimmteren Formulirung, der verfassungsmässigen Consolidirung des bis dahin Unklaren, Zufälligen, Vereinzelten, Schwankenden. — Der Begriff des Paciscirens zwischen König und Volk liegt so sehr in der Natur der Wahlmonarchie, dass es uns Wunder nehmen müsste, wenn er bis dahin noch nie zum Durchbruch gekommen wäre. Wir erinnern uns an die Unterhandlung des designirten Thronfolgers Ludwig mit den polnischen Grossen, in Folge deren er das Versprechen leisten musste, keine ausserordentlichen Auflagen zu erheben. Dahin gehört auch jenes bereits erwähnte Privilegium desselben Königs, das, um die Succession der weiblichen Linie zu sichern, die Abgaben und Leistungen des Adels auf ein unbedeutendes reducirte. Auch die sog. *Confirmationes generales iurium* dürfen wohl, näher betrachtet, dieser Kategorie beigezählt werden. Freilich erscheinen sie noch als freie Entschlüsse der königlichen Gnade. Die Grossen können darum bitten, ja dergleichen Garantien ihrer alten Rechte, gewöhnlich mit neuen Zusätzen und Erweiterungen

28) Lelwel-a. a. O. §. 95.

verbunden, mit mehr oder minder Ungestüm und Dringlichkeit fordern, der König kann die Bewilligung verweigern, oder wenigstens so lang es geht verzögern. Der Krönungseid schien eine genügende Sicherheit dafür dass der Monarch die übernommenen Verpflichtungen würde halten wollen. Und selbst diesen zu leisten, den er mit seiner Eigenschaft als Grossfürst von Litthauen für unvereinbar hielt, hat sich Kasimir III. Jahre lang geweigert, und erst dem allgemeinen Unwillen, der in offene Auflehnung überzugehen drohte, nachgegeben. Und noch weitere volle siebzehn Jahre sind verflossen, ehe sich derselbe Fürst zur Ertheilung einer schriftlichen *confirmatio generalis* bewegen liess ²⁹⁾.

Es war aber natürlich, dass, je regelmässiger diese Confirmationen gefordert und bewilligt, sie desto mehr obligatorischer Natur wurden, und den Charakter einer nothwendigen Voraussetzung und Vorbedingung der Thronbesteigung annehmen mussten.

Nichts nähert sich jedoch mehr den Vorgängen von 1573 als die Art wie König Alexander im J. 1501 die Regierung antrat. In der ihm gestellten und angenommenen Bedingung, die seither beschlossene, aber nie wirklich vollzogene Union Litthauens mit Polen in Ausführung zu bringen, haben wir ein Vorbild der späteren *Pacta Conventa*; in dem Privilegium das der neuerwählte König bewilligt, eine förmliche Wahlcapitulation, eine *correctura iurium*. Der König, sagt diese Urkunde, wolle aus Rücksicht auf das Wohl seiner Unterthanen, nach dem Rath und mit Zustimmung aller Prälaten, Herren und Edlen, einer Reihe von Artikeln, welche die Willkür der Fürsten beschränken und die öffentliche Freiheit weiter ausdehnen und fester begründen sollen, Gesetzeskraft verleihen, und diese Bestätigung bei der Krönung in noch feierlicherer Weise wiederholen. Diese Bestimmungen betreffen überwiegend die oberrichterliche Thätigkeit des Königs; ihr Zweck ist willkürlichen Richtersprüchen vorzubeugen, bei Processen zwischen Krone und Unterthanen das Recht der Letzteren besser zu sichern, sie binden die Ent-

29) Dlugosz XIII. p. 114 ff. 459.

scheidung des Königs an den Ausspruch der Mehrheit des beisitzenden Senats. — Ausserdem wird noch dem alten königlichen Vorrecht, über die Staatswürden nach freiem Ermessen zu verfügen, eine sehr enge Grenze gesteckt; dieselben sollen fernerhin in einer festen Reihenfolge, nach aufsteigenden Graden ertheilt werden ³⁰⁾).

Am merkwürdigsten aber ist die Clausel, welche für den Fall dass der König jemand Gerechtigkeit verweigern, oder gegen das Gemeinwohl etwas unternehmen wolle, die Unterthanen des Gehorsams entbindet ³¹⁾).

Wie es kam, dass die verheissene Confirmation unterblieb, dass demzufolge das Privilegium nicht in die Statuta regni aufgenommen wurde, darüber sind wir nicht unterrichtet. Aber wenn auch ohne praktische Bedeutung, verfiel es keineswegs der Vergessenheit: kurz vor dem Tode Siegmund Augusts sehen wir einige Grosse aus dem Kronarchiv eine authentische Copie davon besorgen.

Indem wir von dieser Abschweifung zu unserem Gegenstande zurückkehren, begegnet uns die Frage, worauf es denn eigentlich im J. 1573, bei dem allgemeinen Ruf und Drängen nach Reformen ankam? Wenn man die sehr zahlreichen auf die Frage bezüglichen Aufsätze liest; möchte man fast sagen, die grosse Mehrzahl der eifrigsten Mahner und Dränger habe sich von ihren Wünschen und Zielen keine ganz klare Rechenschaft geben können. Da ist von königlicher Willkür, von Missbrauch der Amtsgewalt, von Corruption und allerlei Exorbitanzen viel die Rede. Dies Alles müsse abgestellt, und Vorkehrungen getroffen werden, dass

30) Ein alter Lieblingsgedanke der polnischen Magnaten. Dlug. XII. p. 677: ut omnis et in praesens et in posterum in conferendis dignitatibus abrogaretur difficultas, placuit illas per optionis et ascensionis modum confici . . . hoc optionis ordine dignitates vacantes regni rege existente impubere, quo omnis cessaret livor et contentio, conferbantur.

31) Ubi autem contigerit, quod nos aut nostri successores . . . conquerenti iustitiam denegaremus, aut contra statum reip. offensam moliremur, et quidquid tale commissum fuerit, quod regio debito non conveniret; extunc universum regnum sit liberum a iuramento et fide praestita, nosque aut nostros successores, non ut dominum, sed ut tyrannum et hostem reputent.

sich dergleichen künftighin nicht wiederhole. Ueberall ist der Eindruck vorwaltend, den die Hofzustände der letzten Zeit Siegmund Augusts, das zügellose Treiben seiner Günstlinge und Buhlerinnen, zurückgelassen. Man hofft, innerhalb der aufzurichtenden engen Schranken seiner Gewalt werde der neue König keinen Raum für ähnliche Excesse finden.

Auch liegt allen diesen Plänen und Vorschlägen die unklare Vorstellung von einer guten alten Zeit zu Grunde. Während schon neue, Wesen und Stellung des Königthums umwandelnde Prinzipien aufkommen, da heisst es noch, man wolle nicht sowohl Neues einführen, als dem bewährten Alten wirksamere Geltung verschaffen, die Sitte, die Ordnungen der Vorväter wieder zu Ehren zu bringen.

Bestimmter lautet schon die Forderung, man müsse jenes halbverschollene alexandrinische Privilegium erneuern. Daran knüpfen sich noch anderweitige Postulate: man dringt auf vollständige Umbildung des Gerichtswesens, auf Einführung einer bequemerem und schnelleren Rechtspflege, Concordirung der vielen in den Gesetzen vorkommenden Widersprüche. Das alte Statut, welches auf Todtschlag bloß eine Geldstrafe verhängte, solle aufgehoben und durch eine strengere, den göttlichen Geboten und der Gesetzgebung der benachbarten Nationen entsprechendere Strafe ersetzt werden. Auch zur Verbesserung der Sitten seien geeignete Mittel zu ergreifen; so vor Allem der einreissenden Ueppigkeit müsse man eine *lex sumptuaria* entgegensetzen. Als bei Weitem das Wichtigste erscheint jedoch eine neue Begründung der kirchlichen Verhältnisse, unter welcher die Einen sich vollständige Restauration der alten Ordnung denken, die Andern einen Vergleich im Sinne der späteren Warschauer Conföderation.

Wie in religiöser, so ist auch in politischer Beziehung diese Conföderation von der grössten Wichtigkeit. Bis jetzt hatten dergleichen Einigungen dem Zwecke gedient, einer augenblicklichen Verlegenheit abzuhelpen, eine drohende Gefahr wirksamer als auf dem gewöhnlichen Wege abzuwehren. Die eben abgeschlossene enthält eine Reihe tiefeingreifender Bestimmungen, die allgemeine, dauernde Geltung beanspru-

chen, und auf eine theilweise Umgestaltung der Verfassung ausgehen. Sie war recht eigentlich Mittel- und Angelpunkt des ganzen Reformwerks.

Daher wird jetzt auf dem Wahlreichstag, die bisher von Allen gleichmässig als unerlässlich geforderte *correctura iurium* zu einer Parteifrage. Die Katholiken fühlten sehr wohl, dass sich davon die religiöse Frage nimmermehr trennen lassen würde. Sie waren daher entschlossen, lieber jede Reform aufzugeben, als den gefährlichen Punkt zu berühren, auf dem ihr Sieg mehr als zweifelhaft erschien. Nun hören wir auf einmal in diesen Kreisen die Behauptung aufstellen und eifrig verfechten: die Hauptsache sei baldmöglichst einen König zu haben; treffe man nur eine glückliche Wahl, dann werde der neue Fürst Recht und Gerechtigkeit aufrecht zu erhalten wissen; unter den alten Gesetzen, wie sie seien, lasse sich schon leben; Alles komme auf die Handhabung an. Man dürfe nicht einer Nebensache zu liebe, die wesentlichste und dringendste Aufgabe der Versammlung, auf deren Lösung die Nation ungeduldig harre, gefährden oder wenigstens endlos verschieben ³²⁾. Dagegen suchten nun die Protestanten nachzuweisen, die Reform sei eigentlich viel wichtiger als die Wahl selbst, und man könne sich wohl eine kleine Verzögerung der Letzteren, um jene glücklich zu Stande zu bringen, gefallen lassen. Möglich, dass sie dabei die Hoffnung hegten, während der langwierigen Reformberathungen würden die nur mit Mühe zusammengehaltenen katholischen Massen sich nach und nach zerstreuen, und auch bei dem Rest der Ritterschaft der Enthusiasmus den Montluc's Rede angefacht, mit der Zeit einer mehr nüchternen Beurtheilung Raum geben. Aber vor Allem ging es ihnen um die Conföderation. Sollten die Gegner deren Erneuerung und feierliche Sanctionirung verhindern wollen, erklärten sie sich ihrerseits für entschlossen, es gar nicht zur Wahl kommen zu lassen ³³⁾.

32) Orzelski fol. 37—39.

33) Gratiani meint, die Protestanten hätten durch planmässige Schwächung und Erniedrigung des Königthums alle fremden Fürsten von einer Bewerbung um die wenig beneidenswerthe Krone gleichsam abschrecken wollen.

Vergebens suchte Montluc, der die Gefahr einer Verzögerung um jeden Preis abwenden wollte, die Protestanten zur Nachgiebigkeit umzustimmen. Schliesslich behielten sie die Oberhand. Eine neue Delegation in gewöhnlicher Form und Zusammensetzung — zur Beseitigung der Misbräuche hiess es — wurde beauftragt, das schon so viele Male angebahnte Werk nun endlich zum Abschluss zu bringen. Allein die Katholiken waren nicht gesonnen, die Gegner dabei ungestört zu lassen. Genöthigt im Senat den Kürzeren zu ziehen, übertrugen sie jetzt die Streitfrage in's offene Feld unter die ihnen ergebene Menge ³⁴⁾. Kaum war die Commission in den ersten Anfängen ihrer Berathung, kaum hatte sie eine Reform des Gerichtswesens in Angriff genommen, als die Masovier, verstärkt durch einen Theil der Grosspolen, erklärten, sie seien auf den Reichstag bloss der Königswahl wegen gekommen, und müssten daher gegen Alles, was sich von diesem Zweck entferne, und dessen Erreichung in die Ferne zu schieben drohe, protestiren. Damit sah die Commission beinahe die Hälfte der Versammlung gegen sich gekehrt. Die aufgeregte Stimmung der Menge liess einen argen Tumult befürchten. Da legte sich das Haupt der Piastenpartei, Johann Tomicki in's Mittel, indem er den schon fertigen Entwurf einer *correctura iurium* vorwies, und die schleunigste Beendigung des ganzen Werks verhiess ³⁵⁾. Die Unterhandlung die sich darüber entspann hatte das Resultat, dass der Plan einer umfassenden Reform aufgegeben werden musste und der Commission die Beschränkung auferlegt wurde, einzig und allein die auf die königliche Gewalt bezüglichen, dem neuen Fürsten vorzulegenden Bedingungen festzustellen. Damit hatten die Protestanten doch noch die Hauptsache gerettet; auch in der gegenwärtigen Umschreibung des Werks liess sich ein Raum für die Conföderation finden.

Es war aber auch ein ziemlich seltsamer Gedanke, unter dem Drang und Tumult des Augenblicks, das Staatswesen gleichsam von Grund aus neu aufbauen zu wollen. Wie

34) Gratiani p. 417.

35) Orzelski fol. 33.

wäre es auch auszuführen gewesen, bei der Ungeduld der Massen, bei den tausend Verlegenheiten, die in den Gang der Geschäfte störend eingriffen. Da drangen die seit langer Zeit unbezahlten Truppen auf rasche Berichtigung der Rückstände; und bei der Erschöpfung des Schatzes hatte man die grösste Mühe, auch nur die nothdürftigste Aushilfe zu gewähren. — Ein specieller Ausschuss war mit der Untersuchung der am Hofe des verstorbenen Königs verübten Veruntreuungen, der geheimnissvollen Vorgänge, die den Tod des Monarchen wenigstens mittelbar herbeigeführt haben sollten, beauftragt. Dadurch fanden sich mehrere der höchststehenden Persönlichkeiten, — man nannte unter Andern Firley — berührt. Die entgegengesetzten Bemühungen, die Sache im Keime zu ersticken, und andererseits im Interesse der öffentlichen Moral und Gerechtigkeit volles Licht über diese dunklen Intriguen zu verbreiten, vermehrten nur in ihrem Conflict die Masse der schon angehäuften Schwierigkeiten und Zerwürfnisse³⁶⁾. Und dazwischen cursirten, beunruhigend und verwirrend, Gerüchte der verschiedensten Art und Glaubwürdigkeit. Bald hiess es, der Herzog von Preussen, beleidigt durch die Abweisung seines Anspruchs auf Theilnahme an der Wahl, rücke mit Truppen heran, um die Erhebung des Erzherzogs auf den Thron mit Waffen zu erzwingen; bald hörte man von den ungeheuren Streitkräften, die der Moskovite, bereit loszuschlagen, an den Grenzen zusammenziehe.

Unter dem Drucke dieser Umstände gingen die Beratungen der Delegirten fort. Wie zu erwarten war, diente zum Ausgangspunct die Religionsconföderation. Gerade das machte aber die Verständigung zu einer äusserst schwierigen. Nicht nur im Schoosse der Commission, auch im Senat und den verschiedenen Landschaften brach der Streit, der die Convocation bewegt hatte, wieder aus, die Gründe für und wider wurden mit grosser Wärme geltend gemacht, Vermittlungs- und Modifications-Versuche tauchten auf. Die Bischöfe, die sich in dieser Frage nicht einmal von einem

36) Heidenstein p. 27. Warsev. p. 157.

Dritttel der weltlichen Senatoren unterstützt sahen, schienen zwar jetzt nachgiebiger gestimmt: sie forderten nur eine Beschränkung der allen Secten unterschiedslos zugesicherten Toleranz und die Gewährleistung sämtlicher Pfründen, deren, wie wir uns erinnern, ein grosser Theil an akatholische Geistliche zu kommen drohte. Allein auf den zweiten Punkt wollten, auf den ersten konnten sich die Protestanten nicht einlassen. Eine Beschränkung der Glaubensfreiheit nämlich traf wahrscheinlich niemand anders, als die Socinianer oder Arianer, denen die Gegner kaum den Charakter eines christlichen Bekenntnisses zugestehen wollten, die aber eine sehr ansehnliche Partei unter den Akatholiken bildeten.

Charakteristisch ist ein anderer aus dem protestantischen Lager hervorgegangener Vorschlag, der die in der Conföderation im Keime enthaltene Exklusivität recht auf die Spitze trieb und die Religionsfreiheit ganz und gar zum Adelsvorrecht stempelte. Der katholischen Religion sollte nur die augsburgische Confession vollkommen gleichgestellt, die freie Ausübung aller übrigen Culte ausschliesslich dem Adel gewährt werden³⁷⁾.

Da der specifisch katholischen Partei die Hoffnung immer mehr schwand, die religiöse Frage in einem ihr zusagenden Sinne zu lösen, beschloss sie mit einem neuen tumultuarischen Auftritt, nur in noch grösserem Maassstab, sich Luft zu machen. Die glaubenseifrige Schaar der Masovier drängte sich bis in den Senat, unterbrach die Berathungen; die Absicht, die Versammlung förmlich zu terrorisiren, liess sich nicht verkennen. So wurde der Beschluss, nun ohne Verzug zur Wahl zu schreiten erzwungen; doch sollte dadurch der Fortgang der Commissionsberathungen nicht unterbrochen werden. Damit war aber die Sache noch nicht entschieden. Vorerst gelang es der protestantischen Partei den Beschluss unausgeführt zu lassen: beinah eine Woche verging ohne dass man irgend eine Anstalt zur Eröffnung der Wahlhandlung getroffen hätte. Unterdessen hatten die Delegirten ihr Werk zu Stande gebracht. Die Mehrzahl von ihnen war über

37) Orzelski fol. 36.

eine Reihe von Artikeln übereingekommen, die sie nun, den Widerspruch einiger wenigen Mitglieder unbeachtet lassend, dem Senat zur Annahme vorlegte. War diese erfolgt, sollte darüber in letzter Instanz die gesammte Ritterschaft entscheiden.

Im Senat fanden sich die Gegner der Conföderation in so auffallender Minorität, dass man wohl erwarten durfte, jeder Widerstand würde über kurz oder lang verstummen, worauf auch die Ritterschaft mit ihrer Einwilligung folgte. Da griff noch einmal die Partei zu dem bekannten und bewährten Mittel, und diesmal mit entscheidendem Erfolg. Nicht nur allgemeiner war die jetzt hervorgerufene Bewegung, sondern auch das Auftreten der Massen heftiger und drohender. Es hiess: wolle man noch länger mit unnützen Debatten die Zeit verschleppen, dann werde sich die Ritterschaft ohne Senat, auf eigene Hand einen König zu geben wissen. Der Erzbischof, Karnkowski, die ganze katholische Partei im Senat trat dieser Erklärung bei³⁸⁾.

Nun drohte an die Stelle der bisherigen Irrungen eine Spaltung zu treten, die das Gemeinwesen vielleicht auf eine unheilbare Weise zerklüftet haben würde. Wenn man es nicht zum offenen Bruche, ja zu einem Kampfe kommen lassen wollte, so wurde in dieser Lage auf protestantischer Seite Nachgiebigkeit zur Pflicht. Dem Rufe der Mehrheit sich fügend; aber ohne auf die Wiederaufnahme seines Plans zu verzichten — denn als sein Werk wurde die Conföderation und was daran hing, allgemein betrachtet — liess Firley als Reichsmarschall die Eröffnung der Wahl auf den nächsten Tag — es war der 4. Mai — ankündigen³⁹⁾.

Ein eigenthümlicher Kampf, in welchem die angeblich Thron und Altar vertretende Partei, die in ihrem neu erwachten monarchischen Eifer es unternimmt, die Krone von den ihr aufgedrungenen erniedrigenden Beschränkungen zu retten, zuerst das Signal der Verwirrung, der Durchbrechung aller gesetzlichen Schranken gibt, mit Aufstachelung und

38) Choisin p. 38.

39) Orzelski fol. 38.

Entfesselung der populären Leidenschaften beginnt und ein unselbständiges, unruhiges, ebenso politisch unreifes als von krankhaftem Selbstgefühl erfülltes Element, zum ersten Mal in die öffentlichen Dinge praktisch eingreifen lässt. Das Auftreten der Gegenpartei zeigt unendlich mehr Ruhe und Gemessenheit, ein grösseres Festhalten am legalen Boden, vielleicht einen aufrichtigeren uneigennützigeren Eifer für das was man in diesem Kreise für das allgemeine Beste hielt. Aber durch eine unselige Verschlingung der Umstände und Vorstellungen erscheint hier die Sache der Gewissensfreiheit mit einer Tendenz innig verflochten, die auf eine vollständige Paralysisirung des Königthums, das in dieser abschüssigen Wendung der öffentlichen Dinge allein hätte Hilfe bringen können, hinausläuft.

Betrachten wir das Ergebniss dieser unter so stürmischen Auftritten zu Ende geführten Berathung, die später so genannten *Articuli Henriciani* ⁴⁰⁾, so lassen sich darin drei Elemente deutlich unterscheiden. Den Ausgangspunkt bildet, wie schon berührt, die Religionsconföderation, zu der dann einzelne Bestimmungen aus jenem alten Privilegium König Alexanders hinzukommen ⁴¹⁾. Was daran Neues angehängt ist, erscheint als von der bekannten Stimmung eingegeben, die sich so laut gegen die Missbräuche von Siegmund Augusts Hofhaltung und Verwaltung erhob und deren gründliche Beseitigung nachdrücklich forderte. Aus dieser letzteren Quelle fliessen die persönlichen Beschränkungen des Königthums. Der König soll, damit das Recht der freien Wahl keinen Abbruch leide, in keinem Fall, unter keinem Vorwand

40) Vgl. Vol. leg. II. p. 897 ff.

41) Nach Heidenstein p. 27 hätte ein Theil der Commission das Privilegium förmlich erneuern, oder wenigstens dessen Inhalt zum grössten Theile in die Artikel aufnehmen wollen. Namentlich dachte man daran, die in Note 30 berührte, feste Reihenfolge bei Ertheilung der Kronämter wieder herzustellen. Allein diese Meinung drang nicht durch und man begnügte sich damit, einige untergeordnete Artikel jenes Privilegiums nun dem neuen Elaborat einzuverleiben, z. B. über die Art der Aufbewahrung der Kronjuwelen; und die Verfügung, welche den König in den Senatsberathungen an den Ausspruch der Majorität bis zu einem gewissen Grade band, neu in Kraft zu setzen.

seinen Nachfolger ernennen, oder die Wahl eines solchen zu seinen Lebzeiten veranlassen dürfen; der Benennung „haeres“ für alle Zeiten entsagen. Die königliche Ehe, vor deren Eingehen es wohl schon früher Sitte gewesen, die Meinung der vornehmsten Rätthe der Krone zu vernehmen, wird nun geradezu von der Zustimmung des Senats abhängig. Noch mehr, der König wird verpflichtet, keine Ursache zur Trennung des ehelichen Zusammenlebens zu geben; auch um deren Scheidung nachzusuchen ist ihm nicht verstattet, ausser wenn sich dafür gewichtige Gründe in der heiligen Schrift fänden.

Wer erkennt darin nicht die Nachwirkung jener Gerüchte von der Absicht Siegmund Augusts, die Succession im Reiche an das Haus Oesterreich zu übertragen; jener heftigen Irrungen zwischen Krone und Ständen veranlasst durch die heimliche Vermählung mit Barbara Radziwill, des Verhältnisses endlich des Königs zu seiner dritten Gemahlin, die ihm eine so unwiderstehliche Abneigung einflösste, der man allen Scandal der Hofzustände und das Erlöschen der Dynastie zuschrieb.

Damit hängen Maassregeln zu einer wirksamen Bevormundung des Königs zusammen. Alle zwei Jahre soll aus dem Senat beider Nationen ein Ausschuss von 16 Mitgliedern gebildet werden, von denen sich abwechselnd je vier beständig in der Umgebung des Monarchen aufzuhalten haben. Hatte der König bisher in den Angelegenheiten, die vor das Forum des Reichstags nicht gehörten, volle Freiheit der Entscheidung gehabt; so ist er von nun an darin an das Mitwissen und die Mitwirkung des ihm beigeordneten Ausschusses gebunden. Dahin gehört namentlich aller diplomatische Verkehr: selbst das Geringfügigste in dieser Beziehung darf dem Senatsausschuss nicht vorenthalten werden.

Eine zu Lebzeiten Siegmund Augusts sehr oft erhobene Beschwerde, veranlasst nun die dem König auferlegte Verpflichtung, in allen Erlassen und Verfügungen nur vom grossen Staatssiegel Gebrauch zu machen. So dürfte auch die Bestimmung, dass die Berufung einer allgemeinen Reichsversammlung jede zwei Jahre künftighin obligatorisch sein solle,

auf einen speciellen Fall zurückzuführen sein, worin sich der verstorbene König lange hartnäckig gesträubt hatte, den Reichstag anzusagen ⁴²⁾).

Der Conföderation dagegen entnommen sehen wir zuerst die Verpflichtung, den Frieden unter den Dissidenten aufrecht zu halten, so wie die Gerichtsordnung, welche sich während des Interregnums die einzelnen Landschaften des Reichs selbstständig gegeben, zu bestätigen ⁴³⁾. Endlich, und das geht directer an die Befugnisse der königlichen Gewalt, die neuen Bestimmungen über das allgemeine Aufgebot.

Bei der keineswegs glänzenden Lage der polnischen Staatsfinanzen, bei dem Widerwillen, mit dem der Adel jede Erwähnung einer neuen Steuer begrüßte, konnte es schwerlich zu einem bedeutenden, oder wenigstens nothdürftig zureichenden Soldheere kommen. Daher war die alte *expeditio generalis*, auch nachdem im übrigen Europa verwandte Institute längst antiquirt geworden, noch immer von praktischem Werth. Die ältere Gesetzgebung hatte der schon an sich schwerfälligen Einrichtung noch die Beschränkung auferlegt: das Heer dürfe weder getheilt, noch über die Lan-

42) Bielski p. 1101.

43) Nach der altpolnischen Auffassung stand dem König, und nur dem König unter Beisitz des Senats zu, und zwar immer auf einem ordentlichen Reichstage, in letzter Instanz zu richten. Natürlich wurde es ihm unmöglich, zumal in einer Zeit ausgebreiteter und complicirter Staatsgeschäfte, die Masse der vor seine oberste Entscheidung gebrachten Processe zu bewältigen. Daher wurde in den Reichsversammlungen mehrmals ein höchster ständiger Gerichtshof nach Art des Pariser Parlaments in Vorschlag gebracht, von dessen Spruch kein Appell mehr stattfinden dürfte. Doch konnte man sich mit dem Gedanken nicht befreunden, dass jemand mit dem König die Befugnis, unwiderrufliche Urtheile zu fällen, theilen sollte. Es schien mit dem herrschenden Begriff von der adeligen Gleichheit unverträglich. Indess sah sich schon der Reichstag von 1563 veranlasst, um der ungeheuren Anhäufung der jahrelang auf Entscheidung harrenden Processe zu steuern, in jedem Palatinat ausserordentliche oberste Gerichtshöfe herzustellen, deren Wirksamkeit aber mit Erledigung der schwebenden Rechtshändel aufhören sollte. Derselbe bald nachher wieder eintretende Uebelstand veranlasste nach Siegmund August Tode mehrere Landschaften, das Institut auf eigene Hand zu erneuern. Daraus entstanden nun unter König Stephan die Tribunale von Piotrków und Lublin für Polen, und Nowogrod für Litthauen.

desgrenze geführt werden, ausser mit eigener freien Zustimmung und gegen festgesetzten Lohn. Von nun an wurde die Kriegsführung im Auslande nicht nur vom guten Willen der Mannschaft, sondern dazu noch vom Beschluss der Reichsversammlung abhängig; die Dauer einer auswärtigen Unternehmung sollte sich auf drei Monate beschränken. Dass damit das nationale Kriegswesen gründlich gelähmt ward, bedarf nicht der Ausführung.

So sehen wir das Königthum auf fast allen Lebensgebieten, in Krieg und Frieden, in auswärtigen und inneren Angelegenheiten, ja selbst in seinen häuslichen Verhältnissen, recht absichtlich in die Enge getrieben. Die verkehrte Vorstellung, Alles sei erreicht, wenn nur dem Fürsten die Möglichkeit benommen worden, Unrecht zu thun, hat hier, wie in so manchen verwandten Fällen, die Geister beherrscht. Bemerkenswerth ist dabei, dass trotz der eben sanctionirten demokratischen Adelsgleichheit, die Commission, welche die Artikel entworfen, darin dem Senat den Löwenantheil an Ansehen und Einfluss zu wahren gewusst. Man kann in der Bestimmung, welche die Rittergüter auf alle Zeiten von jeder Art von Regal für frei erklärt, die Absicht nicht verkennen, auch das Interesse des kleineren Adels mit in's Spiel zu ziehen. Zum Schluss hiess es: im Falle einer Uebertretung oder Nichterfüllung der eingegangenen Verpflichtungen von Seiten des Königs, seien die Unterthanen ihres Eides von selbst entbunden. Eine gemilderte Paraphrase der ähnlichen Clausel des alexandrinischen Privilegiums.

VI.

Das Resultat der Wahlhandlung, die am 4. Mai in der durch die Convocation vorgeschriebenen Weise eröffnet wurde, konnte niemand mehr ein Geheimniss sein. Schon am 1. Mai hatte Montluc seinem Hofe gemeldet, er dürfe mit voller Sicherheit auf drei Viertel der Stimmen zählen¹⁾. Indessen war man mit den Schwierigkeiten und Verwicklungen noch nicht zu Ende.

Es ist auffallend, dass die Partei im Senat, die von der überwiegenden Mehrheit getragen, jetzt im Grunde Alles vermochte, nicht ein Mittel ergriff das ihr die Wahlordnung an die Hand gab, um sich neue Verlegenheiten zu ersparen und das Wahlgeschäft sehr zu vereinfachen. Der Ritterschaft, lautete es, seien die Namen der verschiedenen Thronbewerber vorzulegen. Da nun die Piastenpartei keinen solchen aufzuweisen hatte, so durfte bei der Einleitung der Wahlhandlung mit allem Fug und Recht nur auf die auswärtigen Candidaten Rücksicht genommen werden. Glaubte man vielleicht die numerisch immerhin sehr bedeutende Piastenpartei nicht gleichsam ignoriren zu können? Genug, neben den drei fremden Bewerbern, dem Erzherzog, dem Herzog von Anjou und dem Schwedenkönig, wurde auch der einheimische räthselhafte Piast genannt²⁾.

Das Abstimmen ging nun vor sich, geleitet in jeder Landschaft durch die dazu gehörenden Senatoren, die zuerst ihre Voten abgaben, und dieselben in ausführlichen Anreden

1) Choisin p. 87: que d'entrée nous emporterions des douze parts les neuf: et vsoit de ce mot, des douze tables du damier nous en auions les neuf asseurées.

2) Orzelski fol. 39.

erläuterten und unterstützten. Auch die Ritterschaft votirte mündlich und jedem Einzelnen stand frei, seine Entschliessung mit Gründen zu rechtfertigen. Das Für und Dawider, die *Commoda et incommoda*, um den dafür ständigen Ausdruck zu gebrauchen, wurden nun zum tausendsten Mal in diesem Interregnum in jedem der zahlreichen Wahlkreise, mit mehr oder minder Lebhaftigkeit erörtert. Darüber verstrich ein Paar Tage. Erst am 7ten konnten die Stimmen niedergeschrieben und, mit Namen und Siegel der Votirenden versehen, der Senats- und Delegirtenversammlung abgeliefert werden ³⁾.

Montluc hatte sich nicht verrechnet. Während in den anderen Landschaften noch viel hin und her geredet wurde und jede Partei sich vergebens abmühte, eine Stimmeneinhelligkeit in ihrem Sinn zu erzielen, war die katholisch-französische Phalanx, die Ritterschaft der Palatinate Masovien, Plock, der Landschaft Dobrzyn, keinen Augenblick verlegen und Heinrich von Aujou war die allgemeine Acclamation von gewiss weit über 10,000 Stimmen. Dieselbe Einmüthigkeit zeigte auch Podlachien. Aber auch in mehreren anderen Landschaften, wo grössere Bildung und Selbständigkeit eine so musterhafte Disciplin nicht zuliess, war die Majorität entschieden für Heinrich. Manche, die in erster Linie für den Piasten sich erklärten, hoben in einem Athem diese Entschliessung durch die beigefügte Clausel auf: zeigt sich eine Piastenvahl unmöglich, dann lassen wir uns gern den französischen Prinzen gefallen. Offenbar kam der ganze Nachdruck auf dieses Letztere. Auch dort wo die Mehrzahl der französischen Sache entschieden abgeneigt war, fanden sich wenigstens einzelne Stimmen zu deren Gunsten. Dies Alles zusammengenommen bildete schon ein erdrückendes Uebergewicht. Indessen machte die unentschlossene und zuwartende Haltung Litthauens und der benachbarten Provinzen den französischen Parteigängern nicht geringe Sorge. Hatte auch das Verhör des Abtes Cyrus und die Einsicht in dessen Correspondenz mit den litthauischen Grossen die Schwäche des dor-

3) Eine Darstellung des ganzen Verfahrens gibt Gratiani p. 419.

tigen österreichischen Anhangs gezeigt, so fehlte es doch nicht an Befürchtungen dass im Augenblick der Entscheidung die alte Vorliebe für Oesterreich wieder erwachen würde. Bei dem starken Uebergewicht des aristokratischen Elements in Litthauen hing Alles von der Stimmung und vom Interesse der leitenden Magnaten ab. Und wirklich gab der Starost von Samogitien, Johann Chodkiewicz, den wir schon als Theilnehmer des Commendoni'schen Planes kennen gelernt, jetzt den Ausschlag. Zuerst ein Anhänger Oesterreichs, dann die Unterhandlung mit dem Czaren, obwohl sie ihm persönlich zuwider war, wenigstens zulassend, für einen Augenblick sogar dem Schwedenkönig nicht abgeneigt, trieb ihn jetzt die Ueberredung seiner Schwäger, der Zborowski, ganz in's französische Lager. Ihm folgte auch die Familie Radziwill, worauf ganz Litthauen, nebst den Palatinaten Volhynien und Braclaw, seinen Beitritt erklärte, zwar unter Bedingungen, die jedoch zum Theil sehr gerechtfertigt, zum Theil nur dem Candidaten lästig waren. Man solle die Conföderation aufrechthalten, wirksamere Anstalten zum Schutz der litthauischen Grenzen vor den moskovitischen Angriffen treffen, vor Allem aber der künftige König die Prinzessin Anna zur Gemahlin nehmen ⁴⁾.

Neben diesem grossartigen Erfolge der französischen Candidatur traten die österreichische und schwedische ganz in den Hintergrund. Nur zwei räumlich von einander weitentlegene Grenzlandschaften des Reichs, Preussen und Kiew, begegneten sich in der Einstimmigkeit womit sie sich für den Erzherzog erklärten; sonst zählte die nun aussichtslose Sache in wenigen Palatinaten einige spärliche Stimmen. Dass der Erzbischof beim Abstimmen den Erzherzog Ernst nannte, im Widerspruch mit seiner eigenen Partei, die längst anderen Sinnes geworden war, konnte nur die bekannte Inconsequenz des alten Mannes neu documentiren, der übrigens, wahrscheinlich von Karnkowski zurechtgewiesen, sich beeilte, seinen Posten an der Spitze der nun siegreichen Partei wieder einzunehmen; zu Gunsten der Candidaten konnte es nichts an-

4) Heidenstein p. 29. Orzelski fol. 43. Choisin p. 88.

dern ⁵⁾. Dem Häuflein von Getreuen, die unter die Piastenpartei gemischt, den günstigen Augenblick abwarten wollten, musste es klar werden, dass ihre Berechnung hoffnungslos fehlgeschlagen.

Numerisch wohl nur um ein Weniges günstiger erwies sich das Verhältniss der schwedischen Partei. Ihre Führer konnten sich über das Endresultat nicht mehr täuschen, ihre einzige Aussicht war, so lange Stand zu halten, bis sie eine genügende Sicherstellung des protestantischen Interesse erlangt, vielleicht erzwungen hätten ⁶⁾.

Am Kläglichsten war die Niederlage der Piastenpartei. Freilich, wenn sich im Gedränge der Parteien etwas mit klaren Auseinandersetzungen, plausibeln, ja unwiderleglichen Argumenten ausrichten liesse, so wäre auf dieser Seite der Sieg nie zweifelhaft geblieben. Der grosse Missgriff der in ihrem Eifer aufrichtigen Piastaner lag eben im naiven Vertrauen auf diese theoretische Stärke ihrer Sache. Sie vergassen darüber dass die erste Bedingung des Erfolgs in einem klaren Bewusstsein des Ziels, in einer fest geschlossenen Organisation der Partei lag. Dass die Gegner selbst ihnen so etwas zutrauten, beweist das damals in Umlauf gekommene Gerücht, die Piastaner hätten sich endlich über einen Candidaten, den ungemein populären Szafraniec, Castellan von Biecz, vereinigt und gedächten denselben durch einen raschen Handstreich auf den Thron zu heben ⁷⁾. Dies hätte der Piastenpartei zum Fingerzeig dienen sollen, wenigstens die erste Hälfte der Beschuldigung zu verwirklichen. Statt dessen gab sich das Haupt der Partei, Tomicki, die undankbare Mühe, die Vortrefflichkeit einer Piastenwahl aus der heiligen Schrift und mit Gründen der Zweckmässigkeit und

5) Orzelski fol. 39.

6) Eine offenbare Uebertreibung ist die Angabe Choisin's p. 89. Et ainsi de trente ou quarante mil voix qu'il y pouvoit auoir, il n'y en eust que quatre ou cinq cents pour les autres compétiteurs.

7) Heidenstein p. 28 bezeichnet es selbst als ein blosses Gerücht, wenigstens deutet er durch nichts an, er halte es für glaubwürdig. Wenn daher Krasinski S. 169 von dem Project als etwas durchaus Fertigem, Unzweifelhaftem spricht, so beruht das auf einer ganz willkürlichen Voraussetzung.

Nützlichkeit, breit zu demonstrieren. In manchen Palatinaten, wie Krakau, Sandomir, erhielt nun wirklich der Piast eine beträchtliche Anzahl Stimmen, in einigen grosspolnischen sogar die Mehrheit. Aber noch immer fragte sich, wer denn dieser ideale Candidat sei, den man den sehr reellen, damals wenigstens reell scheinenden, französischen Anerbietungen entgegenstellte? Um den Verdacht der Gegenpartei, die noch immer eine zu Gunsten des Erzherzogs beabsichtigte Diverſion vermuthete, von sich abzuwenden, mussten sich die Piastaner entschliessen, ihren anonymen Candidaten endlich zu benennen. In den kleinpolnischen Provinzen gelang es ihnen, die Stimmen auf den Castellan von Danzig, Johann Kostka, der durch sein wachsames Auftreten gegen die österreichischen Umtriebe sich einen grossen Namen erworben hatte, zu lenken. Dafür war Grosspolen, der eigentliche Boden dieser Bestrebungen, lauter Verwirrung und Zersplitterung. Man hätte erwarten sollen, dass Tomicki, der unverdrossenste Fürsprecher des Piasten, jetzt die Initiative ergreifen, seinen Gesinnungsgenossen die Richtung vorzeichnen würde. Aber, nachdem er sich mit Mühe entschlossen, mit der Sprache herauszurücken, nannte er zur grossen Freude der Gegner nicht weniger denn sieben Candidaten, die er alle für gleich würdig des Thrones erachtete. Damit hatte die Partei das Geständniss ihrer Schwäche selbst abgelegt⁸⁾.

Ein eigenthümlicher Vorschlag, der offenbar Anspruch darauf machte, zugleich die Nachtheile einer auswärtigen Wahl zu vermeiden und die Schwierigkeiten, die einer einheimischen in den Weg traten, zu umgehen, war schon früher aus dem Schoosse der Partei hervorgegangen und wurde jetzt als letztes Auskunftsmittel erneuert. Es scheint dass Stanislaus Górká, derselbe durch hohe Geburt und unermesslichen Reichthum so einflussreiche Mann, der im Interregnum von 1587 eine hervorragende Rolle spielen sollte, zuerst auf den wunderlichen Gedanken gerieth, den kaiserlichen Gesandten Rosenberg als Throncandidaten aufzustellen⁹⁾. Es war diesem

8) Orzelski fol. 40.

9) Vgl. Choisin p. 56. Gratiani p. 389. Heidenstein p. 25.

allerdings gelungen, seine eigene Persönlichkeit, wenigstens unter dem hohen Adel, fast ebenso beliebt zu machen, als die Sache die er vertrat, unpopulär war. Als Böhme von Geburt, konnte er für einen halben Piasten gelten und stand als Ausländer ausserhalb der einheimischen Familienrivalitäten, die eine Piastenwahl so sehr erschwerten. Darauf stützte sich die Berechnung Górka's. In Wahrheit aber hätte diese Wahl, abgesehen von ihrer Ausführbarkeit, alle Nachtheile einer piastischen gehabt; ohne dass man nur einen einzigen vernünftigen und ansprechenden Grund, wie diesen so viele den Piastanern zu Gebote standen, zu ihrer Rechtfertigung anführen könnte. Daher meinten Viele, es sei damit Górka nie Ernst gewesen. Indessen begannen jetzt die Anhänger der Piasten sowohl als des Schwedenkönigs, ihre Schwäche einsehend, an eine Coalition, und zwar zu Gunsten Rosenbergs, zu denken und traten mit demselben darüber in Unterhandlung. Sei es, dass der Gesandte das Vertrauen seines Monarchen nicht verrathen, oder durch das Eingehen auf ein so abenteuerliches Project sich selbst nicht blossstellen wollte; genug, er lehnte, wie es nicht anders zu erwarten war, alle dahin zielenden Eröffnungen ab.

Damit aber war die Erfindungsgabe der grosspolnischen Piastaner erschöpft¹⁰⁾. Dafür liess nun die französische Partei, namentlich die Brüder Christoph und Johann Zborowski, der Hofmarschall Opalinski, es an sich nicht fehlen. Ihre Taktik war, und sie gelang vollkommen, die Stimmen in's Endlose zu zersplittern und als Candidaten Solche zu nennen, deren Anspruch auf den Thron unmöglich, ja geradezu widersinnig erscheinen musste. Als endlich die Candidatenliste Grosspolens in den Senat gebracht wurde, kamen nicht weniger als 20 Piasten heraus, darunter Namen welche der ganzen Sache den Fluch des Lächerlichen aufbürdeten. Der Senat und die Delegirten, denen die Wahlordnung die Befugniss gab, innerhalb gewisser Grenzen eine Auswahl unter den Candidaten zu treffen, sahen sich in nicht geringe Verlegenheit versetzt. Da unternahm Johann Zamoyski, dem vom

10) Orzelski fol. 43.

Standpunkt der Partei, die er zur Zeit vertrat, unstreitig das Verdienst gebührt, immer das rechte Wort zur rechten Zeit ausgesprochen zu haben, den Knoten zu zerhauen. Er erhob im Namen der Ritterschaft die Forderung, dass Diejenigen unter den Aufgezählten, welche als Kronbewerber aufzutreten gesonnen wären, ähnlich wie die fremden Gesandten den Wahlplatz verlassen möchten, um der Freiheit der Abstimmung in Nichts Eintrag zu thun. Natürlich fand sich Keiner, der auf die mehr als wahrscheinliche Gefahr einer Niederlage hin, Muth und Lust gehabt hätte, sich selbst in eine so bedenkliche Ausnahmestellung zu versetzen. Alle lehnten die ihnen zugedachte Ehre ab. Das war nun in aller Form eine Abdication des Piasten¹¹⁾.

Es ist während dieses Interregnums das zweite öffentliche Auftreten Zamoyski's von entscheidender nachhaltiger Wirkung. Ueber die Motive, welche es veranlassten, kann man nicht verlegen sein. Der Gedanke eines piastischen Königthums, mit dem der Kreis von Familien, die durch verwandtschaftliche Verhältnisse zunächst dem Thron standen, factisch in eine privilegirte Stellung versetzt wurde, musste bei dem Manne welcher zuerst das Princip der adeligen Gleichheit so rücksichtslos geltend gemacht, Widerwillen erregen. Uebrigens verräth das damalige Auftreten Zamoyski's nicht sowohl ein fertiges politisches System, als das Streben, seine Popularität auf breitester Grundlage aufzubauen. Er lässt sich eher von der allgemeinen Strömung fortreissen, als dass er bemüht wäre, derselben feste Bahnen vorzuzeichnen. Ein Anhänger des Moskoviten, so lange er die Masse des Adels für denselben eingenommen sah, säumt er keinen Augenblick, sich bei veränderter Stimmung dem allgemeinen Zuge nach der französischen Seite mit voller Hingebung anzuschliessen, und räumt das einzig übrige Hinderniss von Belang, das die siegreiche Entscheidung wenigstens hätte verzögern können, rasch und leicht aus dem Wege.

11) Heidenstein p. 28. Orzelski fol. 43. Gratiani p. 422 weicht in seiner Darstellung von den Anderen etwas ab.

So war ganz von selbst die Candidatenliste auf drei Namen reducirt, denn auf die wenigen Stimmen, die sich etwa für den Herzog von Preussen oder einen schlesischen Fürsten erhoben, nahm man selbstverständlich keine Rücksicht. Vollständige Stimmeneinhelligkeit zu erzielen, konnte man kaum hoffen, jedoch schrieb die Wahlordnung, wie wir uns erinnern, ein Verfahren vor, das zur Anbahnung einer solchen angewendet werden sollte. Der Senat machte nun davon mit einer geringen Modification Gebrauch. Für jeden der übrig gebliebenen Bewerber wurden je drei Fürsprecher, oder wenn man sich so ausdrücken kann, Anwälte senatorischen Standes ernannt; die dessen Sache draussen vor der versammelten Ritterschaft verfechten, die Gründe, welche für dessen Wahl anzuführen wären, zum letzten Mal ausführlich erörtern sollten. So gab sich der Senat das Ansehen vollkommener Unparteilichkeit und die schliessliche Entscheidung sollte als das Resultat reifer Ueberlegung, gewissenhafter Abwägung der verschiedenen Vor- und Nachtheile erscheinen. Aber wer konnte sich noch darüber täuschen? Die Entscheidung war schon erfolgt, und das oratorische Scheingefecht das man nun aufzuführen beliebte, konnte an der Sachlage gar nichts mehr ändern. Nach der Niederlage des Piasten beugten sich die Meisten von dessen Partei vor der siegreichen Majorität.

Es würde sich wenig lohnen, wollten wir hier auf den Inhalt der nun gehaltenen Reden eingehen, über deren Werth sich wahrscheinlich ebensowenig die Redner selbst, als die Zuhörer Illusionen machten, und die nichts als das Bekannte, unzählige Male wiederholte, bringen konnten¹²⁾. Höchstens unterschieden sie sich von ähnlichen Ansprachen durch einen rücksichtsloseren Ton; wie denn besonders der schwedische König — für den Erzherzog gab man sich nicht einmal diese Mühe — Gegenstand bitter schmähender Angriffe wurde, zu denen sein Charakter und seine Vergangenheit manchen Anhaltspunkt bieten konnte. Uebrigens vermochten nur die

12) Die Reden, so wie die Nebenumstände dieser Verhandlung theilt Orzelski sehr ausführlich mit fol. 44 ff.

französischen „laudatores“, vor allen Karnkowski, ihre rhetorische Fertigkeit ungehindert zu entfalten. Die Masovier bildeten eine vortrefflich eingeübte Claque, die es nie verfehlte, die Glanzstellen und Stichworte mit rauschendem Beifall zu begleiten. Umgekehrt wurde der Vortrag des österreichischen Lobredners von heftigen Aeusserungen des Unwillens wiederholt unterbrochen: der schwedische konnte vor dem tobenden Lärm nur mit grösster Mühe zu Worte kommen¹³). Nun da der Anhang des Erzherzogs fast vollständig geschwunden, wandte sich die Erbitterung der Menge gegen die verhältnissmässig kleine Schaar von Männern, die hoffnungslos aber uneingeschüchtert, wenigstens unabhängig und bewusst ein Princip vertretend, durch ihren Widerstand die von den französischen Führern als wunderbar gepriesene Einstimmigkeit zu Heinrichs Gunsten zur Lüge machten. Wozu noch das unnütze Gerede, hiess es, der Wille der Nation sei nicht mehr zweifelhaft, die Zeit dränge — man war am Vorabend des Pfingstfestes, mit dem eine Unterbrechung der Berathungen eintrat — man solle die factisch getroffene Wahl ohne weitere Bedenken proclamiren. Vergebens mahnte der Palatin von Podolien an die unvollendet gelassene Conföderation. Als Karnkowski ihn und Firley, die beiden Häupter der schwedischen Partei, dringend ersuchte, durch isolirten und aussichtslosen Widerstand den allgemeinen Einklang nicht zu stören, nannte Mielecki die ihrem Abschluss nahe Wahl eine erzwungene und beklagenswerthe, der Kronmarschall aber erklärte, er wolle sich einer allgemeinen Zustimmung nicht widersetzen; vorerst aber möge man dieselbe zu Stande bringen; die Ritterschaft solle noch einmal auf ihre Plätze abtreten und wenn sie dann wirklich einen einmüthigen Willen kund gebe, werde er sich gerne fügen. Man ging darauf ein. Aber eine Minorität, die bis dahin bei ihrer Ueberzeugung ausgeharrt, konnte nicht geneigt sein, dieselbe in der letzten Stunde preiszugeben, ohne sich in ihren höchsten und theuersten Interessen gedeckt zu

13) Gratiani p. 423 ff.

sehen, und so hob die neue Abstimmung die Spaltung nicht auf. Firley mit seinem Anhang ritt von der Wahlstätte weg.

In dem Senatsgezelt überliess sich die französische Partei, jetzt nachdem die unbequemen Widersacher freiwillig den Platz geräumt, ungestört ihrem Siegesjubiläum. Der Erzbischof war bereit, Heinrich von Valois zum König zu ernennen. Es war eben nach Sonnenuntergang, da trat Peter Zborowski¹⁴⁾, der vornehmste protestantische Senator in diesem Lager, herbei und meinte, es schicke sich nicht, einen so feierlichen Act spät am Abend vorzunehmen. Zborowski's Absicht war dabei, Zeit zum Abschluss der Conföderation und zu einer friedlichen Verständigung mit der Minorität zu gewinnen. Dem Erzbischof schien die Einwendung begründet und so wurde denn die Renunciation auf Montag, das zweite Pfingstfest verschoben, was die Eifrigen nachher als einen grossen Missgriff beklagt haben.

Das Pfingstfest 1573 schien der Anfang eines blutigen Bürgerzwistes werden zu wollen. Alle Mittel um eine friedliche Ausgleichung herbeizuführen, schienen erschöpft; wenigstens, indem die siegreiche Partei im Uebermuth des Erfolgs die Conföderation zurückwies, verlegte sie sich unbesonnen den einzig offen stehenden Weg zu einem Compromiss. Die Vorgänge der letzten Tage hatten der Conföderationspartei zur Genüge gezeigt, dass in einer Versammlung wo die Meinung der Minderheit unter dem Terrorismus der Massen nicht einmal Gehör, geschweige denn Berücksichtigung finden konnte, für sie kein Platz mehr sei¹⁵⁾. Die

14) Orzelski fol. 50. Bielski p. 1316 sagt Mielecki hätte die Verschiebung der Renunciation erwirkt, was jedoch unwahrscheinlich ist. Choisin erklärt p. 89, der Erzbischof hätte schon Samstag Abends Heinrich zum König ernannt, was mit der Darstellung Orzelski's und Gratiani's streitet. Der Widerspruch erklärt sich, wenn man bedenkt, dass Choisin schon acht Tage vorher nach Frankreich abgegangen war, folglich die Vorgänge beim Schluss der Wahl nur von Hörensagen kannte.

15) Orzelski fol. 50. Gratiani p. 425. Heidenstein p. 29 fasst sich über diese letzten Vorfälle sehr kurz und behauptet irrthümlich, erst nach erfolgter Renunciation sei die Secession der Protestanten geschehen.

Häupter der Protestanten, Firley, die beiden Mielecki: der Castellan von Krakau und der Palatin von Podolien, die Brüder Górka, die Castellane von Gnesen und Biecz, stellten sich mit ihrem zahlreichen Anhang, ungefähr eine Stunde vom Wahlorte, bewaffnet auf. Auch die Ueberreste der österreichischen Partei, wie der litthanische Herzog von Sluck, der Palatin von Kiew, Ostroyski, machten nun mit den Protestanten gemeinschaftliche Sache. Obschon der Versammlung von Kamień an Zahl nachstehend, konnten sie über eine ansehnliche Macht verfügen und ihre drohende Haltung mahnte die französische Partei, Anstalten zur Abwehr zu treffen. Man darf voraussetzen, dass die Erregten und Hitzigen in diesem Lager keineswegs auf blosse Vorsichtsmaassregeln bedacht sein wollten, vielmehr in ihrem Unmuth über die Grochower Secession bereit waren, Anerkennung der französischen Wahl mit einem raschen Angriff sich zu erzwingen. Wie zur Schlacht gerüstet, umgab die katholische Ritterschaft das Senatsgezelt, getheilt in drei Heerhaufen, unter dem Befehl des Palatins Laski, der Brüder Christoph und Johann Zborowski, und des Starosten von Samogitien. Besondere Kampflust schien die masovischen Schaaren zu beseelen; sie brannten vor Begierde für ihren Erwählten, dessen Namen sie nicht einmal aussprechen konnten, zu fechten¹⁶⁾. Feldgeschütz, gegen Grochow gerichtet, stand in Bereitschaft. Ein blutiger Zusammenstoss schien unabwendbar.

Indessen, wie leidenschaftlich und stürmisch es draussen auf dem Felde herging, im Kreise der berathenden Häupter waren doch Einsicht und Mässigung nicht ganz verschwunden. Beiden Theilen ging es vor Allem darum, durch imposante Entfaltung der Streitkräfte den Gegner einzuschüchtern, beide fanden sich im entscheidenden Augenblick mehr zur Nachgiebigkeit gestimmt, als sie es Anfangs merken lassen wollten. Das französische Lager enthielt zudem eine bedeutende protestantische Fraction, die, nachdem sie ihre Parteibestrebung durchgesetzt, nun die Rechte und Interessen ihrer Glaubensgenossen keineswegs fallen zu lassen geneigt

16) Bielski p. 1318.

war. Diese erhob jetzt ihre Stimme und brachte in Vorschlag, eine Unterhandlung zu versuchen ¹⁷⁾.

Ein Paar angesehene Männer dieser Richtung, der Castellan von Sandomir, Ossolinski, einer der Miturheber der Conföderation, und Johann Kostka, erhielten nun den Auftrag nach Grochow zu gehen, die Widerstrebenden ernstlich und dringend zum Beitritt zu ermahnen. Die Wahl des französischen Prinzen sei nun einmal offenbare Thatsache; ferneres Sträuben könne nichts mehr daran ändern, und nur eine eben so zwecklose als gemeinschädliche Ruhestörung und Zeitverschleppung herbeizuführen.

Die Abgeordneten fanden im gegnerischen Lager einen weit günstigeren Boden für ihre Vermittlungsvorschläge, als sie gemeint haben mochten. Zwar hatten auch dort Parteileidenschaft und Erbitterung einen bedenklichen Grad erreicht; aber Firley's Autorität und Ueberredungsgabe wusste die Erregung in Schranken zu halten. Er beklagte die französische Wahl als ein grosses nationales Unglück, dessen Verantwortung auf der Gegenpartei schwer lasten würde; indessen von zwei Uebeln müsse man das geringere wählen; und das grössere sei unstreitig der Bürgerkrieg. Ehe man jedoch nachgebe, solle man vor Allem die Glaubensfreiheit gegen jeden Angriff sicher stellen ¹⁸⁾.

Und so liess man im Lager von Grochow, als die Boten der Wahlversammlung angelangt waren, unter bitteren Recriminationen, welche die ganze Schuld des Zwiespaltes der Gegenpartei zuwarfen, deren gewaltsames Gebahren die Wahlfreiheit unterdrückt hätte, doch die Bereitwilligkeit zu einer friedlichen Austragung des Streites durchblicken. Den ganzen Tag dauerte die Unterhandlung; gegen Abend, den 11. Mai, entschloss man sich, die Bedingungen des Beitrittes der Warschauer Versammlung durch eine Delegation anzuzeigen.

Die Grochower Abgeordneten, Andreas Górka und Szafraniec, begannen mit einer Protestation gegen die schnöde Verletzung der Wahlfreiheit, die sich die Majorität hätte

17) Orzelski fol. 50.

18) Bielski p. 1317.

zu Schulden kommen lassen; erklärten jedoch gleich darauf, ihre Partei wolle über das Ergebniss der Wahl nicht ferner streiten. Nicht sowohl die Person des Königs liege ihnen am Herzen, als die, bei Seite geschobenen, Beschränkungen der Fürstengewalt. So lange man die zurückweise, wollen sie überhaupt keinen König anerkennen.

Die katholische Fraction mochte Anfangs davon nichts hören. Bald aber gewannen die Gemässigten, deren Ansicht der Palatin von Sandomir eindringlich unterstützte, die Oberhand. Die Abgeordneten erhielten den Bescheid, nach ihrem Lager zurückzukehren, um von dorthier das Elaborat der Correcturcommission, die Artikel, um deren Annahme es sich handelte, mitzubringen.

Kaum waren diese abgetreten, so dachten schon die Uebereifrigen daran die Uebung die sie im Aufführen tumultuarischer Scenen in so hohem Grade erworben, sich noch einmal zu Nutze zu machen. Sollten sie jetzt, da der Sieg erfochten war, sich die verhasste Conföderation aufzwingen lassen? Bald sah sich der Senat von einer bewaffneten Menge umringt. Der jüngere Bruder des Palatins von Sandomir, Johann Zborowski, erklärte in deren Namen, die Ritterschaft wolle eine Verschiebung der nun fertigen Wahl nicht mehr dulden. Diese Manifestation senkte natürlich die Wagschale zu Gunsten der Conföderationsgegner. Die von Grochow mit den Artikeln zurückkehrenden Abgeordneten geriethen mitten in's wildeste Getümmel. Kaum hatte Górka die bedingte Zustimmung seiner Partei ausgesprochen und eine Erwähnung der zu bestätigenden Artikel gethan, als ihn der Erzbischof, von einigen umstehenden katholischen Senatoren dazu aufgefordert, unterbrach und mit einer im ringsher wogenden Tumult kaum hörbaren Stimme Heinrich von Valois zum König ernannte. Ein endloses Jubelrufen und eine Salve von Geschütz antworteten auf die Renunciation¹⁹⁾.

Natürlich konnte dieser ebenso unkluge als unehrliche Kunstgriff, berechnet darauf, die eben im besten Fortgang begriffene Unterhandlung abubrechen, diesen Zweck aller-

19) Orzelski fol. 51.

dings erreichen, aber schwerlich Anerkennung und Billigung finden, und zwar nicht blos bei der Gegenpartei. Diese wollte die Renunciation als null und nichtig widerrufen hören; und auch im französischen Lager war man über das willkürliche Verfahren des Primas sehr aufgebracht. Indessen den einmal gethanen, vom Beifall der Menge begrüßten und anerkannten, Schritt rückgängig zu machen, schien kaum thunlich. Das erkannten auch bald die entschiedensten Gegner der — wie illegal auch immer — vollzogenen Wahl. Daher fand die vermittelnde Ansicht des Palatins von Sandomir auf beiden Seiten Eingang. Er meinte, die verfrühte und unbesonnene Renunciation sei allerdings tadelnswürdig, aber zurücknehmen liesse sie sich nicht mehr. Indessen liege in der blossen Nennung des Erwählten noch nichts Entscheidendes und Bindendes; so lange die französischen Gesandten die vorgelegten Bedingungen nicht unterschrieben haben würden, wolle und könne man den neuen König weder als solchen proclamiren noch anerkennen.

So liess sich der bedrohliche Sturm, den dieser letzte Zwischenfall hervorgerufen, noch leidlich genug beschwichtigen. Die Conföderation hatte für diesmal ihre letzte Probe bestanden. Die Unterhandlungen zwischen beiden Lagern nahmen wieder ihren ruhigen Verlauf. Der Widerstand und die Protestationen der Geistlichkeit, von der nur der einzige Bischof von Krakau an der Conföderation festhielt, blieben unbeachtet und wirkungslos. Mit einer fast ängstlichen Vorsicht und Umständlichkeit ging man an die Sicherstellung der so hart bestrittenen Acte gegen alle künftig möglichen Anfechtungen. Man begnügte sich nicht mit der einfachen Annahme der die königliche Gewalt beschränkenden Artikel, auch die Conföderationsurkunde selbst wurde noch besonders von den weltlichen Ständen unterzeichnet und die königliche Eidesformel im Sinne der neuen Verpflichtungen abgeändert²⁰⁾. Selbst die Vertrauten des Cardinal-Legaten unter den Weltlichen wagten es nicht, ihre Zustimmung zu verweigern. Freilich erfuhr man nachträglich, zur nicht geringen Stö-

20) Orzelski fol. 52.

rung der zu Paris mit dem erwählten König geführten Unterhandlungen, dass dieselben Männer, vor Allen der Palatin Laski und Fürst Radziwill, gleichzeitig eine geheime Verwahrung eingelegt hätten, worin sie ihre Nachgiebigkeit als durch die Umstände und die Rücksicht auf den öffentlichen Frieden geboten erklärten, aber jede Gefährdung und Beeinträchtigung der Glaubenseinheit unbedingt zurückwiesen²¹⁾.

Auf dieser Grundlage konnte sich auch die Sonderversammlung von Grochow wieder mit der allgemeinen vereinigen. Es blieb nur noch übrig, die im Namen des erwählten Königs von den Gesandten gebotenen Bedingungen definitiv festzustellen.

Montluc und seine Genossen hatten sich noch vor erfolgter Entscheidung, auf die erste Nachricht von der keinen Zweifel am Gelingen zulassenden Wendung der Dinge, von Plock²²⁾ aufgemacht und waren am Tage nach der erzbischöflichen Renunciation, also ehe der Zwist vollständig beigelegt, in Warschau eingetroffen. Wie glänzend auch das Resultat von Montluc's diplomatischer Thätigkeit sich herausstellte, so warfen doch darauf die gewaltsamen Vorgänge der letzten Tage einen unerfreulichen Schatten. Man kann denken, dass er sich Mühe genug gab, um die letzten Spuren der jüngsten Irrungen zu verwischen; und wir sehen auch wirklich seine Agenten unter beiden Lagern eine thätige Vermittlerrolle spielen²³⁾.

Schon seine gezwungene Zurückgezogenheit zu Plock hatten Unterhandlungen ausgefüllt. Die Protestanten im französischen Anhang²⁴⁾ glaubten den Widerspruch zwischen ih-

21) Tagebuch der französischen Gesandtschaft von Andreas Górka MS. Heidenstein p. 39 ff.

22) Diese Stadt hatte ihnen der Senat zum Aufenthaltsort während des Reichstags bestimmt.

23) Orzelski fol. 52. Choisin p. 90 ff.

24) *Postulata a nobilitate quae evangelicam religionem in Polonia profitetur*, Christianiss. Regis legatis et oratoribus oblata. MS. — Krasiński S. 171 sagt, Firley hätte die Unterhandlung geleitet, führt jedoch keinen Beleg dafür an. Ich will die Richtigkeit der Angabe nicht schlechthin bestreiten, finde jedoch im oben citirten Document einen Beweis, die Initiative sei jedenfalls von der protestantischen Fraction der französischen Partei ergriffen worden. Firley mag um die

rer religiösen und politischen Parteistellung, dadurch aufheben oder wenigstens entschuldigen zu müssen, dass sie ihre jetzt nicht leicht zurückzuweisende Fürsprache am Pariser Hof für die Sache der französischen Glaubensbrüder verwendeten. Sie handelten übrigens im Interesse der Selbsterhaltung. Bei der voraussichtlich engen Verbindung zwischen beiden Reichen würde sich die Polen zugesicherte Glaubensfreiheit von einer verfolgungsüchtigen Politik in Frankreich beständig bedroht gesehen haben. Die Forderungen daher, die nun an Montluc gestellt wurden, lauteten auf ausnahmslose Amnestie, Restitution der mit Gütereinziehung belegten Verbannten, Entschädigung der Erben der Gemordeten und gebührende Bestrafung der Mörder, unbeschränkte Duldung des einfachen reformirten Bekenntnisses und freie Religionsübung an den Orten, die sich zur Zeit factisch in deren Besitz befänden. Ausserdem sollten die Hugenotten zur öffentlichen Verrichtung ihres Gottesdienstes einen Ort in jeder Provinz angewiesen erhalten. Es war demnach auf Wiederherstellung des Edictes von Amboise abgesehen.

Es war vorauszusehen, dass auf einige von diesen Punkten, zum Beispiel den die Bestrafung der Mörder betreffenden, der französische Hof nimmer eingehen würde. Aber Montluc war nicht gesonnen, seine so bewährte erfolgreiche Praxis, keine Forderung unbewilligt zu lassen, nun zu verleugnen, und nahm daher keinen Anstand die Ausführung aller gestellten Forderungen zu verbürgen, mit Ausnahme der letzten, wofür er jedoch die mächtige Verwendung des Herzogs von Anjou beim König versprach.

Indessen als es nun galt, die im Namen des Erwählten der Nation gemachten Anerbietungen zu bekräftigen, da zeigte sich der so unerschöpflich gefügige und entgegenkommende Diplomat unerwartet schwierig und schien plötzlich manche voreilige Zusage vergessen zu haben. Es fehlte nicht an gegenseitigen Recriminationen. Wenn polnischer Seits be-

Sache gewusst und sie gebilligt haben. Montluc nämlich sagt in der Bestätigung der ihm vorgelegten Forderungen: *pollicemur in Ill. Dominorum et equitum gratiam, qui Ill. Duci Andium bene favent etc.*

hauptet wurde, Montluc wolle nun, da das Ziel erreicht sei, an den gemachten Versprechungen mäkeln, beschwerte er sich wieder über die zur Abschliessung des Wahlvertrags niedergesetzte Delegation, die seinen Worten die weiteste und günstigste Auslegung geben wollte.

Schliesslich kehrte er zur alten gewohnten Taktik zurück und unterschrieb unbedenklich was ihm vorgelegt wurde; die Nichterfüllung der eingegangenen Verpflichtungen getrost dem neuen König überlassend. Nur in einem Punkt drang er durch, in der Weigerung nämlich, die während des Interregnum getroffenen Verfassungsveränderungen besonders anzunehmen, da seine Vollmacht dazu nicht hinreiche. Nach einiger Discussion blieb deren Annahme dem neuen König persönlich vorbehalten. Eine ziemlich müssige Distinction, da doch die Pacta Conventa zum Schluss ausdrücklich verfügten, der König sei verpflichtet, bei seiner Krönung die alten Rechte und Freiheiten der Nation, zusammen mit denen, die sich dieselbe erst jetzt selbständig gegeben, mündlich zu beschwören und schriftlich zu bestätigen ²⁵).

Die Pacta Conventa ²⁶), zu denen, wie wir sahen, sich in der vorausgegangenen Zeit manche Präcedenzen und Ansätze finden lassen, treten jetzt als ein ständiges, scharf begrenztes Institut in das Verfassungsleben ein. Neben den „articuli Henriciani“ ist es die zweite grosse Fessel, die das, aus dem langen Zwischenreich neu erstehende Königthum sich gefallen lassen musste. Ihrem Wesen nach sind beide von einander nicht zu trennen, beide wurzeln in derselben Anschauung eines freien Vertrags zwischen Nation und König als gleichberechtigten Parteien. Der Unterschied besteht nur darin, dass die „Articuli“ mehr allgemeiner und stetiger, die Pacta mehr besonderer und zufälliger Natur sind, jene beziehen sich auf das Prinzip der königlichen Autorität, diese auf die Bedürfnisse der Lage; die einen wirken hauptsäch-

25) Orzelski fol. 53. Choisin p. 92 ff.

26) Vgl. über die polnischen Pacta Conventa Plebanski de Successoris designandi consilio vivo Joan. Casimiro. Berol. 1855. not. 7. pag. 38.

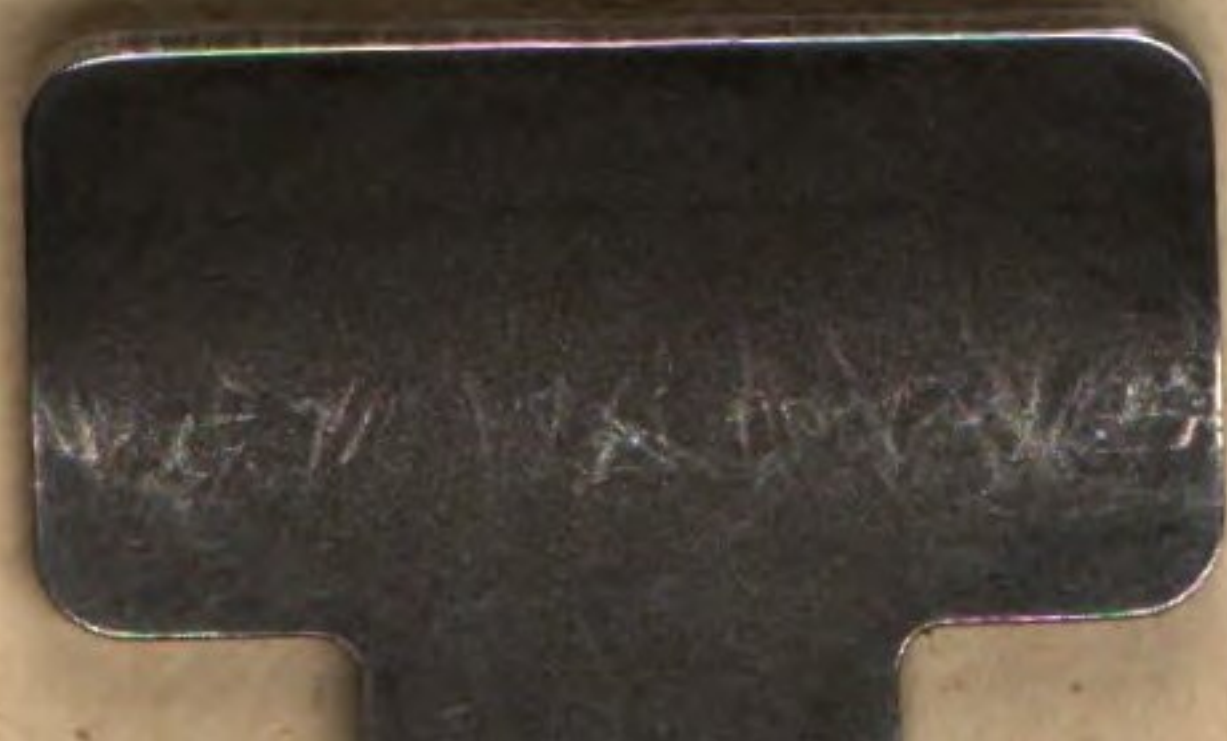
lich negativ und beschränkend, die anderen nöthigen je nach Umständen dem erwählten König positive Leistungen auf. Während die Artikel von 1573 als ein unabänderliches Staatsgrundgesetz beibehalten werden, erscheinen die Pacta Conventa als ein von den Ständen der neuen Regierung auferlegtes Programm, das sich beim jedesmaligen Thronwechsel anders gestalten musste, obwohl sich auch hier bald ein Herkommen bildete.

Der Inhalt der ersten Pacta Conventa²⁷⁾ war etwa dieser: vor Allem sollte ein ewiges Bündniss zwischen den Kronen Frankreich und Polen geschlossen werden, dessen nähere Bedingungen einer späteren Unterhandlung vorbehalten blieben. Indessen wurde schon jetzt für den Fall einer auswärtigen Gefahr, dem polnischen Reiche die Unterstützung Frankreichs, sowohl auf diplomatischem Wege, als durch Subsidien und Stellung von Truppen zugesichert. Insbesondere sollte der König von Frankreich seinem Bruder von Polen 4000 Mann Gascogner Infanterie, behufs der Fortsetzung des moskovitischen Krieges zur Verfügung stellen und deren halbjährige Löhnung aus seinem Schatze bestreiten. Der neue König werde, sobald er in sein Reich angelangt sei, eine zum Schutz der Küsten und Häfen genügende Seemacht herstellen und die Narvamündung sperren lassen. Neben sonstigen Handelsvorthelen solle in einem der französischen Seehäfen ein Stapelplatz für polnische Waaren errichtet werden. Der König werde die Einkünfte seiner französischen Besitzthümer, im Betrag von 450,000 Gulden auf die Staatsbedürfnisse verwenden, und namentlich die Schulden seines Vorgängers aus eigenen Mitteln tilgen, die Krakauer Hochschule mit ausgezeichneten Lehrkräften besetzen, zum Mindesten hundert adelige Jünglinge entweder auf der Landesuniversität, oder auswärtigen Bildungsanstalten unterhalten. Ausserdem verpflichtet sich der König, ein mässiges, so bald thunlich zu entlassendes Gefolge ausgenommen, keine Fremden ins Reich zu bringen, und gleich nach seiner Ankunft die Prinzessin Anna zur Frau zu nehmen.

27) Vgl. Vol. leg. II. p. 859 ff.

Nach der Unterzeichnung wurden die Gesandten in das Senatsgezelt geholt, um im Namen der beiden Könige deren Aufträge sie verrichteten, den Eid auf die Bedingungen zu leisten. Die leichtfertige Hast, mit der Montluc die ihm vorgelesene Eidesformel, welche er vorher nicht einmal angeschaut, nachsprach, fiel allgemein auf. Es war kein übles Vorzeichen des Ernstes, mit dem der von einem so lauten Jubel der kurzsichtigen Menge begrüßte Heinrich seinen Königsberuf auffassen sollte. Kaum hatte Montluc die letzten Worte ausgesprochen, als der Kronmarschall herbeitretend ihm im Namen der weltlichen Stände einen Nachtrag zur Eidesformel vorlegte, der den Erwählten zur Aufrechthaltung des Friedens unter den Dissidenten verpflichtete. Es war eine Ueberraschung, die sowohl den Gesandten als die katholischen Senatoren stutzen machte. Der Moment jedoch war für Bedenken und Ueberlegung nicht günstig, und mitten unter den Protestationen des Erzbischofs, dessen Stärke sich während dieses Zwischenreichs eigentlich nur in diesem undankbaren Fach bewährt hatte, erfüllte Montluc unbeirrt diese letzte Formalität. Hierauf fragte Firley die das Zelt umdrängende Ritterschaft: ob sie denn Heinrich von Valois zu ihrem König wünsche? Auf die einstimmig bejahende Antwort rief er nun den Prinzen zum König von Polen aus. Dasselbe wiederholten Johann Chodkiewicz im Namen Litthauens und der Hofmarschall Opalinski, unter dem nicht enden wollenden Beifallrufen der Menge. Noch spät am Abend brach die Versammlung nach der Stadt auf, zu einem feierlichen Dankgottesdienst, an dem auf Montluc's Bitten, auch die Protestanten theil nahmen ²⁸⁾).

28) Orzelski fol. 54. Heidenstein p. 29. Choisin p. 94. Gratiani p. 426.



Pilinski, Thaddaeus von

Das Polnische Interregnum von 1572 - 1573 und die Königswahl Heinrichs
von Valois Inauguraldissertation

Heidelberg 1861

Polon. 83 ol

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10778875-1